

Stenographischer Bericht

3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 6. Februar 1996

Inhalt:

1. Angelobung von Abgeordneten (46).

2. Fragestunde:

Anfrage Nr. 1 der Abgeordneten Mag. Hartinger an Landesrat Dörflinger, betreffend die leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger (46).

Zusatzfrage: Abg. Mag. Hartinger (47).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger (47).

Anfrage Nr. 10 des Abgeordneten Dr. Lopatka an Landesrat Dörflinger, betreffend Neubau des LKH Hartberg.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger (47).

Zusatzfrage: Abg. Dr. Lopatka (48).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger (48).

Anfrage Nr. 2 des Abgeordneten Dr. Ebner an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Abschaffung des Zweiten Landeshauptmannstellvertreters.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (48).

Zusatzfrage: Abg. Dr. Ebner (48).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Klasnic (49).

Anfrage Nr. 3 des Abgeordneten Wiedner an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Bedarfszuweisungen an die Gemeinden.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (49).

Zusatzfrage: Abg. Wiedner (49).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Klasnic (49).

Anfrage Nr. 16 des Abgeordneten Dr. Brünner an Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, betreffend Engagement der STEWEAG für die Errichtung thermischer Reststoffverwertungsanlagen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (50).

Zusatzfrage: Abg. Dr. Brünner (51).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (51).

Anfrage Nr. 11 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch an Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, betreffend Telekommunikationseinrichtungen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (51).

Anfrage Nr. 4 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura an Landesrat Pörtl, betreffend Abwasseranlage in St. Kind.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (53).

Zusatzfrage: Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (54).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Pörtl (54).

Anfrage Nr. 12 der Abgeordneten Dr. Karisch an Landesrat Pörtl, betreffend ökologische Dorf-, Markt- und Stadterneuerung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (54).

Anfrage Nr. 5 des Abgeordneten Ing. Peinhaupt an Landesrat Pörtl, betreffend landwirtschaftliche Strukturförderung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (55).

Zusatzfrage: Abg. Ing. Peinhaupt (55).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Pörtl (55).

Anfrage Nr. 19 des Abgeordneten Dr. Wabl an Landesrat Pörtl, betreffend dezentrale Anlagen der Abwasserbeseitigung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (56).

Zusatzfrage: Abg. Dr. Wabl (56).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Pörtl (56).

Anfrage Nr. 18 der Abgeordneten Mag. Zitz an Landesrat Pörtl, betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung für die Grazer Nordspange.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (57).

Zusatzfrage: Abg. Mag. Zitz (57).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Pörtl (58).

Anfrage Nr. 13 des Abgeordneten Straßberger an Landesrat Ing. Ressel, betreffend die Erfüllung der Maastricht-Kriterien.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Ing. Ressel (58).

Anfrage Nr. 7 der Abgeordneten Dietrich an Landesrätin Dr. Rieder, betreffend die Pflegevorsorge, und Anfrage Nr. 14 der Abgeordneten Wicher an Landesrätin Dr. Rieder, betreffend das Pflegegeld.

Beantwortung der Anfragen: Landesrätin Dr. Rieder (59).

Anfrage Nr. 17 der Abgeordneten Keshmiri an Landesrätin Dr. Rieder, betreffend Frauenhaus.

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Dr. Rieder (59).

Zusatzfrage: Abg. Keshmiri (60).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Dr. Rieder (60).

Anfrage Nr. 8 der Abgeordneten Mag. Bleckmann an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Reduzierung der Anzahl der Regierungsmitglieder.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (60).

Zusatzfrage: Abg. Mag. Bleckmann (60).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (60).

Anfrage Nr. 9 des Abgeordneten Schinnerl an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Bedarfszuweisungen an die Gemeinden.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (61).

Zusatzfrage: Abg. Schinnerl (61).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (61).

Anfrage Nr. 15 des Abgeordneten Posch an Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, betreffend Wohnbauförderungsrichtlinien.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (61).

3. Wahlen in die Landtagsausschüsse (63).

Redner: Abg. Mag. Zitz (63), Abg. Keshmiri (64), Abg. Dr. Wabl (64).

4. a) Zuweisungen (70).

b) Anträge (70).

5. a) Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz an Landesrat Ing. Ressel, betreffend Presseförderung in der Steiermark.

Unterstützung abgelehnt (62).

5. b) Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ an Landesrat Dörflinger, betreffend Klarheit für die Bevölkerung in wichtigen Fragen der Spitalpolitik.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (72).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landesrat Dörflinger (72).

Redner: Abg. Mag. Hartinger (75), Abg. Mag. Erlitz (77), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (79), Abg. Bacher (79), Abg. Schinnerl (80), Abg. Dr. Wabl (82), Abg. Gennaro (83), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (84), Abg. Dr. Lopatka (86), Abg. Dr. Flecker (87), Abg. Dietrich (88), Abg. Vollmann (88), Abg. Mag. Bleckmann (90), Landesrat Dörflinger (91), Abg. Dr. Brünner (93).

Beschlußfassung (93).

Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die dritte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Angelobung von drei Abgeordneten.

Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek hat mit Wirksamkeit vom 29. Jänner 1996, Ing. Hans-Joachim Ressel mit Wirksamkeit vom 26. Jänner 1996 und Landesrat Günter Dörflinger mit Wirksamkeit vom 25. Jänner 1996 ihr Mandat als Mitglied des Steiermärkischen Landtages zurückgelegt.

Für die Nachbesetzung wurden von der Wahlbehörde Frau Barbara Goss, Herr Dipl.-Ing. Günter Getzinger und Frau Monika Kaufmann von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs berufen.

Frau Goss, Herr Dipl.-Ing. Getzinger und Frau Kaufmann sind heute erschienen und können die gemäß Paragraph 11 Absatz 3 der Landesverfassung vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Mag. Beate Hartinger, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf nach namentlichem Aufruf Frau Goss, Herr Dipl.-Ing. Getzinger und Frau Kaufmann mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten haben.

Abg. Mag. Hartinger: Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Barbara Goss: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Günter Getzinger: Ich gelobe.

Monika Kaufmann: Ich gelobe.

Präsident: Ich begrüße Sie als neue Abgeordnete im Hohen Haus, bitte Sie um Ihre Mitarbeit für unser Bundesland und lade Sie gleichzeitig ein, Ihre Sitze einzunehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Mit der heutigen Sitzung wird die Frühjahrstagung 1996 eröffnet.

Gemäß Paragraph 58a der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beginnt diese Sitzung mit einer Fragestunde.

Der Aufruf der eingebrachten Anfragen erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der befragten Regierungsmitglieder.

Anfrage Nr. 1 der Frau Abgeordneten Mag. Beate Hartinger an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend die Einführung der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung.

Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Beate Hartinger an Herrn Landesrat Günter Dörflinger.

Werden Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, 1997 die leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung in der Steiermark einführen, auch wenn dies bundesweit noch nicht der Fall sein sollte?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dörflinger (10.10 Uhr): Frau Kollegin Hartinger!

Ich freue mich, daß wir uns sozusagen als Premiere erstmals – Sie mit der ersten Anfrage und ich mit der ersten Anfragebeantwortung – treffen.

Zu Ihrer Anfrage stelle ich folgendes fest:

Erklärtes Ziel des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds ist es, grundsätzlich ein neues Finanzierungsmodell und über das neue Finanzierungsmodell ein neues System der Krankenanstaltenfinanzierung aufzubauen. Das ganze Paket einer Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung war nur als Übergangslösung vom Abgangsdeckungssystem zu einem Zuschußsystem gedacht, weil sich allgemein die Erkenntnis durchsetzte, daß es wirtschaftlich ungesund ist und das Gegenteil einer Kostenbremse darstellt, wenn jene Krankenanstalt die betragsmäßig höchsten Zuschüsse aus allen öffentlichen Mitteln erhält, die das höchste Defizit hat. Ein ideales oder auch nur einigermaßen gerechtes Zuschußsystem wurde bisher nicht gefunden.

Wesentlichstes Merkmal des leistungsorientierten Modelles LKF ist es, daß dadurch die bislang geltende stehende Finanzierungsbezugsgröße Pflorgetage durch sogenannte leistungsorientierte Diagnosefallgruppen abgelöst wird.

Mit 1. Jänner 1995 wurde in Vorarlberg ein Modellversuch „leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung“ eingeführt, der insbesondere dem Zweck dient, die Auswirkung einer leistungsorientierten Abrechnung festzustellen.

Es geht dabei vordringlich um eine Senkung der Verweildauer, um den Abbau von Akutbetten, um die Entlastung des stationären Bereiches der Kranken-

anstalten und um eine Eindämmung der Kostensteigerung generell, ohne gleichzeitig die Leistungen, die zur Betreuung der Patienten notwendig sind, in qualitativer und quantitativer Hinsicht einzuschränken. Zur Durchführung dieses Versuches wurde ein Vertrag zwischen dem Land Vorarlberg, den Rechtsträgern der Krankenhäuser und dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger sowie dem Bundesministerium für Gesundheit abgeschlossen.

Die Pauschalbeträge der Sozialversicherungsträger werden nach der Gesamtzahl der Pflgetage des Vorjahres bemessen und in Form der Pflegegebührensätze pauschal ausbezahlt. In denselben Topf kommen die KRAZAF-Beiträge und die Beiträge des Landes, der Gemeinden und der Krankenanstalten-träger. Im Modell werden dann 85 Prozent der Krankenhausfinanzierung über LKF verteilt.

Ich nehme an, sehr geehrte Frau Abgeordnete, daß Ihnen die österreichweite Situation des Vorjahres bekannt ist, wonach die stattgefundenen Wahlen auf Bundesebene zu Verzögerungen geführt haben. Im Rahmen der Budgeterstellung des Bundes und der damit zusammenhängenden Finanzausgleichsverhandlungen wird sicher auch Einigung über die Einführung eines österreichweiten Modelles zu erzielen sein.

Die Einführung eines lediglich auf die Steiermark beschränkten Modellversuches liegt leider nicht allein im Ermessensbereich bzw. Entscheidungsbereich der Steiermärkischen Landesregierung. Dafür sind folgende Partner notwendig: das Bundesministerium für Gesundheit, der Hauptverband der Sozialversicherungsträger und die steirische Gebietskrankenkasse.

Seitens der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft, die ja Ihr Dienstgeber ist, wurde auf meine Anfrage hin mitgeteilt, daß die Steiermärkischen Krankenanstalten unter Einbeziehung einer gewissen Vorlaufzeit in der Lage sind, einen solchen Modellversuch durchzuführen. Ich habe noch in dieser Woche einen Termin bei Frau Bundesminister Dr. Krammer, um unter anderem zu erfahren, inwieweit vor allem und wann eine österreichweite Umstellung vom bisherigen Abrechnungssystem auf ein leistungsorientiertes System vorgenommen wird.

Sollte abzusehen sein, daß eine bundesweite Regelung in vernünftiger Zeit nicht erreichbar ist – und ich sage dazu, das wäre nicht wünschenswert, weil wir wieder zu Sonderkonditionen kommen würden –, werde ich Gespräche mit den vorhin angeführten Stellen aufnehmen mit dem Ziel – ähnlich dem Vorarlberger Modell –, für die Steiermark die LKF einzuführen. Ich möchte aber noch einmal festhalten, daß die Entscheidung darüber keine allein steirische ist, sondern die entsprechenden Partner zustimmen müssen.

Präsident: Bevor ich der Frau Abgeordneten zu ihrer Zusatzfrage das Wort erteile, fordere ich die Damen und Herren im Zuschauerraum, der auch ein Zuhörer-raum sein soll, dringend auf, hier ihre privaten Unterhaltungen einzustellen. Dasselbe gilt auch für die Damen und Herren, die auf den Bänken und Nischen des Plenarsaales sitzen, denn die Damen und Herren Abgeordneten haben sonst nicht einmal die Möglich-

keit, den Anfragebeantwortungen entsprechend zuzuhören und sie auch zu verstehen. Nun ersuche ich Frau Abgeordnete Hartinger um ihre Zusatzfrage.

Abg. Mag. Hartinger: Ich danke für die Beantwortung, Herr Landesrat Dörflinger. Ich darf Ihnen die Zusatzfrage stellen: Was machen Sie mit den internistischen Patienten, die eine Langzeittherapie benötigen, und wenn diese von heute auf morgen die Verweildauer senken, auf der Straße stehen?

Präsident: Herr Landesrat!

Landesrat Dörflinger: Frau Kollegin!

Ich glaube, es geht nicht um dieses isolierte Problem, sondern wir werden insgesamt bei der Finanzierung aufpassen müssen, daß nicht ein angestrebtes leistungsorientiertes System dazu führt, daß die Kosten insgesamt gesenkt werden, in Wirklichkeit aber der Spitalerhalter, nämlich das Land Steiermark, auf der Strecke bleibt. (10.16 Uhr.)

Präsident: Anfrage Nr. 10 des Herrn Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend die Finanzierung des Landeskrankenhauses Hartberg.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka an Herrn Landesrat Günter Dörflinger.

Bekanntlich soll bereits im Sommer 1996 der Spatenstich für den Neubau des desolaten LKH Hartberg erfolgen.

Anlässlich einer Anfragebeantwortung in der Landtagssitzung vom 4. Juli 1995 hat Ihr Amtsvorgänger Dr. Strenitz dem Hohen Haus mitgeteilt, daß der Neubau LKH Hartberg über eine Leasingfinanzierung erfolgen sollte.

Kurz darauf hat, wie ich informiert wurde, Landesrat Ing. Ressel dazu festgestellt, daß eine Leasingvariante auf Grund der Steuergesetzgebung nicht günstig wäre. Ein Finanzierungsvorschlag würde jedenfalls noch 1995 vorliegen – das ist nicht erfolgt.

Ich frage daher Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, wann ein Finanzierungsmodell für den Neubau des LKH Hartberg fertiggestellt sein wird.

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dörflinger (10.16 Uhr): Diese Anfrage wird ja auch Gegenstand der dringlichen Anfrage – wie ich gesehen habe – sein. Zum ersten Punkt:

Der Neubau des LKH Hartberg ist allen auf Grund des desolaten Zustandes des Hauses ein dringendes Anliegen. In der Erklärung der damals drei im Landtag vertretenen Parteien vom 5. Juli 1994 wurde unter Punkt 5c ausdrücklich ein Leasingmodell, betreffend das LKH Hartberg, mit einem Finanzierungsrahmen von rund 825 Millionen Schilling bewilligt. Am 19. September 1994 gab der Aufsichtsrat der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft seine Zustimmung zum Vorentwurf, betreffend den Neubau. Am 28. August 1995 wurde das Bauvorhaben dem

Landesrechnungshof zur Durchführung der Projektkontrolle laut Landesrechnungshofverfassungsgesetz übermittelt. Am 18. September 1995 wurde ebenfalls im Aufsichtsrat der Krankenanstaltengesellschaft zustimmend eine Information, betreffend die geplante Leasingfinanzierung, zur Kenntnis genommen. Die Vorteile einer Leasingfinanzierung liegen vor allem in der Möglichkeit der Vorsteuerinanspruchnahme. Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft ist jedoch im Zuge der Umsatzsteuergesetznovelle ab 1. Jänner 1997 nur mehr unecht umsatzsteuerbefreit und hat demnach keine Vorsteuerabzugsberechtigung. Unter dieser Voraussetzung wäre eine Leasingfinanzierung nicht die günstigste Form der Finanzierung.

Im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen im Herbst 1995 wurde vom damaligen Finanzminister Dr. Staribacher den Bundesländern zugesichert, daß die öffentlichen Krankenanstalten von der Umsatzsteuernovelle ausgenommen werden. Bedingt durch die Neuwahlen auf Bundesebene kam der Abschluß dieses Finanzausgleiches mit den erwähnten Zusagen nicht zustande, weshalb die Situation im Moment offen ist und im Zuge der neuen Budgeterstellung des Bundes und der damit zusammenhängenden neuerlichen Finanzausgleichsverhandlungen zu lösen sein wird.

Unabhängig von der Frage des Finanzierungsmodells – das ist ja der Kern der Frage – ist die grundsätzliche politische Einigung im Zuge der Erstellung des Landesbudgets 1996 entscheidend. Der Neubau des LKH Hartberg, in welcher Finanzierungsform auch immer, sollte Gegenstand der Budgetvereinbarung sein. Ich werde selbstverständlich zu den eingangs erwähnten Beschlüssen stehen. Wir sollten konsequenterweise offen und ehrlich dazu sagen, daß angesichts der massiven Sparmaßnahmen des Bundes und angesichts der angespannten Finanzsituation des Landes die Frage nicht einfach zu lösen sein wird. Die entscheidende Größe wird der Spielraum des Landesbudgets sein.

Den regionalen Medien entnehme ich Aussagen von Frau Landeshauptmann Klasnic, wonach es beim Neubau des LKH Hartberg zu keinen Verzögerungen kommen darf bzw. der Neubau als gesichert anzusehen ist. Das erleichtert das herzustellende Einvernehmen über den Neubau im Zuge der Budgetverhandlungen des Landes zur Höhe des Zuschusses für die Spitäler. Darüber hinaus müssen wir prüfen, welche Einsparungen und Umschichtungen zugunsten der Investitionen im laufenden Betrieb der Krankenanstalten zu erzielen sind, und davon wird letzten Endes der Umfang der Investitionsmaßnahmen in den Spitälern abhängig sein, wobei ich dazusage, und ich nehme da Bezug auf ein Gespräch, das mein Kollege Herbert Paierl morgen einberufen hat, und darauf hinweisen möchte, daß Investitionen im Spitalsbereich ein wesentlicher Indikator für die steirische Bauwirtschaft sind, und ich gehe davon aus, daß sie deshalb auch Priorität genießen werden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bravo!“)

Präsident: Eine Zusatzfrage!

Abg. Dr. Lopatka: Herr Landesrat, hat auf Grund der Regierungsvereinbarung vom 4. Juli 1994 für dich Hartberg bei den landschaftlichen Krankenhäusern erste Priorität? Die Betonung liegt für dich als zuständiger Landesrat „für diesen Bereich“.

Landesrat Dörflinger: Ich könnte es mir jetzt sehr leicht machen und hergehen, nachdem nur die Anfrage Hartberg gestellt ist, zu sagen, sie hat höchste Priorität, und in der nächsten Landtagssitzung bei den nächsten Anfragen werden dann alle regionalen Abgeordneten aufstehen und ihre Anträge einbringen. Ich gehe davon aus, daß wir im Zuge der Budgeterstellung eine vernünftige Größenordnung des Budgets bekommen werden, und ich werde dann im Rahmen des Budgets eine Prioritätenliste vorlegen. (10.20 Uhr).

Präsident: Anfrage Nr. 2 des Herrn Abgeordneten Dr. Manfred Ebner an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend die Abschaffung der Funktion des Zweiten Landeshauptmannstellvertreters.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Manfred Ebner an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic.

Sind Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, bereit, der sofortigen Abschaffung des Zweiten Landeshauptmannstellvertreters zuzustimmen bzw. darauf hinzuwirken, daß Ihre Fraktion zustimmt?

Präsident: Frau Landeshauptmann, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landeshauptmann Klasnic (10.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Anfrage beantworte ich folgend: Im Zuge der konstituierenden Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung am 26. Jänner wurde von keiner Fraktion ein Antrag gestellt, einen zweiten Landeshauptmannstellvertreter zu wählen. Wir haben vielmehr vereinbart, daß im Zuge eines Verfassungs- und Demokratiepaketes alle Fragen, wie auch die des Zweiten Landeshauptmannstellvertreters und einer Verkleinerung der Regierung insgesamt, beraten werden sollen. Es geht um seriöse, umfassende und natürlich auch schnelle Entscheidungen, aber nicht um punktuelle Augenblicksentscheidungen. Ich strebe hier auch den Konsens mit allen im Landtag und in der Landesregierung vertretenen Parteien an. Daß unsere Fraktion besonderes Interesse an einer raschen und gründlichen Verhandlung hat, dokumentiert auch ein entsprechender Antrag, den heute unser Klubobmann Landtagsabgeordneter Hermann Schützenhöfer eingebracht hat.

Präsident: Wird eine Zusatzfrage gestellt? Ja, bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Ebner: Frau Landeshauptmann, Sie wissen genau, daß wir seit zirka 20 Jahren Verfassungsverhandlungen haben. Wenn Sie jetzt sagen, das soll in das Gesamtpaket hineingehen, dann sind wir wahrscheinlich in 20 Jahren nicht soweit. Ich frage Sie

daher noch einmal, ob Sie bereit sind, diese Entscheidung, nämlich den Zweiten Landeshauptmannstellvertreter abzuschaffen, rasch vorzuziehen und für die laufende Periode noch gültig werden zu lassen.

Landeshauptmann Klasnic: Grundsätzlich halte ich mich an die Vereinbarungen, so wie ich sie in der Anfragebeantwortung ausgeführt habe. Aber ich stelle es diesem Landtag anheim, in dieser künftigen Periode, die ja einige Zeit dauert, und wir sind erst am Start, auch dieses Problem zu lösen. (10.23 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und komme zur Anfrage Nr. 3 des Herrn Abgeordneten Karl Wiedner an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Objektivierungsrichtlinien für die Bedarfszuweisungen an Gemeinden.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Karl Wiedner an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic.

In letzter Zeit ist vermehrt Kritik aufgetreten, die beinhaltet, daß die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden auch nach parteipolitischen und wahltaktischen Überlegungen vergeben wurden.

Ich frage Sie daher, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, ob Sie bereit sind, für die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden Richtlinien und somit Objektivierungskriterien (wie das zum Beispiel auch in Vorarlberg gemacht wurde) noch in dieser Landtagsperiode einzuführen.

Präsident: Frau Landeshauptmann, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landeshauptmann Klasnic (10.23 Uhr): Bedarfszuweisungsmittel sind den Ländern zur Verfügung stehende Vorwegabzüge von den Ertragsanteilen für die Gemeinden. Nach der Finanzverfassung sind diese Mittel zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Gleichgewichtes im ordentlichen Haushalt, zur Abdeckung von Härtefällen oder zur teilweisen Finanzierung von sonstigen Vorhaben der Gemeinden zu verwenden. Diese Mittel wurden auch bisher immer unter Anwendung dieser Kriterien über Antrag des jeweiligen politischen Referenten mit Beschluß der Landesregierung vergeben. Ich selbst habe bereits den Auftrag erteilt, neue Vorschläge ausarbeiten zu lassen, die diese von der Finanzverfassung vorgegebenen Kriterien noch weiter objektivieren. Diese sollten dann für die von der Landesregierung zu beschließenden Vergaben von Bedarfszuweisungen Anwendung finden.

Präsident: Eine Zusatzfrage?

Abg. Wiedner: Frau Landeshauptmann, ich bedanke mich für die Beantwortung der Frage, würde aber als Zusatzfrage bitten, mir zu beantworten, ob Sie auch bereit sind, diese Bedarfszuweisungen an die Gemeinden der Kontrolle des Landesrechnungshofes zu unterlegen.

Landeshauptmann Klasnic: Es war das ein Teil, und wir haben in den Parteienverhandlungen sehr, sehr

lange darüber gesprochen. Wir sind aber im Grunde genommen überzeugt, daß in den Gemeinden die Mittel ordnungsgemäß verwendet werden. Sollte es irgendwo eine Beanstandung geben, sind Sie auch jederzeit eingeladen, sich an die Gemeindereferenten und an die Rechtsabteilung 7 zu wenden. (10.24 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur nächsten Anfrage komme, begrüße ich auf der Zuschauergalerie folgende Besuchergruppe: 22 Schüler der 4. Klasse der Volksschule Gabelsberger unter der Leitung von Frau Direktorin Margareta Hilzensauer, Frau Volksschuloberlehrerin Alfreda Postl und Frau Volksschullehrerin Walburga Egger-Schinnerl. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Anfrage Nr. 16 des Herrn Abgeordneten Dr. Christian Brünner an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, betreffend das Engagement der STEWEAG für die Errichtung thermischer Reststoffverwertungsanlagen.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Christian Brünner an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl.

Sie haben als Vorstandsdirektor der STEWEAG den verdienstvollen Versuch unternommen, aus dieser Landesgesellschaft ein modernes Dienstleistungsunternehmen zu formen. Ein wesentliches Element dieser Unternehmensstrategie war, die Geschäftsfelder zu erweitern und sich unter anderem durch eine Mehrheitsbeteiligung an der ENAGES der Errichtung von thermischen Reststoffverwertungsanlagen zu widmen.

Das war ein verantwortungsbewußter Schritt, insbesondere weil laut Auskunft des Umweltministeriums unbehandelte Abfälle, auch Gewerbe- und Industrieabfälle, nur bis 31. Dezember 2003 auf bestehenden Deponien abgelagert werden dürfen und die Vorlaufzeit für die vom Umweltministerium eingeforderte thermische Abfallbehandlung laut Auskunft von Landesrat Pörtl sechs bis acht Jahre beträgt.

Die Steiermärkische Landesregierung konterkarierte dieses Vorhaben, indem sie in Regierungssitzungen am 13. November, 4. Dezember und 11. Dezember 1995 und in einer Hauptversammlung am 13. Dezember 1995 versuchte, das STEWEAG-Engagement für die Errichtung thermischer Reststoffverwertungsanlagen abzuwürgen.

Sie sind nunmehr als Wirtschaftslandesrat unter anderem für die Erhaltung des Industriestandortes Steiermark verantwortlich. Es liegt auf der Hand, daß ein Standort, bei dem Industrie- und Gewerbe nicht mehr wissen, wo der Abfall rechtskonform gelagert werden soll, unattraktiv wird.

Ich darf daher an Sie, sehr geehrter Herr Wirtschaftslandesrat, die Frage richten, ob, wie und inwiefern Sie auch in Ihrer neuen Funktion als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung das Engagement der STEWEAG für die Errichtung thermischer Reststoffverwertungsanlagen unterstützen werden, damit die Steiermark für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben keine Standortnachteile hat.

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (10.25 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Gestatten Sie mir meine erste Wortmeldung in diesem Hohen Haus, im Steiermärkischen Landtag – (Präsident: „Entschuldigung, Herr Landesrat, daß ich Sie unterbreche, aber der Lärmpegel ist wieder nahezu unerträglich für jene, die sich für die Beantwortung interessieren. Ich ersuche Sie letztmalig um Aufmerksamkeit oder Abwesenheit!“) ich danke für die Unterstützung, Herr Präsident – dazu nutzen möchte, ganz einfach und freundlich „Grüß Gott“ zu sagen und Ihnen auch zu versprechen, daß ich dieses Amt mit steirischer Energie ausüben werde und mit meiner ersten Wortmeldung, so hoffe ich, auch schon inhaltlich etwas dazu beitragen kann. Ich komme somit zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Brünner, betreffend die Unterstützung der STEWEAG für die Errichtung thermischer Reststoffverwertungsanlagen, und beantworte sie wie folgt: Es ist richtig, Herr Abgeordneter, daß der STEWEAG-Vorstand es als eine der wesentlichsten Aufgaben einer erfolgreichen Unternehmensstrategie sieht, den traditionellen steirischen Stromversorger in ein modernes, effizientes Energie- und Umweltdienstleistungsunternehmen zu wandeln und dabei auch Energie- und Umweltdienstleistung thermischer Reststoffverwertung eine wesentliche Rolle spielt. Nicht zuletzt soll auch der im Stromsektor vorhandene Personalüberhang durch neue Geschäftsfelder zumindest teilweise aufgefangen werden. Es ist ferner richtig, daß sowohl landes- als auch bundesgesetzliche Vorgaben die thermische Reststoffverwertung als unverzichtbares Element einer integrierten Abfallwirtschaft vorsehen. In der Reihenfolge Vermeiden, Trennen und Recycling kommt schließlich auch die thermische Verwertung. Sie stellen in Ihrer Anfragebegründung ebenso richtig fest, daß nach der vom Umwelt- und Landwirtschaftsminister bereits unterfertigten Deponieverordnung auch Gewerbe- und nicht gefährliche Industrieabfälle nur mehr im behandelten, entgifteten Zustand und in einem verringerten Volumen auf den Deponien abgelagert werden dürfen. Ich betone hier ganz ausdrücklich, daß es sich dabei um ungefährliche Gewerbe- und Industrieabfälle handelt, und nicht vom Hausmüll gesprochen wird. Dies ist auch in mehrfachen politischen Willensäußerungen sowohl dieses Hauses als auch der Steiermärkischen Landesregierung stets unmißverständlich und übereinstimmend festgehalten worden. So bekannte sich die Steiermärkische Landesregierung mit einstimmigem Regierungssitzungsbeschluß vom 20. Jänner 1992 grundsätzlich im Sinne des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes nach Durchführung der bereits genannten erforderlichen Schritte zur Abfallvermeidung, Abfalltrennung und Abfallverwertung zur thermischen Behandlung des verbliebenen Restabfalles. Es ist Aufgabe einer verantwortungsvollen ökologischen Marktwirtschaft, zu der ich mich persönlich auch als Wirtschaftsreferent bekenne, Umweltbelastungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vermeiden. Wir wissen heute, daß sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Umweltpolitik ein umfassender interdisziplinärer Ansatz notwendig ist. Ein sehr gutes Beispiel dafür zeigt uns die Kreislaufwirtschaft, die ich auch kurz anhand der chemischen Papierherstellung

darstellen möchte: Eine moderne Zellstofffabrik, und wir haben solche in der Steiermark, wie Sie wissen, erzeugt bei der Herstellung von Papier mehr Wärme und elektrische Energie, als sie selbst für den Betrieb benötigt. Diese Energiemengen, aus pflanzlicher Biomasse stammend, werden auch in öffentliche Netze abgegeben. Dazu kommt, daß ein Großteil der Papierprodukte auch nach Gebrauch ein wertvoller Rohstoff ist. Allerdings nur dann, wenn feste Zellstofffasern, aber auch frische Holzfasern zugesetzt werden. Diese sind die unbedingte Voraussetzung zur Aufrechterhaltung des Papierrecyclingkreislaufes. Es werden also alle Faserqualitäten benötigt, um daraus Papier herstellen zu können. Es ist daher zweckmäßig und ökologisch sinnvoll, den Altpapierverarbeitern die Möglichkeit der thermischen Entsorgung bei gleichzeitiger Gewinnung von Wärmeenergie in dafür geeigneten hochtechnologischen modernen Anlagen zu gestatten. Selbstverständlich mit strengen Auflagen und ständiger Kontrolle der festgelegten Grenzwerte. Wie Sie wissen, gibt es in der Schweiz oder in Deutschland eine Reihe derartiger Reststoffverbrennungsanlagen, die erfolgreich betrieben werden. Damit wäre der Kreislauf, beginnend mit der Nutzung pflanzlicher Biomasse von Holz, und das haben wir in der Steiermark reichlich, über die Gewinnung von Zellstoff und Energie und der mehrmaligen Nutzung der Faserstoffe für brauchbare Produkte und der weiteren Nutzung der für die Papierproduktion unbrauchbar gewordenen Altpapiere als Energieträger nahezu geschlossen. Wie Sie wissen, ist der Wärmeinhalt von 2,5 bis 3 Tonnen Papier etwa ein Kubikmeter Heizöl. Ich habe dieses Beispiel deshalb gewählt, weil gerade für unsere Wirtschaft in der Steiermark dieser „Cluster“ – es ist auch viel in der Öffentlichkeit schon diskutiert worden, das ist die Bezeichnung für einen Verbund von untereinander selbständig miteinander agierenden Unternehmungen, die auch ihre Strategien abstimmen – Holz und Papier von ganz besonderer Bedeutung ist. So gibt es in diesem steirischen Wirtschaftsbereich 395 Betriebe mit insgesamt 11.100 Beschäftigten, die einen Umsatz von rund 27 Milliarden Schilling jährlich erwirtschaften. Dieser „Cluster“ Holz und Papier zeichnet sich in der Steiermark auch dadurch aus, daß die gesamte Wertschöpfungskette in unserem Bundesland positioniert ist. So konnte sich die Steiermark gerade in diesem Wirtschaftsbereich besonders gut etablieren. Unsere Zellstoff- und Papierindustrie gehört, gemessen an den weltwirtschaftlichen Maßstäben, zu den führenden und stärksten Unternehmungen. Internationalisierung und zunehmender Konkurrenzkampf erfordern natürlich auch von diesen Unternehmungen Innovations-, Internationalisierungs- und Expansionsstrategien. Zusätzlich beziehungsweise ergänzend werden dabei ökologische Gesichtspunkte eine immer größere Rolle spielen.

Diese Branche Holz und Papier ist aber auch ein klassischer Bereich für industriennahe Dienstleistungen. Große Chancen bestehen für die Steiermark, um dem gesamteuropäischen Trend einer verstärkten Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken – wie Kollege Dörflinger gemeint hat –, wir werden morgen in einem arbeitsmarktpolitischen Forum Gelegenheit haben, dazu auch Vorschläge zu erörtern, diesen Arbeitslosigkeitstendenzen entgegenzutreten – auch darin, die

Industrie durch Produktivitätssteigerung und Rationalisierungen auf dem europäischen Markt und darüber hinaus sicher zu positionieren. So ist es bekannt, daß in unseren Zellstoff- und Papierstandorten Gratkorn, Frohnleiten, Bruck, Niklasdorf und Pöls Outsourcingprojekte, sozusagen Veredelungsvorgänge, im Bereich der Energiedienstleistungen laufen.

Es wurden von den Unternehmungen an diesen steirischen Standorten, eben wie Gratkorn und Pöls, Milliardeninvestitionen zum Teil schon entschieden, und zum Teil sind sie vorbereitet. Aber auch das Engagement des Norwegischen Papierkonzerns NORSKE SKROG in Bruck an der Mur oder Brigl & Bergmeister in Niklasdorf sind Beispiele für diesen dynamischen Unternehmensgeist.

Es ist daher unsere Aufgabe und auch meine spezielle Aufgabe in der Regierung als Wirtschaftsreferent, gerade für diese Branchen Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl der Ökologie als auch der Ökonomie Rechnung tragen.

Auf Grund der derzeitigen Rechtslage – in der STEWEAG-Hauptversammlung vom 13. Dezember 1995 hat der Eigentümervertreter auf der Grundlage eines Regierungsbeschlusses die Streichung des Unternehmenszweckes thermische Reststoffabfallbeseitigung aus den Satzungen vorgenommen – ist die STEWEAG rechtlich, formal rechtlich nicht in der Lage, ihre Kompetenz in diesem Geschäftsfeld zur Zeit zur Umsetzung zu bringen. Vorstand und Aufsichtsrat sind gefordert, den dadurch auftretenden Schaden zu begrenzen.

Als Wirtschaftslandesrat bin ich zur Zeit auch bemüht, für diesen Wirtschaftsstandort Steiermark im Sinne des eben Gesagten neue Wege zu finden, um für diese Betriebe – für diesen Cluster Holz, Zellstoff, Papier – Arbeitsplätze zu sichern, abzusichern, und für diese Branche drohende Nachteile zu vermeiden.

Präsident: Eine Zusatzfrage?

Abg. Dr. Brünner: Herr Landesrat, durch diese Hühottspolitik der Steiermärkischen Landesregierung, nämlich zuerst für das Engagement der STEWEAG, dann gegen das Engagement der STEWEAG zu sein, sind nach meinen Informationen der STEWEAG 20 Millionen Schilling Schaden mindestens erwachsen, vom Schaden für die Vorbereitung für den Börsengang ganz zu schweigen. Was werden Sie als Mitglied der Landesregierung tun, um der STEWEAG diesen Schaden, der schon eingetreten ist und der für den Börsengang zu erwarten ist, abzugelten?

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: Herr Abgeordneter!

Ich werde in der Regierung – ich bin nicht der Eigentümervertreter – den Eigentümervertreter als Wirtschaftslandesrat mit allen Kräften und mit steirischer Energie unterstützen, daß eben diese schadensbegrenzenden Maßnahmen im Unternehmen gesetzt werden. Wir sollen und können nicht hineinregieren, das ist, glaube ich, sehr wichtig. Diese schadensbegrenzenden Aktivitäten laufen zur Zeit. Es gibt keinerlei Festlegung, in welcher Höhe – meinem Informationsstand nach – hier Abschreibungen von bereits

getätigten Investitionen oder Engagement stattfinden müssen. (10.35 Uhr.)

Präsident: Anfrage Nr. 11 des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, betreffend Telekommunikation.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl.

Die Informations- und Kommunikationstechnologie entwickelt sich zu einem der größten Industriezweige der Welt und beeinflusst heute sämtliche Bereiche der Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur, Bildung und Verwaltung. Der rasant anwachsende Telekommunikationssektor ist somit für eine marktwirtschaftliche Entwicklung der Kommunikationsgesellschaft ein unverzichtbarer Bestandteil.

Sehr geehrter Herr Landesrat, ich stelle daher an Sie die Anfrage, können Sie mir im Zusammenhang mit der Koordinierung und Förderung der Telekommunikationseinrichtungen die Aktivitäten und Ziele für die Telekommunikation in der Steiermark darstellen?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (10.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Franz Jeglitsch zum Thema Telekommunikation beantworte ich wie folgt:

Die sogenannte Datenautobahn, der vielbeschriebene neuhochdeutsche Begriff Datenhighway ist Ihnen sicherlich auch bekannt, die lange Zeit hauptsächlich auf einige Spezialbereiche und Anwendungen von Universitäten beschränkt war, wurde sowohl von der Wirtschaft als auch mittlerweile vom privaten Bereich, hier das Stichwort „Internet“, entdeckt. Besonders revolutionär sind die Konsequenzen im Bereich Arbeit und Bildung, denn neue Infrastrukturen und Infostrukturen machen Utopien, wie etwa das „Teleworking“, die „Telearbeit“ oder das „elektronische Klassenzimmer“ zur Realität.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick:

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Eisenbahn das größte Innovations- und Investitionsprojekt und veränderte die gesamte europäische Infrastruktur. Danach führten die intensive Nutzung des Erdöls und die Fortschritte in der Automobilindustrie zu einer starken Ausweitung des Individualverkehrs.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich am Ende des 20. Jahrhunderts zu einem außerordentlich komplexen soziotechnischen System, in welchem Informationen und Kommunikationen zentrale Erfolgsfaktoren sind. Im selben Zeitraum stellen Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie eine weitere Welle an Basisinnovationen und Erneuerungen in Gesellschaft und Wirtschaft dar.

Die Telekommunikation ist nunmehr einer der weltweit am stärksten wachsenden Märkte mit einer

Expansionserwartung von jährlich zirka 7,5 Prozent. In keinem anderen Bereich sind diese Wachstumsraten feststellbar. Der gesamteuropäische Markt hat ein geschätztes Volumen von rund 900 Milliarden Schilling und wächst mit einer ähnlichen Dynamik, jedoch – hier kommen schon die Einschränkungen – sind auf Grund der verschiedenen Liberalisierungsgrade in den einzelnen EU-Mitgliedsländern auch diese Wachstumsgrade und Wachstumsimpulse unterschiedlich. Auslöser für die Deregulierungsaktivitäten in Europa waren die Initiativen der EG-Kommission, die mit ihrer „Grünbuch-Telekommunikation“ die übergeordneten Richtlinien festlegte.

Der Ausbau der entsprechenden Telekommunikationsinfrastruktur – im wesentlichen Lichtwellenleiter, man kann sie auch Infostruktur nennen – wird zunehmend ein Standort- und Wettbewerbsfaktor für Lebensräume und Wirtschaftsräume. Das Land Steiermark muß daher durch aktive Maßnahmen erreichen, daß die Chancen der Kommunikationsgesellschaft im Interesse unserer Bürger und Unternehmungen genutzt werden. Gleichzeitig bieten leistungsfähige Telekommunikationsverbindungen auch enorme Chancen für periphere Räume, für bisher noch unterentwickelte Regionen – wie etwa das Grenzland oder Regionen der Obersteiermark. So können regionale Benachteiligungen ausgeglichen werden, wenn man diese Chancen nützt.

Bei der Vernetzung von Kommunikationseinrichtungen, wie etwa Telefon, Computer, Videotelefon und ähnliches, werden Informationen mit Lichtgeschwindigkeit übermittelt. Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat deshalb noch als Wirtschaftsreferentin bereits im vergangenen Jahr ein Grundsatzkonzept ausarbeiten lassen und die Telekommunikationsinitiative Steiermark, die sogenannte TELEKIS, ins Leben gerufen. Dort arbeiten Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft sowie von Infrastrukturanbietern und -betreibern aus der Steiermark in einer Plattform eng zusammen. Das Grundsatzkonzept der TELEKIS, das am 29. Mai 1995 von der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Auftrag zur Erstellung eines Maßnahmenkataloges einstimmig beschlossen wurde, geht von folgenden Zukunftsüberlegungen aus:

Im Bereich Arbeit und Wirtschaft: Zugriff auf zentrale Informationsquellen und High-Tech-Pools, Videokonferenzen, Teleworking – eine neue Chance, Elektronische Bestellung und Fakturierung. Sie werden das gerade in den letzten Monaten auch bei uns immer wieder schon verfolgt haben.

Im Bereich der Universitäten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen: Vernetzung des gesamten Campus, Vernetzung von Schulen, Virtuelle Klassenzimmer, Fernuniversitäten und Fernunterricht, Erwachsenenbildung.

Im Bereich Verwaltung: Informationssysteme nach außen und nach innen, braucht auch das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Elektronische Akten, Fernverfahren und Ferngutachten, Öffnung von „Öffentlichem Know-how“.

Im Bereich Verkehrswesen: Verkehrssteuerung, das Road Pricing, Transportlogistik.

In öffentlichen Bereichen: Zivil- und Katastrophenschutz, Gesundheitswesen – Telemedizin, Bibliotheken, Telehäuser.

Und nicht zuletzt auch im privaten Bereich: Kultur, Teleshopping, Telebanking, Reiseinformationen, Buchungen, Multimediaanwendungen (Videotelefon und so weiter).

Im Rahmen der „Telekommunikations Initiative Steiermark“, der TELEKIS, gilt es, den raschen Ausbau eines leistungsfähigen Steiermarknetzes zu verwirklichen, das dann für verschiedenste Anwendungen zur Verfügung steht. Ein Hintergrund dieser Initiative ist die Tatsache, daß zwar spätestens 1998 europaweit die Postmonopole fallen sollten, jedoch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs – da hoffen wir auch auf die neue Bundesregierung – und insbesondere auch für den Standortraum Steiermark wie in anderen EU-Ländern schon früher als 1998 die Deregulierung und Liberalisierung erfolgen kann.

Die Mitglieder der TELEKIS haben dazu bereits wichtige Initiativen gesetzt:

Innerhalb der Landesverwaltung wurde ein Entwicklungsprogramm Telekommunikation konzipiert, das auf landesweite Vernetzung von Verwaltungseinrichtungen – etwa Bezirkshauptmannschaften, den Gemeinden sowie Bundesstellen – abzielt. Durch eine Kombination von Telefon- und Datenvernetzung können gewaltige Einsparungspotentiale auch für das Landesbudget genutzt werden, die damit auch weitere Ausbauvorhaben entsprechend rechtfertigen.

Das Medienhaus Styria, beispielsweise, hat das im November des vergangenen Jahres gemeinsam mit der Technischen Universität Graz entwickelte Informationssystem „Styria-Online“ in Betrieb genommen, aus dem auch Sie, sehr geehrte Abgeordnete, über Internet weltweit topaktuelle Informationen aus der Steiermark abrufen können. Wenn Sie Interesse haben, in meinem Büro steht ein PC mit Internetanschluß, so können Sie bei mir mitsurfen.

Im Auftrag von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic wurde Anfang Jänner der Kommission der EU ein Konzept für künftige „Innovative und lokale Maßnahmen zur Telekommunikationsinitiative Steiermark“ vorgelegt und um eine Förderung im Rahmen des EFRE-Programmes „Informationsgesellschaft“ er sucht.

Und schließlich hat die STEWEAG eine Machbarkeitsstudie bei der international renommierten Beraterfirma Booz-Allen & Hamilton in Auftrag gegeben – gestern war sozusagen der Auftakt –, durch die das Marktpotential in der Steiermark erhoben wird. Die Ergebnisse dieser Studie werden im Mai vorliegen. Die Landesgesellschaft wird ihr bereits vorhandenes Netz – es gibt Lichtwellenleiter, zwar noch sehr bescheiden, zwischen Graz und Bruck auf der Hochspannungsleitung – an Lichtwellenleitern und Richtfunkstrecken auch der Öffentlichkeit zugänglich machen, sobald dies rechtlich möglich ist. Deshalb hat sich die STEWEAG auch an dem von den Landesgesellschaften Österreichs gegründeten Unternehmen „United Telecom Austria (UTA)“ beteiligt, die sich mit der Umsetzung der Lichtwellenleiterstrecken befaßt. Knapp 500 Kilometer Lichtwellenleiter werden im Zuge dieses Programmes in den nächsten Tagen als

Sonderinvestition mit 150 Millionen Schilling in Auftrag gegeben, so daß noch heuer alle Landeshauptstädte über Lichtwellenleiter verbunden sein werden. In Phase zwei, 1997/98, beabsichtigt man, nach dem vorliegenden Ausbauplan auch in der Steiermark die steirischen Bezirke an dieses Lichtwellenleiternetz anzuschließen. Mit einem weiteren Kostenaufwand von 150 Millionen Schilling soll spätestens 1998 ein steiermarkweites Netz zwischen den Bezirkshauptstädten und der Landeshauptstadt zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist die Gründung eines entsprechenden steirischen Telekommunikationsunternehmens unter dem Arbeitstitel „STE*COM“ vorbereitet.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, kann ich feststellen, daß durch diese Bündelung und Fokussierung der Telekommunikationsinitiative in geraumer Zeit in der Steiermark der rasche und professionelle Aufbau des Steiermarknetzes im Interesse der Unternehmer und der Bürger gewährleistet werden soll. Als Wirtschaftsreferent und Koordinator für den Telekommunikationsbereich habe ich gestern als eines meiner ersten Stücke der Steiermärkischen Landesregierung einen Bericht über die bereits durchgeführten und geplanten Maßnahmen vorgelegt. Sie sind im wesentlichen in drei Punkte geteilt: erstens: Ein verwaltungsseitiger Lenkungsausschuß mit Vertretern aller Ressorts; zweitens: Die steirische Wirtschaftsförderung und auch die Verwaltung werden Pilotprojekte in Angriff nehmen und die auch aus der Wirtschaftsförderung fördern; drittens: Ein mehrjähriger Ressourcen- und Finanzierungsplan, der vor allem für die Budgetierung notwendig ist, soll erstellt werden, der Grundlage für die kommenden Aktivitäten ist.

Insgesamt und abschließend, meine Damen und Herren, sind wir bemüht, durch den koordinierten Einsatz der vorhandenen Mittel – der immer geringer werdenden Mittel, zugegebenermaßen – eine leistungsfähige Infrastruktur und dadurch kostengünstigere Telekommunikationsdienste für unser Bundesland anzubieten und einzurichten. Denn dies, so sind wir überzeugt, ist für den Standort Steiermark der Rohstoff der Zukunft. (10.45 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat, ich danke. Wenn eine Zusatzfrage gewünscht wird, ersuche ich Sie, sie jetzt zu stellen. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Anfrage Nr. 4 des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura an Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend die Abwasseranlage in Breitenfeld an der Rittschein.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura an Herrn Landesrat Erich Pörtl.

In der Bauerngemeinde Breitenfeld an der Rittschein ist für die Ortsteile Breitenfeld, St. Kind und Neustift gegen den Willen der Breitenfelder Bauern eine gemeinsame Abwasseranlage in St. Kind geplant.

Zu dieser müßten die Abwässer der Breitenfelder über eine Länge von 2,3 Kilometer gepumpt werden.

Die Breitenfelder treten für eine genossenschaftliche Lösung ein und beabsichtigen, ihre Abwässer selbst zu reinigen. Dies wird angeblich vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung untersagt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, die Anfrage: Sind Sie bereit, den zirka 40 betroffenen Breitenfelder Bauern dahin gehend zu helfen, daß diese ihre Abwässer selbst klären können und somit nicht gezwungen werden, sie äußerst kostenintensiv nach St. Kind pumpen zu müssen?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Pörtl (10.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend die Abwasserentsorgung in der Gemeinde Breitenfeld an der Rittschein, beantworte ich wie folgt: Die Gemeinde Breitenfeld beabsichtigt bereits seit mehr als zehn Jahren, die Abwasserentsorgung für die Hauptsiedlungsgebiete durchzuführen. Auf Grund der abwasserbedingten Verunreinigung der Fließgewässer in der Gemeinde und der insgesamt unzureichenden abwassertechnischen Entsorgung ist die Errichtung einer ordnungsgemäßen Abwasserentsorgung von vorrangiger Bedeutung. Im Jahre 1990 wurde von der Gemeinde die Erstellung eines örtlichen Abwasserentsorgungskonzeptes beauftragt bzw. wurde seitens des Landes von der Fachabteilung IIIa parallel eine regionale Betrachtung durchgeführt. Nach diesen Untersuchungen wurde vorgeschlagen, die Abwässer von Breitenfeld gemeinsam mit Teilen von Riegersburg, aus den KG. Schweinz und Krennach, zur Kläranlage Söchau abzuleiten. In weiterer Folge wurde im Auftrag der Gemeinde von Herrn Universitätsprofessor Renner eine Begutachtung der Abwasserentsorgung von Breitenfeld durchgeführt. Diese Begutachtung ergab Investitionskostenvorteile bei mehreren Gemeindekläranlagen, wobei unter Berücksichtigung der Betriebskosten keine wesentlichen Unterschiede zu einer Ableitung nach Söchau festzustellen waren. Über die bis dahin durchgeführten Planungen wurde am 20. März 1992 von der Gemeinde eine Bürgerversammlung unter Teilnahme eines Vertreters des Landes (Fachabteilung IIIa) durchgeführt. Seit 1992 gibt es auch Bestrebungen, im Ortsgebiet von Breitenfeld Einzelkläranlagen zu errichten. In diesem Zusammenhang erfolgte wiederholt eine Diskussion über die ökologische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit von Einzelanlagen in einem geschlossenen Dorfgebiet bzw. die Verpflichtung von Landwirten zum Anschluß an öffentliche Kanalanlagen. Wie in anderen Fällen auch wurde seitens der Landesdienststellen die Meinung vertreten, daß zusammenhängende Siedlungsgebiete gemeinschaftlich zu entsorgen sind und daß aus dem Kanalgesetz keine generelle Ausnahme für landwirtschaftliche Wohnobjekte abgeleitet werden kann. Zu Beginn des Jahres 1995 wurde in Breitenfeld eine Meinungsumfrage zum Thema „Abwasserentsorgung“ durchgeführt, derzufolge sich rund 60 Prozent für eine kommunale Abwasserentsorgung, das heißt Ableitung nach Söchau beziehungsweise gemeindeeigene Kläranlage, und rund 40 Prozent für kleinbiologische Anlagen aussprachen. Auf Wunsch der Gemeinde wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1995 eine neuerliche Überprüfung der Abwasserkonzepte von Breitenfeld im

Auftrag des Landes (Fachabteilung IIIa) durchgeführt. Diese Untersuchung weist die Errichtung einer Gemeindekläranlage sowie die Ableitung nach Söchau bei volkswirtschaftlicher Betrachtung als gleichwertig aus. Für die Gemeinde Breitenfeld ergeben sich bei einer gemeindeeigenen Anlage jedoch betriebswirtschaftliche Vorteile, so daß der Gemeinde seitens des Landes die Wahl zwischen diesen Entsorgungsvarianten vorgeschlagen wurde. In keiner der bisher durchgeführten Gespräche und Untersuchungen wurde von der Gemeinde Breitenfeld die Durchführung der Abwasserentsorgung über Genossenschaften angestrebt und liegt bislang kein einziges Schreiben bei den zuständigen Dienststellen des Landes auf, die eine genossenschaftliche Lösung der Abwasserentsorgung in Breitenfeld fordern. Wie bekannt wurde, beabsichtigt die Gemeinde, in nächster Zeit eine weitere Bürgerversammlung zum Thema Abwasserentsorgung durchzuführen.

Präsident: Eine Zusatzfrage?

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Herr Landesrat, ich danke für die Beantwortung und stelle die Zusatzfrage: Nachdem das ja alles Bauern sind, und Sie wissen, daß die Bauern sehr belastet sind und das neue Abwasserwirtschaftsgesetz in Vorbereitung ist, ist meine Frage: Sind Sie bereit, hier mitzuwirken, daß hier eine Befreiung der Bauern vom Anschlußzwang möglich sein wird?

Landesrat Pörtl: Es gibt bereits einen solchen Antrag im Steiermärkischen Landtag, wo jene Landwirte, die unter 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bewirtschaften, solche Befreiungsmöglichkeiten bekommen sollen. Ich bin also nicht in der Lage, wenn wir den Antrag als Annahme nehmen, daß wir in jenen Gebieten eine solche Befreiung überhaupt durchführen könnten, weil gerade diese Gebiete speziell in der tierischen Veredelung liegen, kleine Betriebe sind und wahrscheinlich mit diesem Antrag eine Befreiung kaum möglich wäre. Die entscheidende Frage stellt sich, ob eine ordnungsgemäße Entsorgung ohne hygienische Probleme beziehungsweise Ausbringung auf Flächen möglich ist. Es gibt Länder in Österreich, die nach einem medizinischen Gutachten eine solche Befreiung ermöglichen. Mir fehlen nur derzeit die Mediziner, die bedenkenlos mit einer generellen Erklärung eine Befreiung sozusagen unterstreichen können. In der Beratung zum Abwasserwirtschaftsgesetz werden wir diese Diskussion selbstverständlich neuerlich in den Raum stellen. (10.56 Uhr.)

Präsident: Ich komme zur Anfrage Nr. 12 der Frau Abgeordneten Dr. Eva Karisch an Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend ökologische Dorferneuerung.

Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Eva Karisch an Herrn Landesrat Erich Pörtl.

Die ökologische Dorf-, Markt- und Stadterneuerung ist ein neues Schlagwort in der Umweltpolitik.

Ich stelle daher an Sie die Anfrage, sehr geehrter Herr Landesrat, welche Unterstützungsmöglichkeiten bestehen seitens des Landes Steiermark?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Pörtl (10.56 Uhr): Die Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Eva Karisch, betreffend die ökologische Dorferneuerung, beantworte ich wie folgt:

Die Steiermark ist geprägt durch ihr struktureiches und vielfältiges landschaftliches Erscheinungsbild. Daraus folgend ergeben sich unmittelbare Rückschlüsse auf eine hohe Umwelt- und Lebensqualität. Dieses Erbe muß nachhaltig erhalten und verwaltet werden. Die „Ökologische Dorf-, Markt- und Stadterneuerung“ geht davon aus, künftig erforderliche Entwicklungsschritte bewußt so zu setzen, daß eine ökologische Beeinträchtigung auszuschließen ist. Darüber hinaus bietet sich die Chance der Wiederbelebung der dörflichen beziehungsweise städtischen Identität. Durch Setzung ökologisch orientierter regionalpolitischer Akzente wird unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und Langfristigkeit eine lebensfähige, wirtschaftlich verankerte Grundstruktur aufgebaut.

Nachstehende Ziele und Entwicklungsschritte könnten beispielsweise in enger Kooperation mit der Bevölkerung erarbeitet werden: bewußter Umgang mit naturräumlichen Ressourcen, wie in unserem Ökoprogramm 2000 (Luft, Wasser und Boden), weiters Maßnahmen zur Erhaltung und Steigerung der Artenvielfalt, ebenfalls Abfallvermeidung und ökologische Abfallbewirtschaftung, zusätzlich bewußte Kulturlandschaftspflege im Einklang mit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, ökologische Grünraumgestaltung und Schaffung von Ausgleichsflächen und Einsatz und Förderung erneuerbarer Energien.

Auch im Ziel-5 b-Programm der EU sind für Maßnahmen der Dorferneuerung Förderungen vorgesehen. Weiters kann das Land neben der Förderung von Einzelmaßnahmen seinen Beitrag leisten, daß den Gemeinden die notwendige Beratung und Hilfestellung bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. So konnten beispielsweise die Gemeinden Großhart, Bruck an der Lafnitz, Spital am Semmering, Auersbach, Pruggern und die Stadt Trofaiach für die ökologische Markt-, Dorf- und Stadterneuerung gewonnen werden.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren seitens des Landes Steiermark bereits zahlreiche Initiativen zur Erhaltung und Steigerung der Umwelt- und Lebensqualität gesetzt.

Beispielsweise gilt im Bereich der ökologischen Abfallbewirtschaftung die Steiermark als Musterland. Das Land Steiermark hat sich im Müllwirtschaftskonzept 1989 zum Ziel gesetzt, die anfallenden Restabfallmengen massiv zu reduzieren und die getrennt zu sammelnden und zu verwertenden Altstoffe beträchtlich zu steigern. Die Abfallerhebung 1995, mit der die Abfallwirtschaftsbilanzen des Jahres 1994 vorgelegt wurden, hat diesen Trend eindrucksvoll bestätigt. Diese Erfolge haben dazu geführt, daß in der Fortschreibung des Steiermärkischen Abfallwirt-

schaftskonzeptes 1995 die Ziele neu formuliert und noch strenger gesetzt wurden.

In bezug auf ökologische Betriebsberatung ist eine Reihe von Aufgaben zur Ökologisierung der betrieblichen Abfallwirtschaft wahrgenommen worden, und zwar die Beurteilung betrieblicher Abfallwirtschaftskonzepte, Erstellung eines Rahmenplanes für Industrie- und Gewerbeabfälle, die Erstellung eines Handbuchs „Abfallwirtschaft am Bau“ gemeinsam mit der Bauinnung, die Durchführung von Prepareprojekten im Rahmen des Vorhabens Ökoprofit Steiermark.

Im Wasserbau werden hart ausgebaute Fließgewässer in den Dorfgebieten zurückgebaut, wie wir das bereits in Söchau und in Burgau durchgeführt haben.

Große Bedeutung kommt der Energieversorgung zu, vor allem der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Rund 85 Biomasseheizzentralen sowie 240.000 Quadratmeter Solarkollektoren wurden bereits steiermarkweit in dieser Hinsicht errichtet. (10.58 Uhr.)

Präsident: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Anfrage Nr. 5 des Herrn Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt an Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend die Strukturförderung in der Landwirtschaft.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt an Herrn Landesrat Erich Pörtl.

Im Zuge der gemeinsamen Agrarpolitik hat die heimische Landwirtschaft enorme Strukturprobleme. Vor allem im Bereich der Verkaufseinrichtung und des Marketings.

Welche Maßnahmen und Schwerpunkte haben Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, im Zuge der landwirtschaftlichen Strukturförderung gesetzt?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Pörtl (10.58 Uhr): Die Anfrage des Kollegen, Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt, betreffend die Strukturförderung in der Landwirtschaft, beantworte ich wie folgt:

Im Zuge des Beitrittsvertrages war die politische Entscheidung für ein binnenmarktkonformes Übergangsmodell umzusetzen. Die Beitrittsländer wurden verpflichtet, ab dem Beitritt die gemeinsame Agrarpolitik in vollem Umfang zu übernehmen und die Agrarpreise und -prämien der Europäischen Union sofort anzuwenden. Da die Landwirtschaft in den Ländern Norwegen, Österreich und Finnland auf Grund der geographischen Lage, der klimatischen und topographischen Gegebenheiten und der strukturellen Situation wenig wettbewerbsfähig ist, weist sie ein hohes Stützungsniveau auf, das auch hohe Agrarpreise umfaßte. Die Anpassung der Agrarpreise in den Beitrittsländern an das Gemeinschaftsniveau machte in diesen Ländern zum Teil erhebliche Preissenkungen erforderlich. Um die damit verbundenen Einkommenseinbußen auszugleichen, erhält Österreich im Gegenzug die Möglichkeit, während einer Übergangszeit unter genau festgelegten Bedingungen national finanzierte degressive Beihilfen zu gewähren.

Das System der degressiven nationalen Beihilfen bildet neben der Lagerabwertung den Kern des Übergangsregimes im landwirtschaftlichen Bereich. Dank konsequenter und zielstrebigter Vorbereitungsarbeit seitens der Interessenvertretung des Bundes, des Landes und auch der vielen guten informellen Kontakte zur Europäischen Kommission war es möglich, daß die EU-konforme Förderungsabwicklung und auch Programmerstellung für die Periode 1995 bis 1999 Schritt für Schritt umgesetzt werden konnte.

Beispielsweise kann dafür angeführt werden: die Erlassung der Gebietskulisse für natürlich benachteiligte Gebiete; die Erlassung der Gebietskulisse für die Strukturfördergebiete; die Erstellung und Genehmigung der Strukturförderprogramme Ziel 5b und auch Ziel 2; die Erstellung und Genehmigung des Programmplanungsdokumentes zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; die Erstellung und Genehmigung des Ausführungsprogrammes für die Forstmaßnahmen; die Erstellung und Umsetzung des agrarischen Umweltprogrammes; die Erarbeitung und Umsetzung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung.

Und so konnte über meinen Antrag bereits 1994 im Zuge der Budgeterstellung 1995 erreicht werden, daß ein zusätzlicher allgemeiner Deckungskredit von 500 Millionen Schilling im Landesvoranschlag ausgewiesen wurde, damit die EU- und Bundesmittel rasch und fristgerecht abgegolten werden können. Über die Nachtragsbedeckung im Herbst 1995 konnte sichergestellt werden, daß alle EU-, Bundes- und Landesprogramme ausfinanziert werden konnten. Insbesondere galt es dabei, das konkrete Antragsvolumen, das sich im Zuge der Auswertung der rund 43.000 Mehrfachanträge ergab und das natürlicherweise von den vorangegangenen Schätzungen abgewichen ist, abzudecken.

Es bleibt zu hoffen, daß im Zuge der Budgeterstellung 1996 es gelingt vorzusorgen, daß die für die vorgenannten, beispielhaft angeführten Strukturprogramme die anteiligen Landesmittel, in der Regel sind das 40 Prozent des nationalen Anteiles gemäß dem Bundeslandwirtschaftsgesetz, gesichert werden können und damit eine positive Weiterentwicklung der agrarischen Strukturförderungspolitik möglich ist.

Präsident: Eine Zusatzfrage? Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Ing. Peinhaupt: Ich danke für die Beantwortung der Frage, Herr Landesrat. Mir liegt aber hier eine Antwort der Frau Wulf Mathies im Namen der Kommission vor, die am 31. Oktober gesagt hat, daß in Österreich folgende Mittelbindungen hinsichtlich der Strukturförderungen gegeben sind, wo die Steiermark mit 226,6 Millionen Schilling in 5b-Gebieten ausgewiesen ist als Tranche 1995. Lukriert wurden lediglich 80 Millionen Schilling dieses Geldes. Warum wurde der Rest nicht lukriert?

Landesrat Pörtl: Wie bekannt ist, sind solche Strukturmaßnahmen auch von der Genehmigung von Brüssel abhängig. Diese sind erfolgt. Die Vorbereitungsarbeiten liegen, und das sind vor allem soziale Maßnahmen, die Wulf Mathies zu vertreten hat, im

Rahmen einer Weiterbildungsstrategie der landwirtschaftlich Beschäftigten, die vor allem eine weitere berufliche Ausbildung erhalten sollen. Wir haben für alle Anträge, die konkret vorgelegt wurden, die finanziellen Mittel aufgebracht. Es ist klar, daß wir ohne Anträge die Mittel nicht auslösen konnten. (11.01 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat. Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Kollegen Dipl.-Ing. German Vesko an Herrn Landesrat Erich Pörtl wurde zurückgezogen. Wir kommen daher zur Anfrage Nr. 19 des Herrn Abgeordneten Dr. Martin Wabl an Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend dezentrale Abwasserbeseitigung.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Martin Wabl an Herrn Landesrat Erich Pörtl.

Nach dem steirischen Abwasserwirtschaftsplan sollen bis 2010 20 Milliarden Schilling in Abwasserentsorgungsmaßnahmen investiert werden.

Die Übertragung des nur für dicht besiedelte Gebiete geeigneten Systems der zentralen Kläranlagen auf den ländlichen Raum ist wegen enormer Kosten und steigendem Umweltbewußtsein jedoch immer schwerer durchsetzbar.

Nur mehr ein geringer Teil der Investitionen, nämlich zirka 10 Prozent, werden bei Zentralanlagen in die Reinigung investiert, der Rest geht in den Transport.

In der Steiermark werden inzwischen zahlreiche Projekte, bei denen Kosten von mehr als 250.000 Schilling je Haushalt entstehen, errichtet. Gleichzeitig existieren Alternativen ab 40.000 Schilling im Bereich der Einzel- und Genossenschaftsanlagen.

Der in der vergangenen Gesetzgebungsperiode eingebrachte Entwurf für ein Abwasserwirtschaftsgesetz ist bei weitem nicht geeignet, die finanziellen Folgen vor allem für die bäuerliche Bevölkerung zu entschärfen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, die Frage: Mit welchen konkreten Schritten und bis wann wollen Sie erreichen, daß den dezentralen Anlagen der Abwasserbeseitigung endlich der ihnen längst zustehende Stellenwert zukommt?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Pörtl (11.03 Uhr): Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wabl, betreffend die konkreten Schritte für den Einsatz von dezentralen Abwasserentsorgungsanlagen, beantworte ich wie folgt: Die im steirischen Abwasserwirtschaftsplan ausgewiesenen Kosten berücksichtigen im wesentlichen Abwasserentsorgungsanlagen für zusammenhängende Siedlungsgebiete beziehungsweise Gebiete, die im Flächenwidmungsplan als Bauland ausgewiesen sind. Nach zuletzt durchgeführten Erhebungen werden derzeit die Abwässer von rund 72 Prozent der steirischen Bevölkerung öffentlichen Entsorgungsanlagen zugeführt. Die verbleibenden 28 Prozent können je zur Hälfte mit kommunalen beziehungsweise privaten Entsorgungsanlagen erfaßt werden. Das Land Steiermark und die zuständigen Landesdienststellen beschäftigen sich nachweislich seit Jahren mit der

Abwasserentsorgung im ländlichen Raum. Es wurde eine Vielzahl von alternativen Lösungsmöglichkeiten überprüft und für den Praxiseinsatz weiterentwickelt. Erreicht wurden damit österreichweit die niedrigsten Baukosten für Kanal- und Kläranlagen sowie die höchste Dichte an Klein- und Pflanzenkläranlagen. Es darf daran erinnert werden, daß mit den Richtlinien zur Abwasserentsorgung im ländlichen Raum 1988, dem Erlaß zur Bewilligung von Pflanzenkläranlagen 1993 und zuletzt mit der Broschüre über die Errichtung von Pflanzenkläranlagen im kontrollierten Selbstbau von der Steiermark Aktivitäten gesetzt wurden, die für Gesamtösterreich Vorbildfunktion hatten beziehungsweise haben. Allen mit der Problematik der Abwasserentsorgung Befaßten ist bewußt, daß die Realisierung einer flächendeckenden Abwasserentsorgung eine ständige Herausforderung darstellt, die vor allem auch einen weitgehenden politischen Konsens erfordert. Der politische Konsens hat sich dabei vor allem auf Fragen der Wertigkeit eines umfassenden und dauerhaften Gewässerschutzes und der für die Bevölkerung zumutbaren finanziellen Belastung zu beziehen. Daß hierbei den Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, zeigt bereits auch der derzeit vorliegende Entwurf zur Änderung des Kanalabgabengesetzes. Generell sind Dienststellen des Landes angehalten, Projekte zur Abwasserentsorgung nach ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien zu optimieren, wobei nicht allein die Investitionskosten entscheidend sein können, sondern für die Gemeinden und letztendlich für die Bürger die Folgekosten von entscheidender Bedeutung sind. Es muß jedoch auch das wasserwirtschaftliche Ziel des Landes sein, daß Abwassermaßnahmen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, eine nachhaltige Gewässerschutzwirkung erreichen. Die anstehenden, neu zu fassenden gesetzlichen Regelungen zur Abwasserentsorgung, wie Abwasserwirtschaftsgesetz, Kanalabgabengesetz beziehungsweise Förderungsrichtlinien werden ausreichend Möglichkeit zur Diskussion über künftige Maßnahmen zur Abwasserentsorgung im Land Steiermark bieten, und es sind alle Parteien eingeladen, konstruktiv in dieser Frage mitzuarbeiten.

Präsident: Wenn eine Zusatzfrage gewünscht wird, bitte ich Sie, diese zu stellen.

Abg. Dr. Wabl: Herr Landesrat, ich danke für die Beantwortung. Ihnen ist sicherlich das brennende Problem, nämlich die Abwasserentsorgung in Romatschachen, bekannt. Meine Zusatzfrage: Wie stehen Sie zu dieser vorgeschlagenen Lösung? Seit Jahren gibt es die Diskussion darüber, und die Bevölkerung von Romatschachen wird sicherlich auf eine positive Entscheidung warten.

Landesrat Pörtl: Ich kenne aus einigen Diskussionen den konkreten Fall. Es ist dieses natürliche Spannungselement einer volkswirtschaftlichen Rechnung auf 30 Jahre hochgerechnet und eine Variante, wo vor allem mit einer regionalen Abwasserentsorgung in Selbstbauweise unterschiedliche Kostenpositionen gegenüberstehen. Es ist daher interessant, daß wir auch Gemeinden haben, die generell mit genossen-

schaftlichen Lösungen derzeit die Abwasserentsorgung umsetzen. Es ist aber natürlich auch im kommunalen Bereich, im ureigensten Bereich, eine grundsätzliche Entscheidung in diesen Regionen. Ich halte es nicht für richtig, daß das Land Steiermark generell die Gemeinden, die die Verantwortung für die kommunalen Abwasserentsorgungskonzepte haben, bevormundet. Ich glaube, daß diese Frage mit einer offenen Diskussion und einer gleichwertigen Gegenüberstellung zu lösen ist. Ich bin gerne bereit, noch einmal mit der Gemeinde in Kontakt zu treten, um diese Frage direkt anzusprechen. Wir haben diese Selbstbauweise vom „Ökologischen Projekt Graz“ über zwei Jahre überprüfen lassen. Als Ergebnis wurden pro Anlage für einen Vierpersonenhaushalt Investitionskosten von 60.000 Schilling und eine jährliche Belastung von 4500 Schilling, was den Betrieb betrifft, festgestellt. Das sind faktische Unterlagen auf Grund einer Untersuchung, die wir ausgegliedert haben. Das „Ökologische Projekt“ ist bekanntlich keine Landesdienststelle, so daß die Gewähr gegeben ist, wertfrei festzuhalten, wie hoch tatsächlich die laufenden Kosten liegen. Fest steht, daß jede Kläranlage, ob groß oder klein, so gut funktioniert wie sie gewartet und betreut wird. Das ist auch ein Faktum einer Voraussetzung, um ein gesamtes Kostenbild zu bilden. (11.09 Uhr.)

Präsident: Ich komme zur Anfrage Nr. 18 der Frau Abgeordneten Mag. Edith Zitz an Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend die Einleitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Grazer Nordspange.

Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Edith Zitz an Herrn Landesrat Erich Pörtl.

Obwohl man von der Idee der Errichtung eines Gürtelstraßensystems als Grundlage für ein fatal autogerechtes Graz abgerückt ist, blieben Teilprojekte bestehen.

Einer dieser Abschnitte ist die B 67b, die sogenannte Nordspange.

Dieses Vorhaben, das auf einer Planung aus dem Jahr 1972 beruht, soll entlang eines Areals realisiert werden, in dem Hunderte von Wohnungen (für Bundesbedienstete) errichtet wurden.

Durch eine Realisierung der Nordspange sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten: sowohl in Hinsicht auf die Belastungen der unmittelbaren Anrainerinnen und Anrainer, als auch im Hinblick auf eine zu erwartende Zunahme der Verkehrsbelastung im Bereich Geidorfplatz/Glaciis.

Die ersten Schadstoffmessungen für dieses Projekt sind überdies erst im Dezember 1995 erfolgt.

Es gibt bislang keine Berechnung über die Wahrscheinlichkeit von Rückstaus in die Unterflurtrasse; weiters liegt bis dato keine wasserrechtliche Bewilligung vor.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, die Frage: Welche Ihrem Kompetenzbereich als Umweltlandesrat entsprechenden Schritte werden Sie unternehmen, um die Einleitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des UVP-Gesetzes für die Grazer Nordspange sicherzustellen?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Pörtl (11.09 Uhr): Die Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Zitz, betreffend die Einleitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Grazer Nordspange, beantworte ich wie folgt: In Ihrer Anfrage wollen Sie wissen, welche Schritte unternommen werden, um die Einleitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des UVP-Gesetzes für die Grazer Nordspange sicherzustellen. Wie bekannt, ist das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz am 1. Juli 1994 fakultativ und am 1. Jänner 1995 obligatorisch in Kraft getreten. Einreichungen, die vor diesen Daten erfolgt sind, sind daher nicht umweltverträglichkeitsprüfungspflichtig. Die der sogenannten Grazer Nordspange zugrundeliegende Trassenverordnung stammt vom 10. Oktober 1980, also weit vor Inkrafttreten des genannten Gesetzes. Da das geltende Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz in Paragraph 24 außerdem anordnet, daß Umweltverträglichkeitsprüfungen vor der Verordnung der Trasse zu erfolgen haben und für diese Maßnahmen der zuständige Bundesminister berufen ist, habe ich keine Möglichkeit, eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des von Ihnen zitierten Gesetzes zu erwirken.

Mein Ressort sowie die Grazer Stadtregierung nehmen jedoch die Ängste und Bedenken der möglichen Anrainer sehr ernst.

Auf der Grundlage von ergänzenden Untersuchungen über zu erwartende Lärmemissionen und Schadstoffemissionen wird daher eine Untersuchung über die ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen durch die Nordspange an Herrn Univ.-Prof. Egon Marth vergeben werden. Es besteht zwischen der Stadtregierung, der Bundesstraßenverwaltung und meinem Ressort des weiteren Einvernehmen darüber, daß diese Untersuchung unter Einbeziehung des Umweltanwaltes und der Bürgerschaft erfolgen wird.

Hinsichtlich der von Ihnen urgierten wasserwirtschaftlichen Beurteilung verweise ich darauf, daß über Ersuchen der Fachabteilung IIa die staatlich autorisierte Boden- und Materialprüfstelle der Landesbaudirektion am 18. Feber 1992 ein geotechnisches Gutachten erstattet hat, in dem auf Seite 5 angeführt wird, daß der höchste festgestellte Grundwasserspiegel durchwegs mindestens zwei Meter unter der Konstruktionsunterkante des Unterflurbauwerkes liegt, so daß von dieser Seite keine Beeinträchtigung vorliegt.

Sollten Sie dazu nähere Auskünfte benötigen, so müßten Sie sich an das hierfür zuständige Landesregierungsmitglied, das ist seit der letzten Geschäftsteilung und Geschäftsverteilung Herr Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, wenden.

Präsident: Wünschen Sie eine Zusatzfrage, dann bitte stellen Sie sie.

Abg. Mag. Zitz: Herr Landesrat, ich danke für die Beantwortung dieser Anfrage. Ich hoffe, daß Ihnen bekannt ist, daß die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchaus EU-konform wäre. Herr Landesrat, diese Nordspange ist ein Projekt, das

ist fast so alt wie ich. Und ich gehe davon aus, daß dieses Projekt auf jeden Fall auch in diesem Jahr 1996 einer zeitgemäßen Überprüfung einer Umweltverträglichkeit unterzogen werden sollte. Welche Initiativen sehen Sie in Ihrem Ressort, eine andere Form der Sicherstellung einer Umweltverträglichkeit durchzuführen? Was kann man sonst noch tun? Was wollen Sie sonst noch tun?

Landesrat Pörtl: Ich bitte Sie nur, daß Sie meine Möglichkeit, etwas zu bewegen, nicht überschätzen. Ich bin leider nicht in der Lage, die Gesetze der Republik Österreich und auch des Landtages zu verändern. Es ist klar in der Beantwortung, daß nach dem UVP-Gesetz eine Umweltverträglichkeitsprüfung rein rechtlich nicht möglich ist. Eine freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung liegt im Ermessen des Erbauers. Das ist eine Möglichkeit, die ist zu erreichen. Nur soweit unsere Informationen reichen, will man mit kompetenten Sachverständigen und Fachleuten diese Frage der Umweltbeeinträchtigung bestmöglich aufarbeiten und in das Projekt miteinbauen. Politische Agitation ist also wahrscheinlich eher Ihnen und anderen Betroffenen stärker zugeschrieben als einem Regierungsmitglied. (11.12 Uhr.)

Präsident: Gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages darf die Fragestunde 60 Minuten nicht überschreiten.

Können in dieser Zeit die vorliegenden Anfragen nicht beantwortet werden, so kann der Landtag beschließen, daß die Fragestunde für weitere 60 Minuten verlängert wird.

Wir haben die erste Stunde konsumiert. Ich schlage Ihnen vor, die Fragestunde um weitere 60 Minuten, falls erforderlich, zu verlängern. Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Anfrage Nr. 13 des Herrn Abgeordneten Josef Straßberger an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, betreffend die Erfüllung der Maastricht-Kriterien.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Josef Straßberger an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel.

Sehr geehrter Herr Landesrat, ich stelle an Sie die Anfrage, welche Eckdaten muß Ihrer Meinung nach der Steiermärkische Landeshaushalt in den Jahren 1996 und 1997 aufweisen, damit unser Bundesland seinen Beitrag zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien leisten kann?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Ing. Ressel (11.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Gemäß den Konvergenzkriterien der EU darf die öffentliche Bruttoverschuldung insgesamt 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – derzeit rund 1416 Milliarden Schilling – nicht übersteigen.

Gemäß den aktuellen Daten entfallen derzeit etwa 91 Prozent der gesamten öffentlichen Bruttoverschuldung auf den Bund. Die öffentliche Nettoneuverschuldung ist nach den Konvergenzkriterien mit 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also etwa 70 Milliarden Schilling, begrenzt. Nach den Vorstellungen des Bundes soll das Defizit der Bundesländer in Summe 0,15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen. Auf die Steiermark würden demnach etwa 600 Millionen als mögliche jährliche Nettoneuverschuldung entfallen. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, daß sich diese Zahlen rein aus dem Wunschenken des Bundes ergeben und bisher mit den Ländern und Gemeinden nicht verhandelt wurde. Welche Eckdaten sich also aus der Erfüllung der Konvergenzkriterien von Maastricht für das steirische Landesbudget ergeben, steht noch nicht fest. (11.16 Uhr.)

Präsident: Wenn eine Zusatzfrage gewünscht wird, bitte ich, sie zu stellen. Das ist nicht der Fall.

Die Anfrage Nr. 7 der Frau Abgeordneten Waltraud Dietrich und die Anfrage Nr. 14 der Frau Abgeordneten Annemarie Wicher an Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder, betreffend Pflegevorsorge, sind inhaltlich gleichlautend, weshalb sie gemeinsam beantwortet werden.

Anfrage der Frau Abgeordneten Waltraud Dietrich an Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder.

Ihr Landesparteioobmann, Erster Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek, hat im Rahmen der Landtagssitzung vom 23. Jänner 1996 hinsichtlich der Pflegevorsorge folgendes wörtlich ausgeführt:

„Zum Beispiel auch, ich bekenne es, die Pflegevorsorge, die Pflegeversicherung – so begeistert wir alle waren und so sehr wir sagen, es war eine soziale Großtat –, ob sie das gebracht hat, was sie uns kostet, haben wir auch zu überlegen. Das ist für einen Sozialdemokraten nicht leicht, das zu sagen, aber es hat keinen Sinn mehr, wenn Ziel- und Treffsicherheit nicht gewährleistet ist, an etwas festzuhalten, wenn es reformbedürftig ist. Wir werden auch in dieser Frage, die ja dem Land schließlich auch etliche hundert Millionen kostet, wie auch in anderen Bereichen, bereit sein – im übrigen in diesem Fall mit dem Bund –, ein System zu finden, das effizienter ist, auch sparsamer ist.“

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin, die Frage, welche konkreten Maßnahmen beabsichtigen Sie zu setzen, um den Ankündigungen Ihres Landesparteioobmannes zu entsprechen?

Anfrage der Frau Abgeordneten Annemarie Wicher an Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek hat in seiner Rede im Steiermärkischen Landtag ausgesagt, daß auf Grund der budgetären Situation auch das Pflegegeld zu kürzen sei. Diese Aussage hat große Verunsicherung bei den Betroffenen erzeugt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin, die Anfrage, teilen Sie die Auffassung von Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek?

Präsident: Frau Landesrätin, ich bitte, die Anfragen zu beantworten.

Landesrätin Dr. Rieder (11.17 Uhr): Die Anfragen der Frau Abgeordneten Wicher und der Frau Abgeordneten Dietrich, betreffend das Pflegegeld, darf ich – wie gesagt – gemeinsam beantworten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Auch ich bin am 23. Jänner dieses Jahres den Ausführungen des Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner mit Interesse gefolgt und muß sagen, ich bin deshalb von der Formulierung Ihrer Anfragen, besonders Ihrer, Frau Abgeordnete Wicher, überrascht. Wenn Sie im Protokoll genau nachlesen, werden Sie feststellen, daß Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter nie gesagt hat, daß das Pflegegeld zu kürzen sei. Angesichts der laufenden Spardebatte und vor dem Hintergrund der geplanten Budgetkonsolidierung drückte Dr. Schachner lediglich die Bereitschaft der Sozialdemokraten aus, auch diesen Bereich auf Sparsamkeit und auch auf Effizienz der eingesetzten Mittel zu überprüfen. Diese Überprüfung hat auch bereits ein konkretes Einsparungspotential aufgezeigt. So soll künftig die Auszahlung des Pflegegeldes im Falle eines Krankenhausaufenthaltes ab dem dritten Tage ruhen. Eine Maßnahme, die ich als durchaus vernünftig und gegenüber den Pflegebedürftigen als vertretbar erachte. Jede Änderung des bestehenden Systems – und auch darauf hat Herr Dr. Schachner hingewiesen – kann im übrigen auf Grund der bestehenden Artikel-15 a-Verbindungen nur im Gleichklang mit dem Bund und den Bundesländern erfolgen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch betonen, daß alle unseren diesbezüglichen Überlegungen der Eigenverantwortung der Pflegebedürftigen und der Tatsache, daß 80 Prozent der Pflegebedürftigen nach wie vor im Familienverband betreut werden, Rechnung tragen müssen. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Qualität der Pflege sicherzustellen und dafür zu sorgen, daß ausreichend geschultes Personal zur Verfügung steht. Dazu haben wir in der Steiermark und als erstes Bundesland Österreichs mit dem Alten-, Familien- und Heimhilfegesetz bereits die notwendigen Maßnahmen getroffen. Es wäre meiner Ansicht nach aber auch falsch, wenn wir die Frage des Pflegegeldes isoliert betrachten würden. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß auf Grund der demographischen Entwicklung der Bevölkerung mit einem weiteren Anstieg der Pflegebedürftigen in der Steiermark zu rechnen ist. Es gilt daher, im Pflegebereich Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen effizienten und sparsamen Einsatz der dafür vorgesehenen Mittel ermöglichen. Damit meine ich, daß wir unverzüglich die Verhandlungen zu einem neuen steirischen Sozialhilfegesetz wieder aufnehmen und durch die Einführung von integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln den flächendeckenden Ausbau der mobilen Hilfsdienste vorantreiben müssen. Wie die Beispiele in anderen Bundesländern – aber auch schon in einigen Bezirken der Steiermark – zeigen, können damit beachtliche Einsparungen im stationären Bereich erzielt werden, und ich hoffe, daß Sie, meine sehr

geehrten Damen und Herren Abgeordneten, mich bei diesem Vorhaben unterstützen werden. (11.20 Uhr.)

Präsident: Wenn eine der beiden Fragestellerinnen in der Reihenfolge Dietrich, Wicher eine Zusatzfrage wünscht, so bitte ich Sie, diese auch in dieser Reihenfolge zu stellen. Ansonsten komme ich zur nächsten Anfrage Nr. 17 der Frau Abgeordneten Margit Keshmiri an Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder, betreffend den Weiterbestand des Frauenhauses.

Anfrage der Frau Abgeordneten Margit Keshmiri an Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder.

Laut WHO-Empfehlung soll für je 10.000 Einwohner ein Platz in einem Frauenhaus reserviert sein, das entspricht etwa 100 Plätzen für die Steiermark. In Wien wird gerade das dritte Frauenhaus errichtet, in Kärnten gibt es sowohl in Villach als auch in Klagenfurt ein Frauenhaus, in der Steiermark jedoch ist das Weiterbestehen des einzigen Frauenhauses, 15 Jahre nach dessen Gründung, in Frage gestellt. Für das Weiterbestehen des Frauenhauses ist es notwendig, daß seitens des Landes die Personalkosten für viereinviertel Angestellte übernommen werden. Derzeit kommt die Stadt Graz für dreieinhalb Dienstposten auf.

Das Frauenhaus ist durchschnittlich von 12 bis 14 Frauen und etwa 20 Kindern frequentiert, die sich sieben Zimmer teilen müssen. Ein weiteres Haus, das Intimsphäre zuläßt, wäre dringend notwendig.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin Rieder, die Frage, ob Sie gemeinsam mit dem zuständigen Finanz- beziehungsweise Personallandesrat bereit sind, durch eine Subvention von jährlich etwa 2,8 Millionen Schilling den Weiterbestand dieser wichtigen Einrichtung zu gewährleisten und dies durch einen mehrjährigen Vertrag abzusichern, damit das Anonymitätsprinzip, besonders für Frauen aus den steirischen Bezirken, wieder voll in Kraft treten kann.

Präsident: Frau Landesrätin, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrätin Dr. Rieder (11.22 Uhr): Ihre Anfrage, sehr geehrte Frau Abgeordnete, ist für mich eine willkommene Gelegenheit, auch vor dem neugewählten Landtag vorerst eines klar zu sagen: Ich bekenne mich vorbehaltlos zur Notwendigkeit der institutionellen Einrichtung eines Frauenhauses. Seit Übernahme meiner Funktion habe ich mich auch ganz besonders für die finanzielle Absicherung des Grazer Frauenhauses eingesetzt. Sie alle wissen, wie schwierig Verhandlungen gerade im Subventionsbereich auf Grund der angespannten budgetären Lage und Situation des Landes immer wieder sind. Trotz aller Probleme müssen aber Wege einer langfristigen Absicherung gefunden werden, damit Frauen und Kindern, die Opfer einer familiären Gewalt geworden sind, qualifizierte Hilfe angeboten werden kann. Nun zum Kern Ihrer Anfrage, Frau Abgeordnete: Ich habe mit den verantwortlichen Damen des Grazer Frauenhauses erst am letzten Donnerstag, und wie ich glaube, ein sehr konstruktives Gespräch geführt. Dabei wurde vereinbart, daß die Geschäftsführerin des Grazer Frauenhauses so rasch wie möglich ein Finanzierungskonzept

vorlegt, aus dem klar ersichtlich ist, welcher Finanzbedarf für den Weiterbetrieb des Frauenhauses seitens des Landes Steiermark für 1996 notwendig ist. Sobald diese Unterlagen vorliegen, werde ich selbstverständlich mit meinen Regierungskollegen die erforderlichen Gespräche führen. Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir hier im Hohen Haus ein Bekenntnis zu Frauenhäusern abgeben und eine Unterstützung des Landes zusichern wollen, müssen wir natürlich auch zum gegebenen Zeitpunkt für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel sorgen. Ich darf Sie daher schon jetzt um Ihre Unterstützung für das kommende Budget ersuchen.

Präsident: Ich danke. Wenn eine Zusatzfrage gewünscht wird, dann bitte ich Sie, diese zu stellen.

Abg. Keshmiri: Frau Landesrätin, ich hätte noch eine Zusatzfrage, die lautet: Das Frauenhaus beabsichtigt, ab 1. März keine steirischen Frauen mehr aufzunehmen, weil durch die Abrechnung das Anonymitätsprinzip in Frage gestellt wird. Ich wollte fragen, gibt es eine Übergangslösung in diese Richtung bis 1. März, und ist dies daraus ersichtlich oder nicht?

Landesrätin Dr. Rieder: Wie schon gesagt, ich habe in der Vorwoche ein Gespräch mit den Damen geführt. Der Weiterbetrieb ist gesichert. Ich weiß, daß ab März die Tagsatzverrechnung nicht mehr zum Tragen kommt. Deshalb habe ich auch die Geschäftsführerin gebeten, möglichst umgehend ein Finanzierungskonzept vorzulegen, damit ich darauf reagieren kann. (11.25 Uhr.)

Präsident: Ich danke, Frau Landesrätin. Ich komme zur Anfrage Nr. 8 der Frau Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend die Reduzierung der Anzahl der Mitglieder der Landesregierung.

Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek.

Im Zuge des Landtagswahlkampfes bot der ORF den Spitzenkandidaten die Möglichkeit, im Rahmen einer Fernsehlivediskussion ihre jeweiligen Standpunkte darzulegen. Dabei haben Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter – mit Handschlag bekräftigt – zugesagt, daß Sie sich für eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder der Landesregierung von neun auf sieben einsetzen werden.

Ausgehend von Ihrer Zusage, daß eine Verringerung der Anzahl der Mitglieder der Landesregierung von neun auf sieben erfolgen soll, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Frage, ob Sie einer Reduzierung der Anzahl der Regierungsmitglieder noch in dieser Legislaturperiode zustimmen.

Präsident: Herr Landeshauptmann, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.25 Uhr):

Frau Abgeordnete, Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt: Es ist richtig, daß bei der Fernsehdiskussion vor der Landtagswahl von mir in bezug auf die Gehalts- und Bezugsregelungen der Abgeordneten zum einen und zum anderen in bezug auf die Reduzierung der Regierungsmitglieder in der Landesregierung eindeutige Aussagen gemacht wurden in dem Sinne, daß wir auch mit sieben Regierungsmitgliedern das Auslangen finden sollten. Ich habe dazu gesagt und in der Folge mehrfach betont, daß aus meiner Sicht während einer Legislaturperiode dies, wenn verfassungsrechtlich überhaupt möglich, nur dann stattfinden soll, wenn es eine einstimmige Lösung im Hohen Haus gibt. Ich könnte daher sagen, wenn das Hohe Haus sich dazu versteht und es zu einer einstimmigen Regelung kommt, dann soll das so sein. Ich habe allerdings in der Zwischenzeit praktisch aus allen Parteien gewisse Bedenken gehört, und von manchen Parteien sind sie eindeutig artikuliert worden. Ich bleibe also dabei, daß die Reduktion möglich sein muß oder möglich sein wird, ob das während der Legislaturperiode sein soll und kann, auch dabei bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe, bei einem einstimmigen Beschluß des Landtages. Es ist auch so, daß der Verfassungsrechtler Prof. Wielinger dem Grunde nach sagt, ja, es geht, aber durchaus auch politologische Einwendungen bringt, die nicht unbedeutend sind. Ich fühle mich also bestätigt, daß man eine Änderung der Spielregeln während der Legislaturperiode nur machen kann, wenn es eine völlige Übereinstimmung gibt.

Präsident: Frau Abgeordnete, bitte stellen Sie Ihre Zusatzfrage.

Abg. Mag. Bleckmann: Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Ich danke für Ihre Beantwortung, möchte aber trotzdem noch einmal die Frage stellen, denn Sie müssen sich ja etwas dabei gedacht haben, wie Sie das bei der Fernsehdiskussion gesagt haben. Würden Sie auch einer mehrheitlichen Lösung, also wenn die Reduzierung der Anzahl der Landesregierungsmitglieder mehrheitlich im Landtag zustande kommt, zustimmen?

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Ich habe die Frage beantwortet und die Antwort schon gegeben. Ich bleibe dabei. Bei einer einstimmigen Lösung im Landtag kann ich mir das vorstellen oder ist das nicht nur vorzustellen, sondern das ist dann Sache des Landtages, der so entschieden hat. Im übrigen ist das keine Sache eines Regierungsmitgliedes, sondern es ist die Anregung an den Landtag, diese Frage in Behandlung zu nehmen. Und dabei bleibt es. Es gibt im übrigen das Einvernehmen, soviel ich weiß, zwischen allen Parteien, auch diese Verfassungsfrage zu klären. Und das ist eine Verfassungsfrage. Weil Sie sagen mit Mehrheit: Es müßte auch rein technisch eine verfassungsrechtliche Mehrheit sein. Das heißt, es geht nur, wenn jedenfalls die beiden großen Parteien mittun. (11.28 Uhr.)

Präsident: Danke. Ich komme zur Anfrage Nr. 9 des Herrn Abgeordneten Peter Schinnerl an Herrn Ersten

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend Objektivierungskriterien für die Bedarfszuweisungen an Gemeinden.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Peter Schinnerl an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek.

In letzter Zeit ist vermehrt Kritik aufgetreten, die beinhaltet, daß die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden nach parteipolitischen und wahltaktischen Überlegungen vergeben wurden.

Ich frage Sie daher, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ob Sie bereit sind, für die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden Richtlinien und somit Objektivierungskriterien (wie dies zum Beispiel auch in Vorarlberg gemacht wurde) noch in dieser Landtagsperiode einzuführen.

Präsident: Herr Landeshauptmann, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.29 Uhr):

Herr Abgeordneter, die Bedarfszuweisungen werden sehr sorgsam nach Rücksprache mit den Bürgermeistern nach Einsicht in ihre Budgetsituation vergeben. Die Kriterien sind eindeutig durch die Finanzverfassung vorgegeben. Wir haben in der Steiermark das Glück zu sagen, daß der Punkt Haushaltsausgleich nicht der wichtigste und der primäre ist. Es gibt leider auch schon Situationen, wo das an der Spitze steht. Wir haben durchaus auch für besondere Vorhaben dieses Instrumentarium, und damit wird es, wenn nicht der andere Fall eintritt, automatisch auch ein politisches Lenkungs- und Entscheidungsinstrument. Insofern bleibe ich dabei. Wenn es nicht um einen Haushaltsausgleich in einer Gemeinde geht, also daß sie überhaupt noch weiterleben und auch weiterwirtschaften kann, ist das eine politische Entscheidung. Zu dem stehe ich. Im übrigen wird sehr genau, nicht nur von den politischen Referenten, sondern auch von der Rechtsabteilung 7, das gesamte Geschehen in den Gemeinden hervorragend überwacht.

Präsident: Eine Zusatzfrage? Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Schinnerl: Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich danke für die Beantwortung der Frage. Ich habe aber trotzdem eine Zusatzfrage. Herr Landeshauptmannstellvertreter, gehe ich mit Recht von der Annahme aus, daß Sie sich bereits mit der zweiten Gemeindereferentin, Frau Landeshauptmann Klasnic, abgesprochen haben und den Landesrechnungshof bei der Kontrolle aussperren?

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Der Landesrechnungshof ist aus meiner Sicht ein Kontrollorgan für den Fall zum Beispiel einer begleitenden Kontrolle bei baulichen Maßnahmen, zum Beispiel wenn in einer Gemeinde die Notwendigkeit besteht, weil der Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht, durchaus nicht nur selbstverständlich, sondern beizuziehen. Ansonsten bleibe ich bei dem,

was ich gesagt habe. Bedarfszuweisungen sind auch ein Steuerungsinstrument, das eine politische Entscheidung notwendig macht und eine politische Entscheidung zum Hintergrund hat. Dabei bleibe ich, denn das ist das Instrumentarium. Das ist das finanzpolitische Instrumentarium als Steuerungsmittel bis hin zur Frage der Entwicklung einer bestimmten Gemeinde und ihres dazugehörigen Raumes. Daher meine ich nicht, daß das eine Sache des Rechnungshofes, sondern eine Sache der politischen Entscheidung ist, nicht einer parteipolitischen Entscheidung, sondern einer politischen Entscheidung. (11.31 Uhr.)

Präsident: Anfrage Nr. 15 des Herrn Abgeordneten Günther Posch an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Michael Schmid, betreffend Erlassung von Wohnbauförderungsrichtlinien.

Anfrage des Herrn Abgeordneten Günther Posch an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Michael Schmid.

Die Wohnungen werden, insbesondere im ländlichen Raum, auf Grund der vierprozentigen jährlichen Steigerung des Wohnungsaufwandes für unsere Bürger zunehmend unfinanzierbar.

Ich frage Sie daher, sehr geehrter Herr Landesrat, gedenken Sie, in der nunmehr beginnenden Periode Anpassungen der geltenden Wohnbauförderungsrichtlinien zu veranlassen?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (11.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Herr Abgeordneter!

Ich gehe einmal davon aus, daß Ihre Frage zur Wissenserweiterung des Landtages dient, da Sie ja als Direktor einer Genossenschaft die Antwort und auch die Auswirkungen vermutlich selbst kennen.

Eine Korrektur: Die Wohnungen werden nicht insbesondere im ländlichen Raum auf Grund der vierprozentigen jährlichen Steigerung teurer, sondern sie werden in jedem Bereich der Steiermark mit dieser Valorisierung belegt. Ich stehe natürlich auch nicht an, und so war ja die gesamte Gesetzesentwicklung, diese 4-Prozent-Valorisierung auf tatsächliche inflationäre Tendenzen abzustimmen. Selbstverständlich, jeder Antrag in dieser Richtung findet meine volle Zustimmung. Aber – und das scheint mir jetzt das Wesentliche zu sein – man sollte sich das im Detail jetzt einmal anschauen, was im Wohnbau und im besonderen mit der Wohnbeihilfe tatsächlich passiert. Ich werde das an Hand eines Beispiels, das sicher viele interessieren wird, einmal erörtern. Eine Familie mit vier Personen und, gehen wir einmal von einem Nettoeinkommen von 19.000 Schilling aus, zwölfmal im Jahr, etwa 16.000 Schilling vierzehnmal im Jahr, eine steirische Durchschnittsfamilie, hätte eine Rückzahlung bei einer 90-Quadratmeter-Wohnung von 6300 Schilling. Zumutbar sind 2000 Schilling. Das heißt, das Land bedient diesen Durchschnittsverdiener monatlich mit 4300 Schilling Wohnbeihilfe. Wenn ich jetzt meine Inflationsrate reduziere um angenommen 1½ Prozent, dann bedeutet das eine Veränderung von etwa

90 Schilling monatlich, die aber von der Wohnbeihilfe schlußendlich ausgeglichen wird. Das heißt, daß ich genau diesen Bereichen, diesen sozial bedürftigen Bereichen, hier in keiner Weise helfe. Warum erwähne ich das? Ich möchte den Anlaß noch einmal nützen, darauf hinzuweisen, daß etwa die Betriebskosten für diese Wohnung schon 3200, 3400 Schilling betragen. Es war ja im Laufe der letzten Jahre beinahe eine Verdoppelung des Bereiches zu beobachten, und hier gibt es keine Unterstützung. Das heißt, wann immer ich Stromgebühren, Heizungskosten, Verwaltungsgebühren bei den Genossenschaften zum Beispiel, Betriebskosten anhebe, dann ist es unmittelbar und in sehr hohem Ausmaß belastend, ohne daß man eine Hilfestellung geben kann.

Oder ein anders Beispiel, weil wir die Wohnbeihilfe ansprechen. Wir haben ja in der Steiermark eine Situation, daß es Privilegierte und Nichtprivilegierte gibt. Momentan sind es etwa 18.000 bis 20.000, die Wohnbeihilfe kassieren. Was ist mit dem Rest? Was ist mit all denen, die in Wohnungen mit Wohnbauschicks, in Einfamilienhäusern oder in sonstigen Wohnungen sind? Sie machen sich als Genossenschaftsdirektor natürlich Sorgen, wie Sie vielleicht in dem einen oder anderen Bereich über die Wohnbeihilfe oder über Reduktion ihre eigenen Kosten hier nicht so dramatisch ausschauen lassen. Aber denken Sie ein bißchen weiter. Machen Sie vielleicht den Antrag, daß man die Wohnbeihilfe zumindest auf den Bereich der Schecks ausdehnt oder vielleicht auf den Bereich der Häuslbauer. Es wird eines der politischen Ziele von mir in dieser Legislaturperiode sein, daß wir hier eine flächendeckende Hilfeleistung geben können, natürlich mit voller sozialer Gerechtigkeit. Ich weiß schon, daß das eine hohe finanzielle Kraftanstrengung für das Land wird. Aber gerade der Wohnbau war es, der in den letzten Jahren mit etwa vier Milliarden hier seinen Obolus geleistet hat. Und ich sehe das absolut nicht mehr ein, daß alles, was in dem Land hier an Sanierung schlußendlich im Budgetbereich zu machen ist, vom Wohnbau finanziert wird, während die anderen Bereiche sich doch vielfach zurücklehnen und sagen, ich brauche das Geld. Punkt, aus, ich habe das zu liefern. Ich werde also auch in derselben Richtung gerade an die Armen – es waren ja die Sozialdemokraten, die in den letzten Monaten hier sehr vehement für eine Verbilligung des Wohnbereiches gesprochen haben – ich werde mich natürlich hier einsetzen und mir nicht nachsagen lassen, daß ich als zuständiger Referent hier quasi auf der finanziellen Bremse stehe oder als asozial hingestellt werde. Das nur zum Allgemeinen. Aber vielleicht ein weiterer Satz, weil es gerade heute aktuell ist. Wir haben ja gestern und heute die Nachrichten verfolgt, großes Sparpaket. Und jetzt haben wir hier den Antrag, daß sich einer 90 Schilling ersparen soll, die wir mit der Wohnbeihilfe zahlen. Aber derselbige, der dieses Einkommen hat, wird mit etwa 1000 Schilling monatlich belastet. Wer hilft ihm dort? Hier rede ich von 90 Schilling, wo ich ihm helfen kann über die Wohnbeihilfe, dort nehme ich ihm 1000 Schilling einmal sofort weg. Ich kann Ihnen allerdings einen Tip geben, auch in diesem Bereich wird bei den Privilegierten, die in den geförderten Wohnungen sind, natürlich die Wohnbeihilfe zuschlagen. Wir haben das jetzt einmal rein überschlägig für uns ausgerechnet, und ich kann in

wenigen Stunden das natürlich nicht nachvollziehen, aber es bedeutet mit Sicherheit eine zusätzliche Belastung für das Land, für die Wohnbeihilfe, von etwa 50 bis 70 Millionen Schilling jährlich, die bei uns anfallen, weil die Leute durch das große Sparpaket hier einen Verlust ihres Einkommens haben. Im Einzelfall helfen wir zum Beispiel den Erwähnten mit etwa 360, 380 Schilling, er bekommt jetzt mehr Wohnbeihilfe, weil der Bund, die große Koalition, hier ihre Pleite sanieren muß. Ich bin sehr glücklich, daß das Land solche Möglichkeiten noch hat. Wir werden aber, wenn wir das Gesamte hier vor uns haben, wie man hier auf dem Rücken der Länder, auf dem Rücken der einzelnen kleinen Mittelverdiener seinen eigenen Konkurs abwendet, sehr, sehr exakt darauf schauen und das auch sehr exakt nach außen tragen. Zusammenfassend: Wenn wir hier im Inflationsbereich Maßnahmen treffen, dann müssen wir wissen, wem wir damit helfen, und in diesem Sinne – glaube ich – sollten wir unser Denken über diesen Bereich hinaus etwas erweitern und als politisches Ziel für diese Legislaturperiode machen, daß die Wohnbeihilfe auch andere Bereiche erreicht. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 11.40 Uhr.)

Präsident: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Fragestunde beendet.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, betreffend Presseförderung in der Steiermark.

Nach Paragraph 58 Absatz 1 der Geschäftsordnung kann in diesem Fall vom Landtag beschlossen werden, dieser Anfrage stattzugeben.

Wer dieser Anfrage der Liberalen und der Grünen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Diese Anfrage hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Weiters wurde eingebracht eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Klarheit für die Bevölkerung in wichtigen Fragen der Spitalspolitik.

Diese dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Diese dringliche Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nach Erledigung der Tagesordnung um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung über und komme zu den Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Gemäß Paragraph 18 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und Paragraph 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung werden zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände Ausschüsse gewählt, wobei der Landtag von Fall zu Fall die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder und die Verhältniszahl, nach der die Wahl vorzunehmen ist, bestimmt.

Mir liegt ein Vorschlag für die Einsetzung folgender Ausschüsse vor:

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Mag. Beate Hartinger, die vorgeschlagenen Ausschüsse zu verlesen:

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Europäische Integration:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Finanz-Ausschuß:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Ausschuß für Föderalismus und Verwaltungsreform:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Gemeinde-Ausschuß:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Kontroll-Ausschuß:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Petitions-Ausschuß:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Sozial-Ausschuß:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß nimmt die Aufgaben eines Not-Ausschusses gemäß Paragraph 32a Abs. 1 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 wahr, wobei in diesem Fall die Verhältniszahl sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ beträgt.

Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

17 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sechs ÖVP zu sechs SPÖ zu drei FPÖ zu eins Grüne zu eins LIF.

Ausschuß für Wissenschaft und neue Technologien:

Zwölf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu fünf SPÖ zu zwei FPÖ.

Präsident: Es liegen mir Wortmeldungen vor. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (11.46 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen!

Ich erinnere mich an den 17. Dezember, als es von unterschiedlichsten Parteien, die jetzt mit uns zusammen im Landtag sitzen, Frohlocken gegeben hat, daß endlich auch die Kleinen, sprich die Liberalen und Grünen, im Landtag vertreten sind. Die Art, wie die Ausschüsse besetzt worden sind, und auch die Art, wie rasch man dabei vorgegangen ist, zeigt mir, daß es hier einen leichten Klimawandel gegeben hat, und ich möchte jetzt einmal meiner Fraktion nicht schmeicheln, aber ich habe den Eindruck, speziell SPÖ – Herr Hofrat Flecker – und ÖVP – Herr Schützenhöfer – fühlen sich leicht überfordert, daß wir als kleine Parteien auch versuchen, Zugang in die Ausschüsse zu bekommen, die für uns relevant sind. Im Österreichvergleich: In allen Landtagen in Österreich, wo die Grünen vertreten sind, haben sie selbstverständlich ab dem Moment, ab dem sie Klubstatus haben, Zugang zu allen Ausschüssen, und zwar mit Sitz und Stimme, also mit allem Drum und Dran. In der Steiermark schaut das leicht anders aus. Wir haben Klubstatus, wir sind aber nur in sieben Ausschüssen vertreten. In der letzten Woche haben wir mit den Klubobmännern der beiden besagten Fraktionen diskutieren können, ob wir bitte, bitte als ökologische Alternative in den Umweltausschuß hineindürfen. Es ist geglückt, aber ich denke mir, das darf doch nicht alles sein.

Das Zweite, was ich sagen möchte, wir gehen jetzt davon aus, daß die Parteienverhandlungen zu relevanten Gesetzen im Laufe dieser Periode uns die Möglichkeit geben, auch unsere grüne Kompetenz einzubringen. Und da noch einmal der massive Aufruf, die Forderung, die Bitte, wie auch immer Sie wollen, an die anderen Fraktionen im Landtag, daß wir vollen Zugang haben mit Sitz und Stimme, zur Wiederholung noch einmal, zu den Parteienverhandlungen/Unterausschüssen – der Herr Schützenhöfer hat mich vorher korrigiert –, in denen Themen behandelt werden, die für uns relevant sind. Und dies werden massive Bereiche sein. Ich wiederhole es noch einmal, ich habe es zwar schon deponiert, aber ich wiederhole es noch einmal, damit es auch hängenbleibt. Dies werden soziale Themen sein, ökologische Themen, der Bereich Bildung und Kultur und natürlich auch der Bereich Landwirtschaft. Wie gesagt, im Jugend-Ausschuß, als die Jüngste wahrscheinlich im Landtag, hätte ich auch Lust, drinnen zu sein. Ich hoffe, daß das auch möglich ist.

Noch einmal: Wir erwarten, daß wir in alle Parteienverhandlungen einbezogen werden mit Sitz und Stimme, und zwar vom Anfang bis zum bitteren Ende, auch wenn wir mit unseren Positionen im Landtag leider nicht in der Mehrheit sind. Wir werden uns sehr bemühen, im Laufe der fünf Jahre einen kleinen Klimawandel anzubringen. In diesem Sinne wünsche ich noch angenehme, gedeihliche Verhandlungen zu den Unterausschüssen und viele Widersehen bei den Parteienverhandlungen. Wir werden kompetent, aber lästig sein. Danke. (Beifall bei den Grünen.)

Präsident: Danke. Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (11.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Für mich zeigt sich ein gewisses Maß an Kooperation, daß es zu einer Einigung gekommen ist in bezug auf die Verteilung der Ausschüsse. Es sind jetzt ja fünf Parteien vertreten, und wir konnten zusätzlich zu den uns vier angebotenen Ausschüssen noch drei dazubekommen, und zwar den Wirtschafts-Ausschuß, den Finanz-Ausschuß und den Umwelt-Ausschuß. Gerade diesen drei Bereichen wird wahrscheinlich in nächster Zeit besonders viel Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Deswegen ist es auch gut, daß wir darin vertreten sind. Da wir im sozialen Bereich keinen Fuß fassen konnten, wird es natürlich unser besonderes Anliegen sein, unsere sozialen Aspekte in diesem Bereich einzubringen. Was die Ausschubarbeit an sich betrifft, finde ich es gut, daß der Usus weiter beibehalten wird, daß auch Nichtmitglieder des Ausschusses daran teilnehmen können und ein Mitspracherecht haben. Allerdings möchte ich das mit einem gewissen Wermutstropfen sagen, weil die Ausschusssitzungen an sich mehr Routine sind und die tatsächliche inhaltliche Arbeit in den inoffiziellen Unterausschüssen beziehungsweise in den Parteienverhandlungen stattfindet. Danke. (Beifall beim LIF und den Grünen.)

Präsident: Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (11.53 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aus Anlaß dieses Tagesordnungspunktes möchte ich auf eine Forderung hinweisen, von der ich hoffe, daß sie möglichst bald erfüllt wird. Wir haben einen gemeinsamen Antrag gebastelt, wo endlich dieses Übel beseitigt wird, diese steirische Spezialität, nichts zum Essen, aber in dem Fall, man kann sich damit etwas finanzieren, nämlich daß Ausschußobmänner und deren Stellvertreter bezahlt werden. Wir leben in einer Zeit, wo sehr intensiv und auch sehr konstruktiv darüber diskutiert wird, was Arbeit wert ist und in welcher Höhe Arbeit bezahlt werden soll. Ich selbst war ja schon vorher sieben Jahre in diesem Landtag, und ich möchte mich jetzt gar nicht verbreitern über die Art der Ausschußberatungen, wo praktisch nur eine Vorerledigung passiert, und manche Ausschüsse tagen ja nur sehr spärlich jedes Jahr. Aber wenn dann Beträge bezahlt werden, die über 20.000 Schilling sind, worüber sich viele Steirerinnen und Steirer freuen würden, wenn sie das als alleinigen Bezug oder alleiniges Entgelt für ihre Arbeit bekommen würden, so glaube ich, ist es höchste Zeit, daß wir endlich dieser steirischen Spezialität ein Ende bereiten und nicht zuwarten, bis alle anderen Regelungen vielleicht ausdiskutiert sind. Ich selber lege auch sehr viel Wert darauf, daß diese Entscheidung bald erfolgen soll, daß die Zulagen für Funktionen beseitigt werden, weil tatsächlich kein Aufwand damit verbunden ist, mit der Ausnahme der Vorsitzführung, die in oft viertelstündigen Abständen keine zusätzliche Belastung ergeben. Ich selbst werde heute für den Kontroll-Ausschuß kandidieren. Ich möchte aber nicht in den Verdacht kommen, daß ich dies tue, um diese Amtszulage von zirka 28.000 Schilling brutto zu lukrieren. Das ist derzeit 8000 Schilling oder 10.000 netto. (Abg. Dr. Ebner: „Das ist nicht soviel!“ – Abg. Dipl.-Ing.

Vesko: „Brutto!“ – Abg. Dr. Flecker: „War das so, wie du mit deiner Abfertigung umgegangen bist?“ – Abg. Dr. Karisch: „Hat er eine gekriegt?“) Kurtl, darf ich dich bitten, daß du über Abfertigungen da hier dich nicht verbreiterst, denn wer selbst im Glashauss sitzt, soll bei seiner Bezahlung nicht mit Steinen werfen. (Abg. Ing. Löcker: „Volle Aufklärung!“)

Ich bin sehr froh darüber, daß du diese Äußerung getan hast, weil auch ich würde mir vorbehalten, auf diese Attacke entsprechend zu antworten, weil alles, was mit Abfertigungen und mit Pensionen zusammenhängt, und du kennst meine Meinung, ich bin ein Anhänger davon, daß Abfertigungen, die ohnedies in der Steiermark schon gestrichen worden sind, wie auch eigene Pensionen für Politiker. Ich habe eine Abfertigung bekommen, und das ist ja auch unbestritten, und ich sage das hier auch ganz offen, nachdem ich nach 15jähriger Tätigkeit hier ausgeschieden bin. Ich werde dich daran erinnern, und ich habe Hinweise im Pensionsbereich, daß auch in deinen Reihen Beiträge bezahlt worden sind für Situationen, die wir alle nicht wollen. Ich glaube, wir brauchen uns da nichts schuldig bleiben. Ich habe aber darauf gewartet, daß ausgerechnet von dir dieser Vorwurf kommen wird. Das legitimiert mich auch, diesen Sachverhalt, der sich in deinen Reihen zugetragen hat, der sicherlich manches Ärgernis erregen wird, auch bei entsprechender Gelegenheit aufzeigen werde. Soviel zur Sache. Ich hätte dies unter Umständen nicht getan, aber du hast mich dazu gezwungen. Unabhängig davon, wie hoch die Zulage ist, ich war selbst einmal Stellvertreter und kann mich erinnern, das habe ich damals zurückgelegt, habe ich dafür zirka 5000 Schilling bekommen.

8000 Schilling bekommt, so glaube ich, ein Vorsitzender (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „9000!“) oder jetzt schon 9000 Schilling. In der „Kleinen Zeitung“ stand heute ein höherer Betrag. Ich habe aber bewußt nicht nachrecherchiert, und das war vielleicht ein Fehler. Aber unabhängig davon, ob das jetzt 8000, 10.000 oder 15.000 Schilling netto sind, für jene Arbeit, die hier geleistet wird, ist dieser Betrag zu hoch. (Abg. Tasch: „Das ist schon ein Unterschied, ob 15.000 oder 8000 bis 9000 netto!“ – Abg. Riebenbauer: „Entweder die ehrliche Summe oder lieber nichts sagen!“) Es geht darum, daß für diese Tätigkeit jeder Betrag zuviel ist. In Wien im Parlament gibt es diese Spezialität nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das gibt es da nicht?“) Ihr Freiheitlichen seid ja auch dafür, daß das abgeschafft wird. (Abg. Riebenbauer: „Was soll das, gibt es etwas oder nicht?“) Soviel ich mich erinnern kann 8000 oder 9000 Schilling netto. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das stimmt nicht!“) Das ist nachzulesen. Es geht ja gar nicht um diese Frage.

Ich ersuche zusammenfassend, daß wir diese Eigenheit so rasch als möglich abschaffen. Es ist ja auch für die Vorsitzenden nicht angenehm. (Beifall bei den Grünen.) In der Öffentlichkeit schaut das so aus, daß möglichst viele Ausschüsse gegründet worden sind, damit hier ein Zubrot verdient wird. Ich glaube, diese Situation sollten wir vermeiden, wenn Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung erzeugt werden soll. Gerade jetzt, wo das Sparpaket beschlossen wird, sollten wir besonders aufgefordert sein. Zum Schluß kommend, und damit bin ich schon fertig: Lieber Kurtl Flecker,

sehr geehrter Herr Fraktionsobmann, diese Attacke habe ich von dir erwartet. Daß sie gleich bei der ersten Diskussion kommen wird, damit habe ich nicht gerechnet. Ich werde es bei einer passenden Gelegenheit hier präsentieren. Danke.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Sie haben die Vorschläge der Frau Schriftführerin gehört. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesen Vorschlägen zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum eigentlichen Wahlvorgang.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Mag. Beate Hartinger, die vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder zu verlesen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Franz Majcen, Günther Posch, Erwin Dimberger, Kurt Tasch, Ing. Hans Kinsky; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Reinhold Purr, Ing. Hans Löcker, Franz Riebenbauer, Annemarie Wicher, Dr. Reinhold Lopatka.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Otto Heibl, Siegfried Herrmann, Walter Kröpfl; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Ernst Huber, Franz Schleich, Karl Schuster, Karlheinz Vollmann.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Peter Schinnerl, Ing. Franz Schreiner; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Manfred Ebner, Karl Wiedner.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Walburga Beutl, Annemarie Wicher, Ing. Mag. Peter Hochegger, Dr. Reinhold Lopatka, Franz Majcen; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Dr. Eva Karisch, Erwin Dimberger, Hermine Pußwald, Peter Tschernko.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Wolfgang Erlitz, Dr. Kurt Flecker, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Walter Kröpfl, Siegfried Ussar; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Barbara Gross, Ernst Korp, Dr. Ilse Reinprecht, Karl Schuster, Karlheinz Vollmann.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Waltraud Dietrich; als Ersatzmitglieder die

Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt, Mag. Beate Hartinger.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Europäische Integration:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Ing. Mag. Peter Hochegger, Kurt Tasch, Hermine Pußwald, Hermann Schützenhöfer, Hans Bacher; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Alfred Prutsch, Reinhold Purr, Dr. Eva Karisch, Franz Majcen, Franz Riebenbauer, Dr. Reinhold Lopátka.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Monika Kaufmann, Franz Schleich, Siegfried Schrittwieser, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Kurt Flecker, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Barbara Gross, Ernst Huber, Ernst Korp, Günther Prutsch.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. German Vesko, Dr. Manfred Ebner, Ing. Herbert Peinhaupt; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Waltraud Dietrich, Mag. Magda Bleckmann, Ing. Franz Schreiner.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Finanz-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Hermann Schützenhöfer, Ing. Mag. Peter Hochegger, Josef Straßberger, Franz Majcen, Reinhold Purr, Günther Posch; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Kurt Tasch, Ing. Hans Kinsky, Franz Riebenbauer, Hans Bacher, Hermine Pußwald, Alfred Prutsch.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Kurt Flecker, Kurt Gennaro, Barbara Gross, Günther Prutsch, Siegfried Ussar, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Siegfried Herrmann, Monika Kaufmann, Ernst Korp, Franz Schleich, Siegfried Schrittwieser.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Karl Wiedner, Dipl.-Ing. German Vesko, Mag. Beate Hartinger; als Ersatz-

mitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Peter Schinnerl, Dr. Manfred Ebner.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Föderalismus und Verwaltungsreform:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Hermann Schützenhöfer, Hans Bacher, Ing. Mag. Peter Hochegger, Günther Posch, Dr. Eva Karisch; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Ing. Hans Löcker, Reinhold Purr, Walburga Beutl, Josef Straßberger.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Barbara Gross, Walter Kröpfl, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Kurt Flecker, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Günther Prutsch, Dr. Ilse Reinprecht, Siegfried Ussar.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Manfred Ebner, Dipl.-Ing. German Vesko; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Peter Schinnerl.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Gemeinde-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Alfred Prutsch, Kurt Tasch, Peter Tschernko, Erwin Dimberger; Günther Posch; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Hermine Pußwald, Franz Majcen, Hans Bacher, Dr. Reinhold Lopátka, Hermann Schützenhöfer.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Siegfried Herrmann, Ernst Huber, Franz Schleich, Siegfried Schrittwieser, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Wolfgang Erlitz, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Ernst Korp, Walter Kröpfl, Karl Schuster.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura, Dr. Manfred Ebner; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Karl Wiedner, Peter Schinnerl.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Hans Bacher, Kurt Tasch, Hermine Pußwald, Annemarie Wicher, Dr. Reinhold Lopatka; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Peter Tschernko, Alfred Prutsch, Günther Posch, Dr. Eva Karisch.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Mag. Wolfgang Erlitz, Kurt Gennaro, Barbara Gross, Siegfried Schrittwieser; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Otto Heibl, Ernst Korp, Dr. Ilse Reinprecht, Karl Schuster, Karlheinz Vollmann.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Beate Hartinger, Dipl.-Ing. German Vesko; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Ing. Herbert Peinhaupt.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Hermine Pußwald, Walburga Beutl, Dr. Reinhold Lopatka, Peter Tschernko, Annemarie Wicher; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Eva Karisch, Ing. Hans Kinsky, Ing. Hans Löcker, Franz Majcen, Günther Posch.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Mag. Wolfgang Erlitz, Barbara Gross, Monika Kaufmann, Dr. Ilse Reinprecht; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Ernst Huber, Franz Schleich, Siegfried Ussar.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Waltraud Dietrich; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Beate Hartinger, Dr. Manfred Ebner.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Kontroll-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Ing. Mag. Peter Hochegger, Josef Straßberger, Franz Majcen, Franz Riebenbauer, Kurt Tasch, Reinhold Purr; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Günther Posch, Hans Bacher, Erwin Dirnberger, Peter Tschernko, Ing. Hans Löcker, Ing. Hans Kinsky.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Barbara Gross, Ernst Huber, Walter Kröpfl, Karl Schuster, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Otto Heibl, Siegfried Herrmann, Ernst Korp, Günther Prutsch, Dr. Ilse Reinprecht.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt, Mag. Magda Bleckmann, Mag. Beate Hartinger; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Karl Wiedner, Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura, Waltraud Dietrich.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Franz Riebenbauer, Alfred Prutsch, Ing. Hans Kinsky, Hermine Pußwald, Erwin Dirnberger; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Walburga Beutl, Günther Posch, Kurt Tasch, Josef Straßberger, Peter Tschernko.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Ernst Huber, Monika Kaufmann, Günther Prutsch, Franz Schleich; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Otto Heibl, Siegfried Herrmann, Walter Kröpfl, Karlheinz Vollmann.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Waltraud Dietrich, Ing. Herbert Peinhaupt; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura, Peter Schinnerl.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:**Petitions-Ausschuß:**

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Alfred Prutsch, Ing. Hans Löcker, Dr. Eva Karisch, Franz Riebenbauer, Peter Tschernko, Annemarie Wicher; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Walburga Beutl, Erwin Dirnberger, Ing. Mag. Peter Hochegger, Reinhold Purr, Josef Straßberger, Kurt Tasch.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Siegfried Herrmann, Ernst Korp, Günther Prutsch, Karl Schuster, Siegfried Ussar; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Otto Heibl, Ernst Huber, Monika Kaufmann, Franz Schleich.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura, Karl Wiedner, Mag. Beate Hartinger; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Peter Schinnerl, Ing. Herbert Peinhaupt, Waltraud Dietrich.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Alfred Prutsch, Franz Majcen, Günther Posch, Hans Bacher; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Ing. Hans Löcker, Josef Straßberger, Reinhold Purr, Herman Schützenhöfer, Peter Tschernko.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Otto Heibl, Siegfried Herrmann, Ernst Korp, Siegfried Schrittwieser, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Wolfgang Erlitz, Barbara Gross, Walter Kröpfl, Günther Prutsch, Franz Schleich.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Karl Wiedner, Ing. Herbert Peinhaupt; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Peter Schinnerl, Ing. Franz Schreiner.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:**Sozial-Ausschuß:**

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Hans Bacher, Dr. Reinhold Lopatka, Peter Tschernko, Hermine Pußwald, Annemarie Wicher; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Walburga Beutl, Reinhold Purr, Ing. Hans Kinsky, Hermann Schützenhöfer, Alfred Prutsch.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Barbara Gross, Siegfried Herrmann, Ernst Korp, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Monika Kaufmann, Günther Prutsch, Dr. Ilse Reinprecht.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Peter Schinnerl, Waltraud Dietrich; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Beate Hartinger, Dipl.-Ing. German Vesko.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Ing. Hans Kinsky, Hermine Pußwald, Dr. Eva Karisch, Franz Majcen, Alfred Prutsch, Franz Riebenbauer; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Ing. Hans Löcker, Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Walburga Beutl, Dr. Reinhold Lopatka, Ing. Mag. Peter Hochegger, Annemarie Wicher.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Wolfgang Erlitz, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Monika Kaufmann, Walter Kröpfl, Karl Schuster, Siegfried Ussar; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Ernst Huber, Ernst Korp, Dr. Ilse Reinprecht, Siegfried Schrittwieser, Karlheinz Vollmann.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura, Dr. Manfred Ebner, Ing. Herbert Peinhaupt; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Ing. Franz Schreiner, Karl Wiedner, Waltraud Dietrich.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Eva Karisch, Dr. Reinhold Lopatka, Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Hermann Schützenhöfer, Walburga Beutl, Ing. Hans Löcker; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Hermine Pußwald, Günther Posch, Ing. Hans Kinsky, Franz Riebenbauer, Kurt Tasch, Ing. Mag. Peter Hochegger.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Mag. Wolfgang Erlitz, Dr. Kurt Flecker, Dr. Ilse Reinprecht, Karl Schuster, Siegfried Ussar; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Barbara Gross, Siegfried Herrmann, Franz Schleich, Siegfried Schrittwieser.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Manfred Ebner, Dipl.-Ing. German Vesko, Mag. Magda Bleckmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Beate Hartinger, Peter Schinnerl, Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner; als Ersatzmitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Ing. Hans Löcker, Ing. Hans Kinsky, Josef Straßberger, Reinhold Purr, Franz Riebenbauer; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Alfred Prutsch, Erwin Dirnberger, Hans Bacher, Ing. Mag. Peter Hochegger, Franz Majcen.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Otto Heibl, Siegfried Schrittwieser, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Barbara Gross, Ernst Huber, Walter Kröpfl, Karl Schuster.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. German Vesko, Ing. Franz Schreiner; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura, Karl Wiedner.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Reinhold Purr, Hermann Schützenhöfer, Ing. Mag. Peter Hochegger, Josef Straßberger, Kurt Tasch, Franz Riebenbauer; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Ing. Hans Löcker, Franz Majcen, Annemarie Wicher, Hans Bacher, Erwin Dirnberger, Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Kurt Gennaro, Barbara Gross, Otto Heibl, Günther Prutsch, Franz Schleich, Karlheinz Vollmann; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Ernst Huber, Walter Kröpfl, Siegfried Schrittwieser, Karl Schuster, Siegfried Ussar.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Ing. Franz Schreiner, Dipl.-Ing. German Vesko, Karl Wiedner; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Waltraud Dietrich, Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura.

Die Grünen schlagen vor: als Mitglied die Abgeordnete Mag. Edith Zitz; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Martin Wabl.

Das Liberale Forum schlägt vor: als Mitglied die Abgeordnete Margit Keshmiri; als Ersatzmitglied den Abgeordneten Dr. Christian Brünner.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Hartinger:

Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Walburga Beutl, Dr. Reinhold Lopatka, Ing. Mag. Peter Hochegger, Ing. Hans Löcker; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Eva Karisch, Erwin Dirnberger, Josef Straßberger, Reinhold Purr, Hermann Schützenhöfer.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Ilse Reinprecht, Dipl.-Ing. Günter Getzinger, Ernst Korp, Mag. Wolfgang Erlitz, Siegfried Ussar; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Dipl.-Ing. Heinz Grabner, Siegfried Herrmann, Otto Heibl, Walter Kröpfl.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor: als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Beate Hartinger, Dr. Manfred Ebner; als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, Ing. Franz Schreiner.

Präsident Dr. Strenitz: Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise.

Ich ersuche wiederum die Schriftführerin, Frau Mag. Beate Hartinger, die Zuweisungen zu verlesen.

Abg. Mag. Hartinger:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 1/1, der Abgeordneten Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend ennsnahe Trasse;

den Antrag, Einl.-Zahl 2/1, der Abgeordneten Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Stadt- und Regionalbahn für den Großraum Graz;

den Antrag, Einl.-Zahl 3/1, der Abgeordneten Heibl, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Herrmann, Huber, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend eine Bauinitiative Steiermark.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 4/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen in nicht-rückzahlbare Beihilfen von insgesamt 12,125.973,38 Schilling zum 31. Dezember 1994 zu Lasten des Rechnungsjahres 1995;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1614, bestehend aus dem Grundstück 653/4 mit darauf befindlichem Wohnhaus Übersbachgasse 32, Grundbuch 62212 Fürstenfeld, zu einem Kaufpreis von 1,090.000 Schilling für den Erweiterungsbau des Schülerheimes der Landesberufsschule Fürstenfeld;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 10/1, der Steiermärkischen Landesregierung über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 232 und 467, Grundbuch 60403 Mariazell, an Gerald Weißenböck, Jutta und Paul Höller sowie Margarethe Weißenböck, alle wohnhaft in 8630 Mariazell, Heinschildweg 5.

Zuweisungen an den Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 8/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1994;

den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1994 (Wiedereinbringung), Einl.-Zahl 9/1.

Zuweisung an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

den 13. und 14. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag, Einl.-Zahl 5/1.

Zuweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 6/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1994.

Präsident Dr. Strenitz: Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben.

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Auch hier bitte ich die Schriftführerin, Frau Mag. Beate Hartinger, die Anträge zu verlesen, wobei beim ersten und zweiten Antrag die Unterstützungsfrage von mir gestellt wird.

Abg. Mag. Hartinger:

Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Brünner und Margit Keshmiri, betreffend die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete des Steiermärkischen Landtages, betreffend eine Reform des Steiermärkischen Landesverfassungsgesetzes 1960.

Präsident Dr. Strenitz: Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage. Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung nicht gefunden.

Abg. Mag. Hartinger:

Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Brünner und Margit Keshmiri, betreffend die Novellierung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Präsident Dr. Strenitz: Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage. Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung nicht gefunden.

Abg. Mag. Hartinger:

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross, Vollmann, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Kröpfl, Korp, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz und Ussar, betreffend zielstrebige geführte Verhandlungen zu einer Verfassungsreform;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung von Ausländer/innen (Schwarzarbeit);

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Dr. Strenitz, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend die Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dr. Flecker, Gross, Günther Prutsch, Vollmann, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz und Ussar, betreffend ein Gesetz, mit dem das Steiermärkische Beschäftigungsförderungsgesetz erlassen wird;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Maßnahmen des Landes Steiermark für das Grenzland infolge der wirtschaftlichen Öffnung nach Süden und Osten und des EU-Beitrittes;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend das Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend den umfassenden Ausbau von Kleinkinderbetreuungseinrichtungen;

Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Günther Prutsch und Dr. Reinprecht, betreffend die Förderung privater Kindergruppen durch das Land Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Günther Prutsch und Dr. Reinprecht, betreffend die Novellierung der Kindergartenbeihilfe-Verordnung;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend die Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbeaumung (Autobahnpickerl) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbeaumungen;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Schleich und Vollmann, betreffend Maßnahmen für einen umwelt- und sozialverträglichen Verkehr in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Schleich und Vollmann, betreffend Maßnahmen zur Erreichung von mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Heibl, Dipl.-Ing. Getzinger, Schleich und Vollmann, betreffend die Verbesserung der Schienenverkehrsverbindung Graz-Maribor;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Schuster und Vollmann, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetzes 1964;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner und Schleich, betreffend die Erlassung eines einheitlichen Steiermärkischen Abwasserwirtschaftsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Herrmann, Huber und Schleich, betreffend die Verhandlungen zur Novellierung der Steiermärkischen Gemeindeordnung;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Vollmann, Schrittwieser und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Novellierung des Parkgebührengesetzes;

Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Vollmann, betreffend die Novellierung des Sozialhilfegesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Verhandlungen zur Novellierung des Abfallwirtschaftsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Herrmann, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Förderung aus den Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Korp und Dr. Strenitz, betreffend eine Befristung für die Erledigung von Vorlagen an den Landtag;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Gross, Gennaro und Vollmann, betreffend die Stenographischen Berichte des Landtages;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Dr. Reinprecht und Schuster, betreffend die Novellierung des Berggesetzes;

Antrag der Abgeordneten Herrmann, Vollmann, Schleich und Huber, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen (Steiermärkisches Katastrophenhilfegesetz);

Antrag der Abgeordneten Heibl, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner und Herrmann, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Kaufmann und Kröpfl, betreffend die Novellierung des Naturschutzgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Politikerpensionen, Bezahlung der Ausschußvorsitzenden und Fahrtkostenpauschale;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dirnberger, Purr, Posch, Riebenbauer, Tasch und Tschernko, betreffend die Ermöglichung der Bürgermeisterdirektwahl;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Purr und Riebenbauer, betreffend die rasche Aufnahme von Verhandlungen für ein „Verfassungspaket“;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Karisch, Purr und Riebenbauer, betreffend die Erweiterung der Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer;

Antrag der Abgeordneten Beutl, Riebenbauer, Alfred Prutsch und Schleich, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung in Feldbach-Kornberg zum Thema „Die Landwirtschaft im Wandel der Zeiten“ im Jahr 2001;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dr. Wabl und Dr. Brünner, betreffend eine Neuregelung des Steiermärkischen Bezugesgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Dr. Ebner, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Neuregelung des Steiermärkischen Bezugesgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dr. Ebner, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Mag. Hartinger, Wiedner, Ing. Schreiner und Dietrich, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes.

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Klarheit für die Bevölkerung in wichtigen Fragen der Spitalpolitik.

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (12.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bringe die dringliche Anfrage gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Dr. Ebner, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Klarheit für die Bevölkerung in wichtigen Fragen der Spitalpolitik, ein.

Im Zuge Ihrer Übernahme des Spitalsressorts von Ihrem Vorgänger, Herrn Dr. Dieter Strenitz, haben Sie gesagt, daß Sie ein geordnetes Ressort übernommen haben. Ein geordnetes Ressort setzt wohl auch Klarheit über die genaue Terminisierung von Spitalsbauten beziehungsweise Aus- und Umbauten voraus und würde daneben einen wichtigen Beitrag gegen die derzeit vorherrschende Verunsicherung der Bevölkerung sowie des Krankenhauspersonals in diesem Bereich darstellen.

Bezug nehmend auf Regierungs- und Landtagsbeschlüsse sowie auf Grund unzähliger Zusagen Ihres Vorgängers und Ihrer Fraktionskollegen – vor Ort und in den Medien – hinsichtlich diverser Spitäler stellen nun die unterfertigten Abgeordneten nachstehende dringliche Anfrage:

Erstens: Wann ist mit dem Baubeginn des Neubaues LKH Hartberg und mit der Inbetriebnahme desselben zu rechnen?

Zweitens: Wann ist der Beginn für den Neubau des LKH Weiz, und wann ist die Inbetriebnahme dieses Spitals vorgesehen?

Drittens: Wann ist mit dem Baubeginn bezüglich der Neu- und Umbauarbeiten des LKH Kapfenberg und der Inbetriebnahme desselben zu rechnen?

Viertens: Wie sieht das konkrete medizinische Konzept für die Landeskrankenhäuser Knittelfeld und Judenburg aus?

Fünftens: Wann ist mit dem Baubeginn für die Landeskrankenhäuser Judenburg und Knittelfeld sowie mit deren Fertigstellung zu rechnen?

Sechstens: Bis wann ist beabsichtigt, das medizinische Konzept in Bad Radkersburg abzuschließen?

Siebtens: Bis wann wird der Gesundheitspark Bad Aussee realisiert?

Achtens: Haben Sie für die Weiterführung des LKH Mariazell ein Konzept, und bis wann wird dieses umgesetzt?

Neuntens: Wann werden die Zusagen, betreffend Ausbau des LKH Fürstenfeld, wonach für dieses eine Investitionssumme in Höhe von 50 Millionen Schilling bereitgestellt werden würde, eingelöst?

Zehntens: Beabsichtigen Sie, neben dem derzeit stattfindenden Küchenumbau im LKH Fürstenfeld auch eine medizinische Schwerpunktsetzung durchzuführen?

Elftens: Beabsichtigen Sie tatsächlich, die Gebärdenteilung des LKH Wagna zu schließen?

Zwölftens: Ist der beschlossene Terminplan für das LKH 2000 – inklusive LKH West – gesichert?

Dreizehtens: Bis wann ist mit dem Beginn des Neubaues der Sanitätsschule am LKH Graz zu rechnen beziehungsweise wann ist die Fertigstellung erwartbar?

Die gefertigten Abgeordneten stellen nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, hierüber eine Wechselrede durchzuführen.

Präsident Dr. Strenitz: Zu dieser dringlichen Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landesrat Günter Dörflinger das Wort zur Beantwortung. Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat Dörflinger (12.39 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich vorweg einmal für die 14tägige Schonfrist, die Sie mir eingeräumt haben, bedanken. Ich habe ja damit gerechnet (Abg. Dr. Ebner: „Aber schon länger!“), daß wir vielleicht schon bei der letzten Sitzung irgendwie mit einer Dringlichen zustande kommen. Ich bitte gleichzeitig meine Kollegen im Hohen Haus zu entschuldigen, daß ich die letzten einhalb Stunden nicht ihren Beratungen beigewohnt habe, und bitte, das nicht als Mißachtung des Hohen Hauses zu verstehen.

Eine persönliche Bemerkung vorweg, ich freue mich, daß gerade in den Reihen der Antragsteller mit

der Frau Kollegin Hartinger eine Expertin sitzt, die aus ihrer beruflichen Erfahrung heraus bestätigen können wird, daß in der KAGES großartige Arbeit und gute Arbeit geleistet wird, und ich fasse das als Unterstützung für unsere gemeinsame Tätigkeit auf, im Gesundheitsbereich mehr zusammenzubringen.

In den steirischen Krankenanstalten, meine Damen und Herren, ist in den letzten Jahren sehr, sehr viel geleistet worden. Ich erspare es Ihnen, das zu wiederholen, was in den letzten Jahren vielfach von diesem Pult aus gesagt wurde. Ich erspare Ihnen auch alle jene Zahlen, die belegen, daß die steirischen Spitäler in der Relation zu anderen Spitälern kostengünstig sind, daß die steirischen Spitäler in der Frage der Weiterentwicklung durchaus vor anderen Bundesländern liegen, es würde – glaube ich – den Rahmen auch sprengen und am Sinn der Anfrage vorbeigehen.

Ein paar Punkte möchte ich aber doch klarstellen, weil sie – glaube ich – insgesamt für die Beurteilung des Spitalsbereiches wichtig sind.

Der erste Punkt dabei, mit dem Projekt LKH 2000 und mit dem Bund-Land-Vertrag ist es gelungen, einen Meilenstein für die Steiermark zustande zu bringen, einen Meilenstein, der heißt, daß wir in den nächsten Jahren an die zehn Milliarden Schilling investieren werden und davon die Hälfte der Bund bezahlt. Wir haben mit einer Übereinkunft in diesem Hohen Hause vor rund zwei Jahren eine Standortgarantie für die steirischen Spitäler abgegeben. Eine aus meiner Sicht sehr wichtige Grundsatzerklärung, weil sie das Schüren von gegenseitigen Neidgefühlen in den Regionen, von Angst, von Unsicherheit zurechtrückt und uns das Arbeiten draußen leichter macht. Wir haben – auch ein wesentlicher Punkt, der vielleicht nicht so hervorkommt, wie er in der Bedeutung dann auch wirklich dasteht – eine Entpolitisierung des Aufsichtsrates zustande gebracht mit dem neuen Gesellschaftsvertrag und eine klare Trennung auch von grundsätzlichen politischen Dimensionen und dem laufenden Betrieb. Ich glaube, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten sehr, sehr aufpassen sollten, daß wir genau diese – aus meiner Sicht – wünschenswerte und notwendige Trennung, auf der einen Seite grundsätzliche politische Ausrichtung und auf der anderen Seite betriebswirtschaftliche Führung, laufend den Betrieb nicht wieder durcheinanderbringen und wir nicht wieder in jene Diskussion hineinkommen, daß wir hier versuchen, die Arbeit des Vorstandes zu machen, weil – und das sage ich auch sehr deutlich – dann die Frage der Ausgliederung und der Sinn der Ausgliederung, in Wirklichkeit in Frage gestellt wird. Entweder wir bekennen uns zum Konzept, wir gliedern aus, wir geben politische Rahmenbedingungen vor und geben dem Management, den Leuten, die dort arbeiten – die Kollegin Hartinger ist ein Mitglied dieses Hauses –, die Möglichkeit, in diesen Vorgaben zu gestalten und zu arbeiten. Wenn das nicht der Fall ist, sollten wir uns überhaupt überlegen, ob die Ausgliederung Sinn hat und wir uns nicht wieder anderen Bereichen zuwenden. Aus meiner Sicht glaube ich, daß die Konstruktion durchaus bei allen Schwächen und Mängeln, die es gibt, Sinn gibt und im Sinne einer zielführenden Führung der Spitäler notwendig ist.

Ein entscheidender Punkt für die heutige dringliche Anfrage, für die ich der FPÖ sehr danke, weil sie die

Möglichkeit gibt, daß wir gleich einen wesentlichen Bereich der zukünftigen Arbeit des Hohen Hauses diskutieren können werden, ist natürlich der zentrale Punkt, eine gemeinsame Erklärung der drei Parteien im Landtag am 5. Juli 1994. Zentraler Punkt dabei und für die heutige Beantwortung bedeutsam ist, daß der Vorstand der KAGES auf Basis der abgegebenen Standortgarantie die Umsetzung der Vorgaben des Steiermärkischen Krankenanstaltenplanes auf die einzelnen Standorte zu entwickeln hat und hierüber ein Zwischenbericht dem Landtag bis Mitte 1997 vorzulegen ist. Das heißt, wir haben uns vor zwei Jahren – oder nicht wir, sondern damals, ich sage es ohne Titel – Strenitz, Hirschmann und Schmid haben sich darauf geeinigt, im Namen ihrer Parteien, daß die Standorte, die Konzeptionen für die Standorte bis Mitte 1997 vorzulegen sind. Die Entwicklung dieser regionalen Standortkonzepte wurde für die meisten Regionen begonnen. Das wissen Sie, meine Damen und Herren, weil Sie in unterschiedlichen Funktionen auch draußen eingebunden sind. Wobei es ein Grundprinzip dieser Projektentwicklung darstellt, daß die Verantwortlichen der betroffenen Spitäler und die regionalpolitischen Verantwortlichen in diesen Planungsprozeß eingebunden werden. Daß wir nicht am Grünen Tisch in Graz oder irgendwo Konzepte erstellen, sie denen draußen dann überstülpen und sagen, friß Vogel oder stirb, sondern daß wir gemeinsam mit den Vertretern der Regionen versuchen, ein Konzept zustande zu bringen, das Kopf, Hand und Fuß hat. Konkret befinden sich derartige Projektentwicklungen für das LKH Bad Aussee, das betrifft die Frage sieben Ihrer Anfrage, für die Krankenhäuser Knittelfeld und Judenburg, das ist die Frage vier, für den Versorgungssektor Obersteiermark-Ost, das betrifft Leoben, Bruck, Mariazell und Mürzzuschlag, die Frage acht, sowie zum Krankenhaus Bad Radkersburg, Frage sechs, sowie zum Krankenhaus Fürstenfeld, das sind die Fragen neun und zehn, in Arbeit.

Diese Projekte sind im Laufen. Sie könnten, und ich habe mit dem Vorstand der KAGES vor der Sitzung gesprochen, jedem Klub die Möglichkeit bieten, sich über den konkreten Stand der Entwicklung, über die konkreten Projektentwicklungen zu informieren. Da alle diese Planungsarbeiten umfangreiche Untersuchungen hinsichtlich der investiven Notwendigkeiten sowie der resultierenden Folgekosten zu beinhalten haben und der Vorstand, wie erwähnt, eine Frist bis Mitte 1997 eingeräumt bekam. Der derzeitige Fortgang der Arbeiten zeigt, daß mit der Einhaltung der eingeräumten Frist mit Sicherheit zu rechnen ist – also Mitte 1997 ein Zwischenbericht, wie er in dieser Dreiparteienerklärung gefordert wurde. Der Umstand, daß die erwähnten Projektentwicklungen mit einem hohen Maß an Einbindung der regional Verantwortlichen durchgeführt werden, führt selbstredend dazu, daß die jeweiligen Überlegungen auch öffentlich diskutiert werden. Ich komme nun zu den einzelnen Punkten dieser Antwort, Herr Abgeordneter Chibidziura. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich danke dir!“) Entschuldige, ich gehe davon aus, wenn du die Frage stellst, daß du die Antwort auch hören willst.

Zur Frage eins, Hartberg: Aus der Sicht der technischen Planungsvorbereitungen kann mit Vorbereitungsmaßnahmen für den Neubau des LKH Hartberg

Mitte des Jahres 1996 begonnen werden und der Beginn der eigentlichen Rohbaumaßnahmen mit Oktober 1996 angegeben werden. Ein solcher Baubeginn ist jedoch nur zu vertreten, wenn im Rahmen der Erstellung des Landesbudgets 1996 eine Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Neubaus möglich ist. Wie Sie ja wissen, hat Ihr Parteiobermann Michael Schmid im Rahmen der Grundsatzerklärung vom 5. Juli 1994 unter Punkt 5c einer Sonderfinanzierung für das LKH Hartberg in der Höhe von 825 Millionen Schilling zugestimmt. Ich habe dem Kollege Lopatka in der Anfragebeantwortung auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Finanzierung aufgezeigt.

Zur Frage zwei, Weiz: In der Regierungssitzung vom 20. November 1995 wurde die Studie der Firma ZMT Med Consult von der Steiermärkischen Landesregierung mit dem darin enthaltenen Leistungsangebot und der Variante des Neubaus einstimmig zur Kenntnis genommen. Dem Neubau des Krankenhauses Weiz im Sinne dieser Studie wurde grundsätzlich zugestimmt und damit auch das darin enthaltene Leistungsangebot definiert. Es soll nun – im Sinne eines früheren Regierungsbeschlusses vom 13. Februar 1995 – bis zum Ende des Jahres 1996, also heuer, ein detaillierter Plan hinsichtlich der Baufragen, aber auch über Finanzierungsmodelle erfolgen. Für die Erstellung der detaillierten Baupläne beziehungsweise die Bauausführung wird mit einem Zeitraum von etwa drei Jahren gerechnet. Ich möchte abschließend nur für das Protokoll auch festhalten, daß es sich beim Krankenhaus Weiz um kein Landeskrankenhaus handelt, wie in der Anfrage drinnensteht. Ich gehe nicht davon aus, daß das gewünscht wäre, nämlich als Landeskrankenanstalt künftig zu führen.

Das wäre für das Protokoll wichtig, was du gesagt hast.

Zur Frage drei, Kapfenberg: Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 9. Oktober 1995 mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ dem Umbau des Krankenhauses zugestimmt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn man es zahlt, muß man es nennen auch!“) Weiters wird sich das Land Steiermark an den Investitionskosten in der Höhe von rund 128 Millionen Schilling mit einem Anteil von 75 Millionen Schilling – durch Bereitstellung von jährlich 25 Millionen Schilling über drei Jahre hinweg – beteiligen. Letztendlich wurde von der Regierung auch eine Beteiligung des Landes Steiermark am Betriebsabgang in der Höhe von 90 Prozent beschlossen. Das Bauvorhaben ist der begleitenden Kontrolle durch den Landesrechnungshof zu unterziehen. Derzeit befinden sich die Verhandlungen über die Vertragsgestaltung zwischen Land Steiermark und Krankenhaus Kapfenberg Ges. m. b. H. – auch hier handelt es sich nicht, wie in Ihrer Anfrage dargestellt, um ein Landeskrankenhaus – in der Schlußphase. Die detaillierten Baupläne sowie der Baubescheid sollen bis Ende Mai dieses Jahres vorliegen. Danach wird wieder der Landesrechnungshof zu befassen sein, der im Rahmen der Projektkontrolle innerhalb von drei Monaten seinen Bericht zu erstatten hat. Die Träger des Hauses rechnen damit, daß bei Vorliegen aller Voraussetzungen die Umgestaltung des Hauses bis Ende 1998 abgeschlossen sein kann.

Die Übernahme des neuen Leistungsspektrums wird jedoch bereits vorher, sukzessive angepaßt an die jeweiligen Baufortschritte, implementiert.

Zur Frage vier, Knittelfeld/Judenburg: Neben den einleitend getätigten generellen Aussagen sieht der derzeitige, noch nicht beschlossene Konzeptzuschnitt eine Aufgabenteilung der beiden Krankenhäuser dergestalt vor, daß im LKH Judenburg die operativen Fächer Chirurgie, Unfallchirurgie, Geburtshilfe, Gynäkologie und Anästhesie und im LKH Knittelfeld die konservativen Fächer konzentriert werden sollen. Bis zur endgültigen entscheidungsreifen Vorlage sind noch Detailuntersuchungen hinsichtlich der medizinischen Organisation und hinsichtlich, und das ist besonders wichtig, wie bei anderen Bereichen auch, der verbundenen Folgekosten notwendig.

Zur Frage fünf, betrifft ebenfalls Knittelfeld/Judenburg: Derzeit sind im LKH Judenburg Sanierungsmaßnahmen in einem Stationsbereich jeder der drei bettenführenden Abteilungen im Gange, welche jedenfalls unabhängig vom endgültigen medizinischen Konzept sind. Weitere Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen für beide Krankenhäuser sind entweder erst nach Beschlußfassung des medizinischen Konzeptes planbar oder, wie im Falle eines Zubaus für das LKH Judenburg, erst dann vertretbar, wenn eindeutig nachgewiesen werden kann, daß diese Maßnahme unabhängig von der endgültigen medizinischen Konzeption ist.

Zur Frage sechs, Radkersburg: Neben den einleitend getätigten Bemerkungen ist festzuhalten, daß für das LKH Radkersburg sämtliche Organbeschlüsse einschließlich eines Generalversammlungsbeschlusses für die Errichtung einer Abteilung für Orthopädie gefaßt wurden und das sanitätsbehördliche Errichtungsbewilligungsverfahren hierfür eingeleitet wurde.

Zur Frage sieben, Bad Aussee: Die Konzeption eines Gesundheitsparkes Bad Aussee geht von der Kooperation des LKH Bad Aussee mit einer privaten Krankenanstalt für Ganzheitsmedizin an einem neuen Standort aus. Eine konkrete Aussage über einen allfälligen Baubeginn kann erst nach einer Bauentscheidung des privaten Trägers angegeben werden. Verhandlungen zwischen einem privaten Träger und der KAGES laufen erfolgversprechend. Es muß aber dazugesagt werden, daß entscheidend die Verhandlungen sein werden zwischen dem privaten Bauträger und den Krankenversicherungen, weil nur bei entsprechenden vorliegenden Verträgen das ganze Projekt Sinn ergibt.

Zur Frage acht, Mariazell: Weit gediehen sind die Überlegungen zum LKH Mariazell, wo der Vorstand des Sozialhilfeverband Mariazellerland ein verbindliches Angebot über die Führung des in unmittelbarer Nachbarschaft errichteten Pflegeheimes unterbreitet hat. Grundgedanke dieses Betriebsführungsvertrages ist die optimale gemeinsame Nutzung von Personal- und Einrichtungsressourcen, welche am LKH Mariazell schon vorhanden sind. Damit folgt diese Idee einer ständig erhobenen Forderung nach einer besseren Verzahnung von intramuralen Einrichtungen mit Einrichtungen außerhalb des Spitalsbereiches. Für die KAGES würde ein derartiger Betreibervertrag einen Deckungsbeitrag zu den Aufwendungen des LKH Mariazell sichern.

Zur Frage neun, Fürstenfeld – direkt auf die Frage eingehend: Eine erste Bauetappe in der Höhe von zirka 50 Millionen Schilling, umfassend die Bereiche Küche, Personal- und Patientenspeisesaal und Wirtschaftsver- und -entsorgung ist in Bau und wird bereits zur Jahreswende 1996/97 fertiggestellt.

Zur Frage zehn, zusammenhängend mit neun: Für weiterführende Sanierungs- beziehungsweise Ausbaumaßnahmen im medizinischen und pflegerischen Bereich hat der Vorstand bereits einen Grundsatzbeschuß gefaßt und wird – vorbehaltlich der budgetären Möglichkeiten – unmittelbar im Anschluß an die Fertigstellung der derzeitigen Baumaßnahmen eine Standardanhebung im Funktions- und Pflegebereich angestrebt.

Zur Frage elf, Wagna: Diese Frage hat bei mir, aber auch bei jenen, mit denen ich mich in den letzten zwei Stunden beraten habe, eine gewisse Verwirrung ausgelöst, weil eigentlich niemand den Sinn beziehungsweise den Inhalt der Frage verstanden hat. Ich hoffe nicht, daß es eine neue Form von politischer Betätigung wird, daß man sagt, es ist irgend etwas gefährdet. Dann kommt die Mitteilung, es ist nicht, und man läuft dann herum und sagt, huhu, wir haben das gerettet. Also ich gehe davon aus, daß wir da differenzierte politische Informationen gehabt haben. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wir wollen euch nicht nachahmen!“) Das hoffe ich. Ich sage nur, daß festgestellt wird, daß es sich im LKH Wagna um keine eigenständige Gebärdabteilung, wie in der Anfrage formuliert, handelt, sondern daß diese als Gebärdstation durch die geburtshilflich-gynäkologische Abteilung des LKH Deutschlandsberg betrieben wird. An eine Schließung ist in keiner Weise gedacht. (Abg. Mag. Hartinger: „Es kostet sehr viel!“) Meinen Sie, Frau Kollegin, daß man schließen soll? (Abg. Mag. Hartinger: „Sie wollen sparen!“) Weil Sie gesagt haben, es kostet sehr viel. Wir werden das aber sehr oft haben.

Zum LKH 2000: Der durch Vertrag zwischen Bund und Land einerseits und dem Land Steiermark beziehungsweise der KAGES andererseits vom 12. Juni 1995 vereinbarte Terminplan zum Projekt LKH 2000 steht nach Aussagen von Bundesvertretern seitens der Republik Österreich auch im Rahmen der Budgetrestriktionen des Bundes außer Streit und wird daher auch seitens des Landes eingehalten werden. Angesichts der dringend notwendigen Maßnahmen, die dort im Rahmen des Konzeptes LKH 2000 geplant sind, und in Anbetracht der schwierigen Arbeitsmarktlage in der Steiermark, der Kollege Paierl sitzt auf der Regierungsbank, er wird ja morgen zu dieser Frage eine Enquete durchführen, wäre es aus meiner Sicht nicht sinnvoll, gerade bei jenen Investitionen zu streichen oder zu kürzen, wo der Bund – vertraglich vereinbart – bereit ist, 50 Prozent der Kosten mitzufinanzieren.

Zu Punkt 13: Die Steiermärkische Landesregierung hat mit den Beschlüssen vom 18. März 1991 und 8. April 1991 Aufträge erteilt, um die Unterbringung der Sanitätsschulen des Landes Steiermark am LKH Graz zu verbessern und sicherzustellen. In diesem Sinne wurde ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Die Baubewilligung des Magistrates Graz beziehungsweise die Rodungsbewilligungen liegen vor. Auf Grund der behördlichen Auflagen im Bau-

bewilligungsbescheid wurde die Kostenschätzung aktualisiert – Gesamtfinanzierungssumme derzeit rund 130 Millionen Schilling exklusive Mehrwertsteuer.

Derzeit ist der Landesrechnungshof damit befaßt, im Rahmen der begleitenden Projektkontrolle einen Bericht zu erstatten. Nach Vorliegen dieses Berichtes ist das Vorhaben der Steiermärkischen Landesregierung zur grundsätzlichen Beschlußfassung zuzuleiten. Nach Abschluß der daraufhin zu erfolgenden Detailplanung und Durchführung der EU-Ausschreibungen könnte ein Baubeginn etwa zum Ende dieses Jahres erfolgen. Für die Bauausführung wird mit einem Zeitraum von rund eineinhalb Jahren gerechnet.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, zu den einzelnen Punkten konkret Stellung zu nehmen. Ich möchte ein paar grundsätzliche Überlegungen aus meiner Sicht noch dazufügen.

Erstens: Ich stehe zu den Beschlüssen, die in der Landesregierung, die im Landtag bisher gefaßt wurden – vollinhaltlich und ohne Wenn und Aber. Es werden auch die Vorgaben, die gemacht wurden, eingehalten. Das betrifft vor allem die Spezifizierung in den einzelnen Spitälern draußen. Die Umsetzung, meine Damen und Herren, wird, und das sage ich auch als Mitglied der Landesregierung, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden budgetären Mittel erfolgen.

Das klingt sehr einfach, wird in der Regel aber sehr kompliziert werden. Ich möchte da aber auch einen Teil meines Selbstverständnisses mitliefern. Ich sehe mich als eines von neun Mitgliedern der Landesregierung und ich sehe mich durchaus auch als Lobbyist für mein Ressort. Ich werde mich bemühen, im Rahmen der Budgetarbeit soviel als möglich für dieses Ressort herauszuholen. Es gehört aber auch zu meinem Selbstverständnis, daß man den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus wagen soll und wagen muß und schauen muß, in welchen Größenordnungen kann das erfolgen, und nachdem man versucht hat, möglichst viel herauszuholen, ist es, glaube ich, die Aufgabe und die Verpflichtung, im einzelnen Ressort das Bestmögliche mit den vorhandenen Mitteln zu machen. Das wird das Bemühen der nächsten Monate und Jahre sein.

Ich glaube, wir werden noch sehr oft in der Landesregierung und im Landtag mit den entsprechenden konkreten Umsetzungen konfrontiert werden. Nach dieser Anfrage erwarte ich mir, daß wir da in einer durchaus sehr konstruktiven und positiven Art und Weise versuchen werden, die Probleme zu lösen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der Freiheitlichen Abgeordneten und verweise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Als erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Hartinger (12.59 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Gestatten Sie mir zuerst ein paar grundsätzliche Gedanken, die ich mir als neue Abgeordnete zu diesem Landtag gemacht habe.

Ich bin wirklich sehr traurig über die Gesprächskultur, die in diesem Hohen Haus stattfindet. Ringel hat schon einmal gesagt: „Es geht nicht nebeneinander und auch nicht gegeneinander, es geht nur miteinander!“ Und ich hoffe, daß dies ein Ziel für uns alle sein könnte, für unsere Kommunikation und Verhaltensweisen, auch untereinander.

Mich wundert das schlechte Image von Politikern, das sie bei der Bevölkerung haben, eigentlich nicht.

Aber vielleicht bin ich zu idealistisch. Ein Politiker muß eine Vorbildwirkung haben, welche er nicht nur in seiner Kompetenz, sondern auch in seinem Verhalten, in seiner Sprache und Kommunikation zum Ausdruck bringen sollte. Aber wie gesagt, vielleicht sehe ich es zu idealistisch.

Es ist klar, daß es auf Grund unterschiedlicher politischer Ideologien in Sachbereichen zu Konflikten kommen kann. Eigentlich aber sollte das Wohl des Bürgers dabei im Vordergrund stehen, denn ich setze voraus, daß jede Fraktion eigentlich das Beste für den Bürger und für das Land Steiermark will.

Zu diesem Verhalten gehört aber auch ein gewisses Demokratieverständnis, welches ich besonders bei einer Fraktion vermisste, denn sonst kann es nicht passieren, daß man eine andere Fraktion, wie die Freiheitlichen, die ja zehn Mandate, 17 Prozent Wählerstimmen, hat, total ausgrenzt.

Ich stelle daher auch die Frage, wieviel parteiunabhängige Mandatare haben Sie? In der SPÖ, glaube ich, null, die ÖVP hat einen, wir haben auch einen. Das zeigt Demokratieverständnis, das man nicht überall findet. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wir haben zwei!“) Zwei bitte.

Es schleicht sich für mich damit eine Degenerationserscheinung unseres Demokratieverständnisses ein. Es bedarf daher einer gemeinsamen Anstrengung, daß weniger die politische Taktik, sondern mehr das Wohl des Bürgers und unseres Landes, das wir hier vertreten, im Mittelpunkt steht. Und da bitte ich Sie wirklich, beweisen wir es – uns zuliebe und auch dem Bürger zuliebe. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber nun zu Ihnen, Herr Landesrat Dörflinger. Danke für Ihre Ausführungen. Ich weiß natürlich, wie Sie es ja so oft betont haben, als Mitglied der KAGES sehr wohl, welche Planungen und Zielsetzungen wir haben. Aber das ist auch der Grund, der mich bewogen hat, in die Politik zu gehen, weil ich gesehen habe, wie schnell man in der KAGES an die Grenzen stößt und welche Rahmenbedingungen die Politik vorgeben müßte, die für mich für die KAGES zum Teil nicht gegeben sind. Dies hat mich auch bewogen, für die Gesundheitspolitik des Landes zu kämpfen.

Die Sozialdemokraten, Herr Landesrat, sind seit 1945 für das Gesundheitswesen in der Steiermark verantwortlich. Nur frage ich mich, verantwortlich wofür? Für das Wohl des Bürgers? Obwohl die WHO Gesundheit als das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden deklariert hat.

Was wurde vor der Wahl alles versprochen? Budgetrede 1992 – Dr. Strenitz: „Ich bekenne mich zu jedem einzelnen Standort. Wir werden manches Vertraute

ändern, aber in der Summe das medizinische Angebot verbessern und garantieren.“

1993: „Jedes Jahr 15 Prozent mehr für das Gesundheitswesen.“

Herr Landesrat Ressel sitzt jetzt nicht hier, aber ich wußte nicht, daß er einen „Esel streck dich“ hat. (Abg. Gennaro: „Man darf die Hoffnung nie aufgeben!“) Herr Landesrat Schmid, wir Freiheitliche wollten, wie Sie wissen, das Gesundheits- und Spitalsressort übernehmen, damit sich in der Steiermark wirklich etwas verändert zum Wohle der Bürger. Daß der Bürger unabhängig von sozialer Stellung und Wohnort bei Bedarf die notwendigen (Abg. Vollmann: „Der Bürger hat es nicht goutiert!“) Gesundheitsleistungen rechtzeitig und in der Menge und Qualität in Anspruch nehmen kann, die dem heutigen Stand der Medizin entspricht.

Nur frage ich mich, wie schaut es aus mit den notwendigen Gesundheitsleistungen – sind die in der Steiermark da? Gibt es Rehabilitation? Gibt es eine Geriatrie? Gibt es eine Langzeittherapie? Das vermisste ich bitte alles!

Rechtzeitig! Was heißt rechtzeitig? Schauen Sie sich die Wartelisten in den einzelnen Bereichen an.

Was heißt Qualität? Gibt es festgelegte Qualitätsstandards wie in den USA oder in Holland oder in der Schweiz?

Das alles vermisste ich in der Gesundheitspolitik. Sie aber haben seit 1945 das Gesundheitsressort, und es ist nichts passiert auf diesem Sektor. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber die Sozialdemokraten meinen ja, wir wollen uns nur ins gemachte Nest setzen. Ein komisch durchlöcherter Nest, denn der Bundesrechnungshof bezeichnete bereits Ende Dezember vorigen Jahres unser Spitalsressort als ein schlampiges Spitalsressort. Die Unterlagen über die Mittelverwendung seien unklar und unvollständig.

Und was heißt das für mich? Für mich als Betriebswirt heißt das, daß das Prinzip des ordentlichen Kaufmannes verletzt wurde.

Auf Grund unklarer Unterlagen wurden Gelder seitens des KRAZAF verzögert ausbezahlt, was aber niemanden gestört hat. Aber anscheinend haben wir genug Geld. (Abg. Dr. Lopatka: „Uns hat das immer gestört!“) Schön, habe ich einen Partner gefunden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du, paß auf!“) Ist der gefährlich oder was?

Weiters monierte der Bundesrechnungshof, wir erfüllen die Leistungen des Bettenabbaues nicht, also gibt es auch kein Geld.

Das verstehen Sie also alles unter einem „gemachten Nest“? Also ich kann nur den Kopf darüber schüteln.

Nach der Wahl: Was war nach der Wahl? Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner: „In Zeiten des Sparens müsse man auch über Zusagen für Spitalsbauten nachdenken.“ Aha, interessant.

Landesrat Dörflinger: „Zusagen für jedes Projekt und alle Regionen könne es nicht geben, die Obergrenze ist das jeweilige Landesbudget und das, was ich davon bekomme.“ Aber in seiner Budgetrede 1992 hat er gesagt, er freue sich bereits auf solche Diskus-

sionen. Ich hoffe, Herr Landesrat, Sie freuen sich dann auch wirklich noch, wenn Sie sich vor die Bürger der einzelnen Regionen hinstellen müssen und sagen, was alles nicht geht, warum man eben zum Beispiel Hartberg doch nicht bauen kann, weil Ihnen der Landesrat Ressel kein Budget gibt, oder Knittelfeld schon oder umgekehrt. (Landesrat Dörflinger: „Darf ich eine Zwischenfrage stellen?“)

Darf ich zuerst weiter ausführen? Ich habe Sie auch nicht unterbrochen.

Herr Landesrat, Sie haben keine Vorstellung von den Ängsten und der Verunsicherung der Bevölkerung und des Personals in unseren Krankenhäusern. (Abg. Vollmann: „Sie haben Ihre Ersttagsrede. Wir werden Ihnen schon noch sagen, wo der Bartl den Most holt!“)

Sie sollten sich einmal als Krankenpfleger oder Arzt ans Krankenbett hinstellen und arbeiten – nicht zu wissen, ob Sie morgen noch einen Job haben oder ob Sie für Ihre Patienten noch so engagiert und motiviert arbeiten können. Meine Bewunderung gehört dem Personal, das trotz seiner Verunsicherungen nicht aufgibt und idealistisch und selbstaufopfernd für die kranken Bürger da ist.

Ein Beispiel nur, das LKH Knittelfeld. Ich habe vorige Woche mit Herrn Primarius Stadler gesprochen. Er ist seit elf Jahren Primarius einer Abteilung dieses Krankenhauses, und seit elf Jahren wartet er eigentlich, daß dort eine Rettungszufahrt gemacht wird. Seit elf Jahren wird er immer vertröstet, daß das Krankenhaus neu umstrukturiert wird. Nicht einmal eine Rettungszufahrt gibt es. Die Patienten müssen wirklich händisch hereingetragen werden durch den Haupteingang, und einen eigenen Lift gibt es für die Patienten auch nicht. Aber das ist die Hinhaltetaktik, die Sie betreiben. Wahrscheinlich geben Sie bald die Devise aus, Herr Landesrat, die Steirer dürfen nicht mehr krank werden. (Landesrat Dörflinger: „Das wäre ohnehin das Beste!“)

Woran krankt das Gesundheitswesen?

Erstens an den verantwortlichen Politikern, die nur leere Worthülsen produzieren und den Bürger als Spielball betrachten. Zweitens an der pathologischen Strategie- und Rechenschwäche der Verantwortlichen unter dem Motto „überall ein bißerl, damit alle beruhigt sind“. Ihre Bezirke werden natürlich bevorzugt, nur nebenbei. Drittens, daß die Führungspositionen der ausführenden Stellen entsprechend dem jeweiligen Proporz angepaßt werden.

Herr Landesrat, Herr Landesrat, würden Sie mir bitte Ihr Ohr leihen? (Landesrat Dörflinger: „Ja, ich höre. Ich höre mit den Ohren, nicht mit den Augen!“)

Krankenhaushäufigkeit, kennen Sie diese Kennzahl? Krankenhaushäufigkeit pro 1000 Einwohner und Jahr, das ist eine Steuerungskennzahl in der Planung. Denn Planung beruht nämlich nicht nur auf Betten und Kubikmeter, sondern auch auf anderen Kennzahlen. Ich hoffe schon, daß Sie diese Kennzahl kennen, weil diese eines der Steuerungsparameter im Gesundheitswesen ist. Aber vielleicht darf ich Ihnen sagen, wir haben also durchschnittlich eine Krankenhaushäufigkeit von 199 pro 1000 Einwohner und Jahr, in manchen Bezirken mehr und in manchen weniger. In der Schweiz liegt man zirka bei der Hälfte. Jetzt frage ich

Sie, was ist Ihr Ziel? Was ist Ihr politisches Ziel? Bedenken Sie aber dabei bitte, daß das Gesundheitswesen wie ein Uhrwerk ist, es läuft nur, wenn alle Rädchen funktionieren. Das heißt, wenn Sie beispielsweise an der Krankenhaushäufigkeit drehen, werden noch andere Fragen zu berücksichtigen sein, nämlich welche Anreizsysteme für zuweisende Ärzte gibt es, damit die Basisversorgung gesichert ist, was tun Sie mit den Patienten, die eine Langzeittherapie benötigen, wie soll die Pflege der immer älter werdenden Bevölkerung gesichert werden, die zum Beispiel durch die Verweildauersenkung nicht mehr im Akutkrankenhaus sein können? (Abg. Gennaro: „Das müssen Sie die Ärzte fragen!“) Es gäbe noch so viele Fragen, aber alles zu seiner Zeit.

Herr Landesrat, Sie haben heute gesagt, die entscheidende Größe für die Prioritätenliste wird der Spielraum des Budgets sein.

Erstens, es ist traurig für mich – und das empfinde ich wirklich so –, daß wir uns eine qualitätsvolle Gesundheitspolitik in der Steiermark nicht mehr leisten können, obwohl gerade Ihre Fraktion gesagt hat, Gesundheit ist mit Geld nicht aufzuwiegen. Zweitens, es ist traurig, daß Sie noch keine Prioritätenliste auf Basis der gesundheitspolitischen Ziele haben, sondern auf das zur Verfügung stehende Geld warten. Heißt das jetzt, daß der Herr Landesrat Ressel Spitalpolitik macht? Drittens, da sowohl die Finanzen als auch die Spitalpolitik in den Händen der SPÖ liegen, liegt die Zielsetzung bei Ihnen. Außerdem erwarten wir im Landtag, daß es eine große Koalition zwischen ÖVP und SPÖ, das Budget betreffend, geben wird.

Herr Landesrat, Ihr Vorgänger wurde von den Medien als „Dr. Unzuständig“ angesprochen, da er nur fürs Geldausgeben war und alle Sparvorschläge zurückwies. Sie haben selbst gesagt, Sie wollen sparen, werden Sie dann als „Sparefroh“ den Titel bekommen, ich weiß es nicht. Sie haben aber auch gesagt, Sie werden mit allen Zähnen und Klauen um Ihr Budget raufen. Ich hoffe, daß Sie nicht zahnlos werden. (Abg. Gennaro: „So schnell nicht!“)

Ich habe Ihnen nun diese dringliche Anfrage quasi als Einstandsgeschenk gemacht, und ich darf Ihnen noch ein anderes Einstandsgeschenk überreichen. Ein Notfallkoffer mit einem Stethoskop, damit Sie immer am Pulsschlag des Gesundheitswesens sind, und einen Traubenzucker zur Stärkung für die Konfrontationen, die wir noch haben werden. (Landesrat Dörflinger: „Es ist eine qualitative Veränderung. Mein Vorgänger hat einen weißen Mantel bekommen!“ – Beifall bei der FPÖ. – 13.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (13.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir gedacht, daß ich in ein ernstes Fach gewechselt bin, nämlich von der Kultur in den Spitalbereich. Aber offensichtlich befinde ich mich mitten in einer Komödie. Mitten in einer Komödie, aber wir sind ja im Fasching! Ein Schauspieler kennt sich überall aus. Aber eines habe ich trotz dieses Rollenwechsels schon mitbekommen, daß diese dringliche Anfrage

wohl aus einer Position der Enttäuschung heraus resultiert. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, über eure Politik!“)

Aus einer Enttäuschung mangels Wahlerfolges hat der F-Obmann offensichtlich das Spitalsressort, das vor der Wahl von ihm lauthals gefordert wurde, halt nicht erreicht. Und auf Grund dieser Enttäuschung wurde diese noch enttäuschendere dringliche Anfrage gestellt. Und ich meine, daß solche dringlichen Anfragen aus Eitelkeiten heraus zwar durchaus schon eine Facette des demokratischen Parlamentarismus an sich sind, aber der Sache an sich, Herr Landesrat, in keiner Weise förderlich sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, sollen die Bürger nicht wissen, wann etwas gemacht wird?“)

Glauben Sie, daß diese Anfrage das Land in dieser Sache auch nur einen Millimeter weiterbringt? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, das geht gegen eure Linie, ihr könnt nicht mehr weiter!“) Das ist die neue Rolle der FPÖ, nämlich die Oppositionsrolle. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die SPÖ verspricht alles, und dann ist sie beleidigt, wenn man sie beim Wort nimmt!“) Das ist die Oppositionsrolle, die Sie jetzt spielen. Und ich frage mich, Herr Landesrat, in diesem Zusammenhang, wenn Sie schon die Oppositionsrolle spielen, spielen Sie Ihre Oppositionsrolle in Zukunft auch in Ihrem Ressort als Wohnbaureferent, damit die Leute, die jetzt schon lange auf Wohnungen warten, dann noch länger warten müssen, um überhaupt finanzierbare Wohnungen zu bekommen? Das frage ich Sie schon, wenn die Oppositionsrolle durchgespielt werden sollte.

Offensichtlich haben wir das zur Kenntnis zu nehmen, die Strategie der Freiheitlichen heißt ab jetzt Opposition auf Kosten und zum Nachteil der Menschen hier in diesem Lande.

Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Geh, Herr Kollege, tun S' ein bißchen logisch denken!“)

Am 5. Juli 1994 ist doch dieses große Bauprogramm mit der Dreiparteienerklärung beschlossen worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, hat jemand gesagt, daß wir das nicht wollen?“) Ja, wozu hinterfragen Sie das dann jetzt? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Naja, damit das endlich gemacht wird, Herr Kollege!“) Ja, wenn das klar ist, wenn es beschlossen wurde, mit Ihrer Stimme beschlossen wurde. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie haben das Thema verfehlt, Herr Kollege!“) Nein, aber ich glaube, Sie sehen sich nicht in Ihrer Rolle, die Ihnen nach der Verfassung zusteht, nämlich zur konstruktiven Mitarbeit! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Na klar, wir wollen, daß es gemacht wird!“) Enttäuschung mangels Wahlerfolges! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Seid ihr noch nicht draufgekommen, daß wir wollen, daß das gemacht wird?“) Und Frau Kollegin Hartinger, die Rolle, die Sie hier spielen, scheint mir – und ich bin sehr vorsichtig, Sie sind ja Neuling hier –, aber sie scheint mir nicht ganz unbedenklich zu sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Machen sollt ihr es. Das ist konstruktive Mitarbeit!“) Ich glaube, Sie verwechseln den Boden hier. Es ist hier keine Vorstandssitzung der KAGES, wir sind in einer Landtagssitzung! (Beifall bei der SPÖ.)

Sie vertreiben hier innerbetriebliche Informationen. Das hat man Ihnen nicht gesagt im Klub. Aber Sie

müssen sich erkundigen, daß man hier festgestellt hat, daß hier im Landtag die politische Dimension behandelt und ausdiskutiert wird, und nicht innerbetriebliche Maßnahmen. Dafür ist die KAGES ausgegliedert worden. Aber das scheinen Sie ein bißchen verwechselt zu haben im Zuge dieser Anfragen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er hat die falsche Anfrage!“)

Nein, ich habe nicht die falsche Anfrage, aber der große Teil dieser Anfrage betrifft den innerbetrieblichen Ablauf der KAGES. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Na klar. Die Menschen dürfen ja wissen, wann was passiert ist!“) Nein, aber jetzt sage ich Ihnen was, Herr Kollege. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Herr Kollege, wir wollen, daß es gemacht wird. Wir wollen den Leuten sagen, wann! Da können wir uns ja einigen!“) Der große Teil Ihrer Anfragen sollte eigentlich im Bereich des Unternehmens beantwortet werden.

Sie sind ja eingebunden auf Grund Ihres Berufes, Controlling, in die Erstellung der medizinischen Konzepte, und eigentlich müßten Sie uns da berichten, was Sie uns hier fragen. Und wenn Sie Ihrem Klub berichtet hätten über das, was Sie wissen, wäre die ganze dringliche Anfrage ja überflüssig gewesen. Sie hätten nur berichten müssen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Die Anfrage war flüssig, und nicht überflüssig!“)

Ja, noch etwas, Frau Kollegin Hartinger, das Gesundheitsressort – nur zur Richtigstellung – resultiert erst seit 1991 bei der SPÖ. Bis dahin war das Gesundheitsressort immer bei der ÖVP. Aber das ist halt ein gewisses Defizit, und ich bitte die Frau Klubobfrau, das vielleicht nachzuholen, in einer Nachhilfestunde kann sie Ihnen alles erklären.

Und Kapfenberg, Frau Kollegin, darf ich auch noch sagen, und dann bin ich schon fertig in meiner – gebe ich zu – lehrerhaften Form, der Regierungsbeschluß, dazu gibt es einen Regierungsbeschluß „Kapfenberg“. Sie haben gesagt, es gibt zuwenig Rehabilitations-einrichtungen. Kapfenberg zum Beispiel ist von uns als REHAB-Einrichtung gefordert worden, eine REHAB-Einrichtung für die Schlaganfallnachsorge. Das ist mehrheitlich angenommen worden, gegen Ihre FPÖ. Und gleichzeitig verlangen Sie mehr REHAB-Einrichtungen. Also ich würde sagen, koordinieren Sie sich einmal innerhalb Ihres Klubs, und dann kommen wir sicher zusammen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, abschließend darf ich nur noch dazusagen, daß wir Sozialdemokraten zu dem stehen, was wir auch vor der Wahl gesagt haben. Uns geht es darum, den Menschen in diesem Lande die beste medizinische Betreuung zu geben und zu bieten. Dazu standen wir vor der Wahl, und dazu stehen wir auch nach der Wahl. Wir wollen keine Betten mehr in den Spitalsgängen, wir wollen auch keine überfüllten Krankensäle, sondern wir wollen menschlich gerechte Krankenhäuser und die beste medizinische Betreuung. Für uns hat eines Priorität, nämlich die medizinische Betreuung der Menschen in diesem Lande, selbstverständlich unter der Möglichkeit der finanziellen Voraussetzungen. Das ist ganz klar. Aber die bestmögliche medizinische Betreuung ist unsere Priorität. Und ich glaube, dieses Ziel, nämlich den Menschen in diesem Lande, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Stellung; unabhängig vom

Einkommen, die beste medizinische Betreuung zu geben, sollten alle im Landtag vertretenen Parteien anstreben und angehen. Darum bitte ich. (Beifall bei der SPÖ. – 13.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (13.17 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident!

Ich glaube, da hat der Herr Kollege Erlitz jetzt wirklich diese dringliche Anfrage nicht durchgelesen. (Abg. Mag. Erlitz: „Wohl, habe ich!“) Eines ist einmal sicher, verstanden hat er sie nicht. Es geht hier in dieser Anfrage ja ausschließlich um das, was er am Schluß formuliert hat, wo wir uns ja alle darauf einigen können. (Abg. Mag. Erlitz: „Darum geht es nicht!“) Es geht darum, daß wir die Projekte, die wir den Menschen in diesem Land zugesagt haben, auch realisieren. Das ist unser Anliegen, damit da kein Mißverständnis aufkommt. Aber es ist genauso unser Anliegen, die Leute draußen nicht jahrelang im Ungewissen zu lassen. Ich glaube, sie haben ein Recht darauf, und das ist nicht Sache des Vorstandes, sondern das ist Sache der politischen Entscheidungsträger, Sache von denjenigen, die die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, hier den Menschen offen und ehrlich gegenüberzutreten.

Und Sie hätten ja sonst auch in Ihrem Wahlkampf nach Kapfenberg, Weiz, Hartberg, wo immer, die Vorstandsmitglieder schicken können, wo Ihre Abgeordneten lauthals gebrüllt haben, nach der Wahl beginnen wir überall zu bauen. Ich hoffe, daß das der Fall ist. Der liebe Günter Dörflinger wird unsere Unterstützung dabei haben. Und wir werden von unserer Seite aus alles unternehmen, daß all diese Notwendigkeiten hier erfüllt werden. Damit kein Mißverständnis aufkommt. Aber wenn es kein Geld dafür gibt, dann werden wir es den Leuten auch sagen, wo dafür die Verantwortlichen sitzen, siehe zum Beispiel gestern Sparpaket. Ich weiß nicht, was an Sparpaketen hier in dem Land noch auf uns zukommt.

Nur zur Klarstellung, wir wollen, daß diese Sachen hier gemacht werden, sehr rasch gemacht werden, und daß die Entscheidungen blitzartig fallen, und daß Klarheit darüber herrscht.

Dann hätten Sie, wenn Sie die Anfrage richtig verstanden hätten, gar keinen Grund gehabt, sich darüber so aufzuregen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste in der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (13.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte zuerst einmal der Kollegin Hartinger zu ihrer Jungferrede gratulieren. Nachdem sie ja in strategisch wichtiger Position in der KAGES sitzt, können wir gemeinsam auch die Dinge, die in der KAGES nicht richtig laufen, und es gibt auch deren viele, gemeinsam lösen.

Und Kollege Erlitz, ich halte im Gegensatz zu dir diese Anfrage wirklich für wichtig, nämlich am Beginn einer Periode mit einem neuen Spitalslandesrat, und es wäre für mich interessant gewesen, nicht über die Einzeldinge zu reden, sondern über die Rahmenbedingungen.

Es hat der Herr Landesrat Schmid angeführt und darauf aufmerksam gemacht, daß es im Bund ein Sparpaket gibt, und es sind gewisse Vereinbarungen mit dem Bund, vor allem auch im Zusammenhang mit der Finanzierung des LKH 2000, unter anderen Rahmenbedingungen abgeschlossen worden.

Ich teile auch die Meinung des Kollegen Dörflinger, der sagt, die Politik soll sich nicht in das operative Geschäft der KAGES einmischen, sondern die Politik soll die Rahmenbedingungen festlegen.

Es wurde heute schon mehrmals der Vertrag vom 5. Juli 1994 zitiert. Ich komme jetzt zu ein paar Punkten, wo ich der Meinung bin, hier hat vor allem Landesrat Strenitz, jetzt Präsident, in einigen Dingen nicht reagiert. Außer der Vertragsunterzeichnung, betreffend die Finanzierung des LKH 2000, wurden wesentliche Punkte in dieser Vereinbarung bis heute nicht erfüllt. Und das hat natürlich auch Folgewirkungen auf das tägliche Geschäft und auch auf die Patienten in unserem Land.

Es hat vor allem auch der Vorstand der KAGES am 10. Jänner darauf aufmerksam gemacht, und ich nenne hier ein paar Punkte, und ich hoffe, der Kollege Dörflinger wird mir dann darauf auch wirklich eine präzise Antwort geben.

Nicht erfüllt: Neuberechnung des Zuschusses der KAGES zur Abdeckung des laufenden Betriebes und zu Investitionen auf mehrjähriger Basis laut Gutachten von Dr. Peter.

Nicht bewilligt: Das Leasingmodell, und das ist ganz wichtig für den Bau des LKH Hartberg, im Rahmen einer Fremdfinanzierung für den Vorstand der Krankenanstaltengesellschaft.

Ein wesentlicher Punkt nicht erfüllt: Novellierung Personalzuweisungsgesetz, und ich komme dann noch darauf zurück.

Es wurden grundsätzliche Änderungen im Übertragungsvertrag, Änderung des Gesellschaftervertrages und so weiter nicht realisiert.

Es ist auch im Bereich der Dezentralisierung nichts weitergegangen.

Ich komme zurück zum Bereich Personal. Seit Jahren wird darüber diskutiert, wie können wir dieses Problem lösen. Es gibt in den Spitälern drei Dienstrechte – Vertragsbedienstete, Bundesdienstete, Landesbeamte – und jetzt sogar ein viertes – KAGES-Bedienstete. Es gibt in Wahrheit einen Hilferuf des Personals, aber auch des Vorstandes und anderer Bereiche, die ständig auf diese Problematik hinweisen. Wir haben von der ÖVP in mehreren Anträgen, und Landesrat Hirschmann hat, glaube ich, fünfmal in der Landesregierung eine Änderung eingebracht, sie wurde jedesmal von den Kollegen der SPÖ abgelehnt, darauf hingewiesen.

Es ist ein Faktum, daß es eine unterschiedliche Dienstplänegestaltung gibt, unterschiedliche Bezahlung bei den Bereitschaftsdiensten, unterschiedliche Entgeltfortzahlung bei Krankheit, unterschiedliche

Entgeltfortzahlung bei Urlaub und so weiter. Es hat Herr Landesrat Strenitz diese Probleme in Wahrheit immer vor sich hergeschoben, und dieser Berg wird immer größer.

Zentralbetriebsratsobmann Fischer, der da hinten sitzt, hat in einer Presseaussendung darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Problem, wenn wir es nicht lösen, dem Land pro Jahr zirka 400 Millionen Schilling an Mehrkosten bringt. Obwohl die Belegschaft etwas anderes will, obwohl es nicht im Interesse der Patienten liegt, ist die SPÖ nicht bereit, darüber zu reden.

Wir erwarten jetzt von dir, Herr Landesrat Dörflinger, nachdem du auch Vorsitzender des Gesundheits-Ausschusses warst und dir das Problem nicht unbekannt ist, wirklich eine Einladung, um über diese Dinge zu reden. Wir können uns das einfach nicht leisten, diese Probleme auf die Dauer vor sich herzuschieben.

Zweites Problem, Frage der Änderung der besonderen Gebühren in unseren Spitälern. Es gibt eine Projektgruppe, unter anderem gehört ihr Hofrat Dr. Wielinger, Dr. Hecke, Hofrat Dr. Thanner, die Ärztekammer und der Zentralbetriebsrat an, und die haben als Zwischenergebnis festgestellt, daß Einigkeit darüber besteht, daß bei einer Rückführung der Dienstverhältnisse der Ärzte zum Land das Problem gelöst wäre. Herr Kollege Dörflinger, ich frage dich konkret, welche Vorstellungen hast du in diesem Zusammenhang? Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, auf diese Dinge nicht länger zu reagieren. Ich denke, daß wir in diesen Fragen wirklich auch gefordert sind. Wir müssen diese Probleme in den Griff kriegen, das sind die Fragen der Rahmenbedingungen. Ich glaube, daß wir gemeinsam schauen müssen, daß wir zu einer Lösung kommen.

Es sind eine Reihe von Projekten angeführt worden in dieser dringlichen Anfrage, und ich schließe noch eines an, Herr Kollege Dörflinger. Es ist eine mehrjährige Geschichte, die Dezentralisierung der Ausbildung, ganz konkret Schwesternschule Murau-Stolzalpe, mehrfache Absichtserklärung, daß sie erhalten bleibt. Die Frage der Ausbildung in den medizinisch-technischen Berufen – ich bin ein absoluter Anhänger der dezentralen Ausbildung, daher die konkrete Frage: Wie stellst du dir in diesem Bereich das vor, nachdem auch bekannt ist, daß in weiten Bereichen das Fachpersonal fehlt? Außerdem glaube ich, daß es auch wichtig ist, daß wir den Bereich der Gesundheitspolitik viel vernetzter und weiter sehen müssen, als wir es bisher gemacht haben. Es ist richtig, daß die SPÖ seit 1991 das Gesundheitsressort bei der Spitalpolitik dabei hat, daher ist es eine Riesenchance. Nur, ich glaube, daß es seit 1991 nicht genützt wurde, außer daß wir einen Gesundheitsplan verabschiedet haben, der kritischerweise einem Telefonbuch nahekommt. Wir haben einen Spitalplan abgeschlossen beziehungsweise in der Regierung beschlossen, wo es heute die Diskussionen in der Region draußen gibt, welche Einrichtungen, welche Institutionen bleiben tatsächlich erhalten.

Aber es kommt ein wesentlicher Punkt zu dieser Gesundheitspolitik dazu, und das ist die Frage der Sozialpolitik, Nachbetreuungseinrichtung – das hat die Kollegin Hartinger auch schon angeschnitten – und

vor allem Altersvorsorge. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Punkt ist und daß wir uns diesen Fragen auch zu stellen haben.

Abschließend daher: Wir arbeiten gerne mit, Herr Kollege, der Ball liegt bei euch, die Initiativen müssen von euch ausgehen, die Ressortzuständigkeit ist eindeutig geklärt, und wir sind für Ideen zu haben, aber wir wollen eine konstruktive Politik im Interesse unserer Patienten, aber auch unserer Bediensteten in den steirischen Spitälern und Gesundheitseinrichtungen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 13.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Schinnerl (13.29 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Am Anfang unserer dringlichen Anfrage meinte der neue Spitalslandesrat Dörflinger, daß er sich eigentlich sehr freut über unsere Anfrage, und er freut sich auch, daß er eine Schonfrist von 14 Tagen gehabt hat. Ich glaube, das war sicher richtig, aber er ist ja schon immer ein Experte des Spitalwesens gewesen, er war ja früher schon der Obmann des Spitals- und Gesundheits-Ausschusses. Und wenn man dann gegenüberstellt den nächsten Redner der SPÖ oder der Sozialdemokratie, den Mag. Erlitz, der ja bekanntlich der nächste Ausschußobmann für Spital und Gesundheit werden soll, der vergleicht diese Veranstaltung, eine dringliche Anfrage an den Spitals-LR, die wirklich notwendig ist, mit einer Faschingsveranstaltung, oder er glaubt sogar, es ist eine Veranstaltung für die Faschingszeit. Da muß ich schon sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren (Abg. Vollmann: „Was war das für eine Veranstaltung?“), wir sind noch nicht in der Faschingszeit, wir arbeiten noch, die Faschingszeit beginnt erst in 14 Tagen. (Abg. Vollmann: „Du bist im Irrtum. Seit 11. November ist Fasching!“)

Und ich freue mich auch, wenn der neue Spitalslandesrat sagt, das LKH 2000 ist ein Meilenstein der steirischen Spitalpolitik. Ich hoffe, daß wir alle recht haben, und wir wünschen es uns. Ich habe aber solche Aussagen schon früher einmal gehört, als es in der Sozialpolitik um das Pflegegeld gegangen ist. Da hat es geheißen, daß die Einführung des Pflegegeldes ein wichtiger Meilenstein der steirischen Sozialpolitik ist. (Abg. Gennaro: „Richtig!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen alle ganz genau, daß es nicht ganz so rosig ausschaut, denn bei der Einführung des Pflegegeldes hat es damals geheißen, es würde 5 Milliarden Schilling kosten, nachher hat man gesagt, es wird 8 Milliarden Schilling kosten, und schlußendlich ist man draufgekommen, weil die tatsächlichen Berechnungen alle vorgelegt wurden, es kostet jährlich zirka 20 Milliarden Schilling. Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner in seiner Rede, als er zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt wurde, Bedenken geäußert. Er hat Bedenken geäußert in diese Richtung, daß er gesagt hat, man wird sich in Zukunft nicht mehr alles leisten können. Wer gestern am Abend um 22 Uhr im Fernsehen gehört hat, was auf uns zukommt, der hat sich eigentlich schrecken müssen, der hat sich fast verstecken können, welche

Lawine, welche Explosion hier auf uns zukommen wird. (Abg. Dr. Lopatka: „Jetzt übertreibst du!“) Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden daher in allen Belangen sehr, sehr gefordert sein. (Abg. Dr. Lopatka: „Das war eine künstliche Erregung!“)

Das war keine künstliche Aufregung. Ihr werdet alle noch sehen, wie die Bürger zur Kasse gebeten werden, was ist uns vorher noch alles versprochen worden. Wenn ich nur denke, was war vor dem 17. Dezember? Vor dem 17. Dezember sind die Sozialdemokraten hinausgegangen, haben den Wählerinnen und Wählern alles, was sie nur an finanziellen Versprechungen und Geschenken erfinden konnten, unter den Christbaum gelegt, schön verpackt, die Schachteln waren fast alle leer. Jetzt ist man draufgekommen, als man sie nachher vom Christbaum weggeholt hat, daß die Schachteln wirklich fast leer sind, halb leer oder halb voll, wie Sie das wollen. (Abg. Vollmann: „Ich kann nichts dafür, daß du nur Windringerl bekommen hast!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr, sehr froh über die Aussagen von unserem Spitalslandesrat, der den Terminplan für die Spitäler, für alle künftigen Bauten, hier abgegeben hat, zum Beispiel das Krankenhaus in Hartberg, wo schon 20 Jahre lang geplant wird. 20 Jahre wird immer wieder hin- und hergeredet und gesagt, wir brauchen ein neues Krankenhaus. Die Burgenländer – manchmal macht man Witze über die Burgenländer –, aber die Burgenländer waren da mit dem Spitalsneubau wesentlich schneller als wir, die haben in Oberwart schon ein wunderbares, herzeigbares Krankenhaus.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten auch trachten, daß wir den Krankenhausneubau wirklich in Angriff nehmen, denn es hat geheißen, der Spatenstich findet im Herbst 1996 statt. Das war ja ein ganz guter Termin, der war gut gewählt, wo alle geglaubt haben, nachher sind die Landtagswahlen, und da machen wir einen klassischen Aufmarsch, da werden wir wieder Stimmen einheimsen und positive Stimmung machen. Ich hoffe, daß diese Aussagen, Herr Landesrat, stimmen. Es wurde auch im Wahlkampf in Hartberg der Spitalsneubau von der SPÖ plakatiert, denn die Steirer wollen in Zukunft nicht in Oberwart als Burgenländer geboren werden, daher ist es dringend notwendig, den Spitalsneubau so schnell als möglich in Angriff zu nehmen. (Abg. Vollmann: „Glaubst du, die Burgenländer sind schlechtere Menschen?“) Aber wir Steirer sind eben stolz auf unsere Heimat. (Abg. Vollmann: „Das ist Rassismus!“)

Lieber Abgeordneter Vollmann, Steirer sind wir, und Steirer bleiben wir. (Abg. Vollmann: „Auch wenn du im Burgenland geboren bist, bist du trotzdem ein Steirer!“)

Ja, selbstverständlich.

Ich freue mich auch, daß wir die Aussagen über den Spitalsumbau in Fürstenfeld gehört haben. In Fürstenfeld hat man mit dem Um- und Ausbauprogramm bereits begonnen. Das nächste Krankenhaus ist Weiz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, das Krankenhaus Weiz ist in einem äußerst desolaten Zustand, und auch vor der Wahl hat man plakatiert und in allen Zeitschriften der SPÖ oder der

Sozialdemokraten verkündet, daß das neue Krankenhaus Weiz im Jahr 1999 in Betrieb genommen wird.

Heute habe ich gehört, daß die Planungsphase von vornherein einmal drei Jahre dauert, und ich kann mir nicht vorstellen, daß man dann in ein oder zwei Jahren den Spitalsbau in Weiz so weit fertig hat. (Abg. Genaro: „Das geht schon!“) Aber, Herr Landesrat, du bist gefordert, auch diesen Termin einzuhalten. Ich freue mich, daß die Terminisierung heute so klar erfolgte, und wir werden immer wieder darauf achten, und bei jeder Gelegenheit werden wir der Bevölkerung sagen, dieser Termin ist auf Punkt und Beistrich einzuhalten. Und wir werden es uns nicht mehr länger gefallen lassen, daß die Bevölkerung draußen vor Ort genauso wie das Spitalsressort weiterhin verunsichert wird. Wir werden, wie es unser Landesrat Michel Schmid bereits gesagt hat, alle diese Dinge beziehungsweise Bauvorhaben einfordern, denn sie sind für die Bevölkerung draußen auf dem Land sowie auch in der Stadt unverzichtbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein Kapitel anreißen. (Abg. Vollmann: „Was habt ihr im Ausschuß gesagt? Jeder soll, wenn er einen Antrag stellt, gleich die Finanzierung vorgelegen!“) Wir haben es ja gemacht, aber ihr habt es nie gemacht. Ihr habt Anträge um 12,7 Milliarden Schilling abgegeben, 12,7 Milliarden, sage und schreibe. Solche Anträge wurden vorgelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute war in der Zeitung zu lesen, „die Flugrettung soll eingespart werden“. Es sind jetzt zehn Jahre her, daß diese Flugrettung am Leben ist. Sie wurde vor zehn Jahren auf Initiative des freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Fritz Probst eingeführt – er hat für diese Sache sehr gekämpft. Und jetzt, nach zehn Jahren, will man statt einer Zehnjahresfeier auf einmal das Begräbnis feiern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das dürfen wir nicht zulassen, daß diese Flugrettung einfach von einem Minister Einem abgeschafft wird. Ich glaube, Einem könnten wir uns ersparen in diesem Bereich, und das ist der Herr Innenminister Einem. (Beifall bei der FPÖ.)

Jawohl, richtig, denn wie kann es sein, daß ein Innenminister hergeht und Verträge, die von zwei verschiedenen Fraktionen oder zwei verschiedenen Organisationen geschlossen wurden, einseitig auflöst?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das dürfen wir auf keinen Fall zulassen. Die Flugrettung ist unverzichtbar! Und wenn der Herr Innenminister Einem dann noch meint, daß man eine Versicherung abschließen soll statt dieser Flugrettung, statt dieses Hubschraubers, dann frage ich ihn nur, was nutzt die beste Versicherung, wenn niemand an Ort und Stelle ist, wenn jemand verletzt ist. Ich glaube, das ist wirklich eine sinnlose Aussage, die hier getroffen wurde, es gibt überhaupt keinen Ersatz.

Ich darf alle Verantwortlichen ersuchen, in diesem Sinne aktiv für die unbedingte Erhaltung der Flugrettung einzutreten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 13.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (13.38 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Wechselrede über die dringliche Anfrage ist aus unserer Sicht sehr begrüßenswert, weil die Frage der Spitäler und der Gesundheit im allgemeinen hier entsprechend behandelt wird, und ich bin sehr froh darüber.

Kollege Dörflinger, nachdem du früher auch um Aufmerksamkeit gebeten hast – es geht um dein Ressort.

Ich bin froh darüber, daß der Herr Landesrat Dörflinger in seiner Beantwortung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, wie wichtig gerade die angeführten Spitäler für die gesundheitliche Versorgung in der Steiermark sind. Und ich erinnere mich an Zeiten, wo darüber heftige politische Streitereien entstanden sind, die Gott sei Dank ausgeräumt sind.

Immer, wenn in Wien am grünen Tisch darüber diskutiert wird, welches Spital vielleicht in Österreich entbehrlich sei, so muß man jenen entgegenhalten, daß diese Spitäler für jede Region nicht nur im gesundheitlichen Sinne, sondern auch als Arbeitgeber eine wesentliche Rolle spielen.

Trotzdem möchte ich die Gelegenheit nützen, um diese Debatte über das Gesundheitswesen nicht darauf zu reduzieren, wie hervorragend unsere Spitäler sind, welche Neubauten notwendig sind, denn wir verfallen oft zu sehr in den Fehler, daß wir zwar von einem Gesundheitswesen sprechen, aber ein Krankheitswesen in Wirklichkeit meinen. Ich bin kein Mediziner, aber wir alle wissen, daß Milliarden Schilling, in Österreich oft durch Provisorien geregelt, in das Gesundheitswesen oder Krankheitswesen fließen, vergessen dabei aber, was oft beteuert wird, nicht nur hier, sondern in allen möglichen Bereichen auch, wenn ein Krankenhaus eröffnet, daß der Bereich der medizinischen Betreuung, der Reparaturmedizin, und im wesentlichen sind ja diese Einrichtungen Reparaturmedizin, nur ein ganz bescheidenes Segment dieses gesamten Bereiches ist. Wir wissen alle, daß gerade die Anlage im Menschen ein ganz wichtiger Faktor ist, das stellt man immer wieder fest, daß zweitens die Umweltbedingungen, die Rahmenbedingungen, die Lebensbedingungen ein ganz entscheidender Faktor sind, ein Faktor, der immer mehr Rolle spielt. Wenn wir heute über Gesundheit diskutieren und auf der anderen Seite nicht bereit sind, beispielsweise den Verkehr mit all seinen schrecklichen Auswirkungen einmal entsprechend anzudiskutieren, wie viele Folgekosten in den Spitälern, die wir haben, der Individualverkehr verursacht, so sind wir dazu aufgerufen, dieses Problem einmal ganzheitlich zu betrachten.

Eines soll auch nicht übersehen werden, aber darüber schwindeln wir uns auch hinweg, und da wird auch viel zuwenig getan, im Bereich der Gesundheitsvorsorge angesichts des Umstandes, daß natürlich die Lebensweise des Betroffenen eine ganz entscheidende Rolle spielt. Die Lebensweise, das wissen wir alle, wenn wir bemüht sind, entsprechend beim Essen zurückzuschrauben, beim Alkoholgebrauch oder -mißbrauch vorsichtiger zu sein oder bei der Bewegung uns nicht davon leiten lassen, nur im Streß von einer Sitzung, womöglich im Landtag hier, zu der anderen zu eilen oder sonst kaum mehr Sport zu

betreiben, das sind alles Faktoren, die in der Gesamtdiskussion viel zuwenig beachtet werden.

An sich ist ja dieses Ressort „Gesundheitswesen und Krankenanstaltenwesen“ zusammengelegt, aber über die anderen Fragen diskutieren wir relativ selten, und wir sind natürlich eher geneigt, darüber zu diskutieren, was in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt. Da muß man ja sagen, daß der Vorschlag „integrierte Sozial- und Gesundheitssprengel“ sicherlich ein begrüßenswerter Vorschlag ist, der endlich einmal angepackt werden soll, so daß man diese Frage „Soziales, Gesundheit“ in einem sieht, weil ja auch die Rahmenbedingungen, die Bedingungen, in denen man lebt, für die Gesundheit des einzelnen eine große Rolle spielen.

Aber erlauben Sie mir, daß ich noch zu diesem Thema zwei Punkte anschneide. Da hat der Kollege Bacher schon eines vorweggenommen. Alle Fraktionen haben dieses Schreiben aus verschiedenen Krankenanstalten bekommen über die Problematik der ungleichen Behandlung in den Krankenanstalten. Dieses Thema zieht sich seit Jahren hin. Ich glaube, wir Politiker sind aufgerufen, über Sonntagsreden und über plakative Bekenntnisse hinaus endlich einmal das Thema anzupacken. Weil wenn ich dann Unterschriftenlisten bekomme, und ihr habt sie auch bekommen, und auf der Seite auch, daß ein geordneter Betrieb im Krankenhaus gar nicht mehr gescheit möglich ist, weil es unterschiedliche Kategorien gibt, die einen haben den einen Dienst, die anderen nach dem Arbeitszeitgesetz werden so behandelt. Auch in der Bezahlung gibt es Probleme. Wir wissen eines, daß gerade ein Betriebsklima ganz wichtig ist, wo möglichst Unterscheidungen oder Unterschiede, die durch nichts begründet sind, außer durch ein Gesetz, vermieden werden sollten. Da würde ich wirklich bitten, daß man dieses Thema angeht und es nicht damit beläßt, daß man denen zurückschreibt, sondern das ist ein wichtiges Problem, so daß man es endlich einmal anpackt, so schwierig dieses Problem zu lösen ist.

Ein Zweites, das auch dazugehört, und davon bin ich felsenfest überzeugt, Kollege Dörflinger, falls du Zeit hast, daß ich dir dieses Thema auch nahebringen kann, wir wissen, wo es um Gesundheit geht, geht es auch um viel Geld.

Das wissen wir beim KRAZAF, wo gestritten wird über die Verteilung der Mittel. Provisorium seit – glaube ich – mehr als zehn Jahren, niemand ist glücklich damit. Aber es ist auch niemand bereit, langfristige Überlegungen anzustellen. Aber wir haben im Landtag liegen, oder jetzt muß es neu eingebracht werden, das Thema der Aufteilung der Sondergebühren. Ich selbst habe im Landtag noch miterlebt, wie man damals die ärgsten Spitzen gekappt hat, wo das monatliche Einkommen bis an die Millionengrenze gegangen ist. Und jetzt liegt wieder dieser Antrag da. Ich persönlich bin zutiefst überzeugt davon, daß es höchste Zeit ist, daß wir in den steirischen Krankenanstalten einen Weg finden, wo entsprechend ordentlich bezahlt wird und wo eine vernünftige Symmetrie ist zwischen den verschiedenen Beschäftigten. Ich persönlich bin ein Gegner davon – und das sage ich da hier auch ganz deutlich –, daß bei den Sondergebühren, je nach Stellung des Arztes, eine besondere Ausschüttung erfolgt. Ich glaube einfach,

ein Primar, ein Oberarzt, ein Assistenzarzt sollen entsprechend bezahlt werden. Ich habe das schon hundertmal hier gesagt. Das kann natürlich zur Phrase verkommen, aber in Wirklichkeit ist es keine. Das sollte nicht davon abhängig gemacht werden, wieviel Blinddärme am Tag operiert werden, wie viele Betten belegt sind, weil in Wirklichkeit ist das ja zum Teil kontraproduktiv, und wer manche Diskussionen der Vergangenheit erlebt hat, wo dann hintennach eine große Aufregung für die Kontrolle und für die Öffentlichkeit war, der Primararzt hat Privatbetten gehabt, niemand hat gewußt, ist das ein Privatbett, ist das ein öffentliches Bett, die anderen haben gesagt, der Primararzt geht viel öfter zu dem hin, der im Privatbett liegt oder auch in der Sonderklasse, das sind alles Erscheinungsformen, die endlich bereinigt gehören. Wir haben da hier keine Mehrheit, wir sind nur zu zweit da, wir sind die kleinen Fraktionen, aber bitte, die Mehrheit, wie immer die zu finden sein wird, ist dazu aufgerufen, endlich einmal Ordnung zu schaffen. Wir haben jetzt einen neuen Landesrat, nichts gegen den alten, ich weiß, er ist zwar würdig, aber noch nicht alt, aber ich weiß, daß er sich intensiv bemüht hat, aber es ist halt nichts weitergegangen, weil man eben glaubt, die Kraft nicht zu haben, hier endlich einmal Ordnung zu schaffen. Wenn man von Privilegien redet, und ich glaube, wir Politiker sind gerne bereit, wenn man vom Sparen redet, daß man da hier sichtbare Beispiele setzt. Aber das sollte auch im Krankenanstaltenwesen der Fall sein. Wer sich daran erinnert, wie der Vorschlag gekommen ist, Kollege Strenitz, daß hier eine Reform Platz greift, hat es von den betroffenen Primärärzten geheißt, der Stalinismus greift Platz und was weiß ich noch alles. Ich würde sagen, jetzt ist die Zeit reif, und sie war noch nie so günstig, daß wir endlich einmal diese Frage der ordentlichen Bezahlung, der fixen Bezahlung im Zusammenhang mit den Sondergebühren neu regeln, weil die Steiermark hier endlich einmal eine saubere Regelung braucht. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. – 13.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (13.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man könnte fast sagen, wie das Lied klingt „Alle Jahre wieder“, denn fast genau zum selben Tag, nämlich am 7. Februar 1995, hat die Freiheitliche Partei eine dringliche Anfrage in der Frage Spitalsache gestellt. Und heute haben wir den 6. Februar, wissentlich, daß zum damaligen Zeitpunkt – und es ist bereits ausgeführt worden – eine Dreiparteieneinigung, eine Erklärung, unterschrieben wurde, wo die Gangart, wo die gesamte Situation festgehalten wurde. Man hat halt ein paar Monate darauf aus Überlegungen – das kann man heute auf Grund der Debatte nachvollziehen, daß es nicht um die Ernsthaftigkeit, sondern nur um Polemik geht – diese dringliche Anfrage gestellt, obwohl man gewußt hat, daß ein genauer Fahrplan fixiert wurde mit allen Parteien.

Ich darf für unsere Fraktion noch einmal wiederholen, daß wir uns nach wie vor zu den bisher ausgesagten Dingen bekennen. Das ist für uns keine Frage,

wir drehen uns nicht mit dem Wind, sondern wir haben noch zusätzlich und dank des Vorgängers, jetzt Landesrat Dörflinger, vorher Landesrat Dr. Strenitz, auch den Krankenanstaltenplan, den wir gemeinsam beschlossen haben, in Abstimmung mit dem österreichischen eingebracht, wir haben ihn beschlossen. Wir haben für das LKH 2000, als neue Gründerzeit wurde bereits gesagt, das steirische Spitalswesen in den Vordergrund geschoben, modernisiert, und wir haben auch die Regionalspitäler in den letzten Jahren sehr deutlich verbessert. Ich glaube daher, wenn man die Punkte ernstlich durchliest, werte Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei, dann kann man das, was ich eingangs gesagt habe, nur festhalten.

Liebe Frau Mag. Hartinger, wir waren sehr nobel und zurückhaltend. In diesem Hause ist ausgemacht, daß, wenn jemand eine Jungferrede hält, man sich bei den Zwischenrufen sehr nobel in Zurückhaltung übt. Bei Ihnen ist mir das ein bißchen schwieriger gefallen, aber ich habe mich trotzdem daran gehalten. Ich möchte Sie nur aufmerksam machen und Ihnen vielleicht – ich will Sie nicht belehren – einen Anstoß zum Nachdenken geben. Wenn Sie da herauskommen und sagen, Sie sind bestürzt über die Gesprächskultur und über das Image der Politiker, dann sage ich, bedauerlicherweise haben Sie die falsche Partei gewählt. Und ich sage Ihnen auch warum. Wenn Sie unter Gesprächskultur verstehen, daß Aussagen Ihres Landesparteivorsitzenden, Landesrat Schmid, in der Öffentlichkeit anlässlich einer Pressekonferenz in dem Wortlaut enden: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich speien möchte!“, und das hat man dann noch dazu, so bedauerlich das klingt, im Mittagsjournal gebracht, dann darf ich Ihnen sagen, da sind viele Leute, wenn sie sich das anhören, die Steirerinnen und Steirer zum Kotzen gekommen. Nur, wenn Sie dementsprechend über Gesprächskultur reden, würde ich Sie bitten, daß Sie in Ihren eigenen Reihen schauen, wie die Dinge laufen.

Und Sie haben auch gesagt, man setzt sich in ein gemachtes Nest. Vielleicht ist es bei euch so. Und ich habe den Beweis – Sie können es auch nachlesen, ich borge es Ihnen gerne, das Protokoll aus der 45. Sitzung vom 7. Feber 1995 –, wo damals bereits von eurer Fraktion schon zu erkennen gegeben wurde, daß Neuwahlen stattfinden, denn ihr habt im Herbst schon das Spitalressort haben wollen. Der Kollege Weilharter, der jetzt von euch in den Bundesrat geschickt wurde, hat damals schon gemeint, na, wenn die Freiheitlichen das Ressort haben, dann gibt es diese Diskussionen nicht. Na, das kann ich schon nachvollziehen auf Grund dessen, was seit dem damaligen Zeitpunkt von euch wiedergegeben wurde, und nicht die anderen verunsichern, die Steirerinnen und Steirer oder die Patienten in den Spitälern. Ihr habt permanent, und das kann man nachlesen, immer wieder versucht, die Öffentlichkeit zu beunruhigen, und es waren nur die Freiheitlichen, die im Rationalisierungsausschuß und überall gesagt haben – wortwörtlich auch nachzulesen –, wir haben zu viele Spitäler, die müssen gesperrt werden. Also, ihr müßt euch nur jetzt dann bekennen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo steht das?“)

Im Protokoll, Herr Kollege Schmid, kannst es nachlesen. Der Rader hat gesagt, wir haben unter dem

Strich zu viele Häuser, und es müßten einige gesperrt werden. Und das habt ihr auch vertreten. Ich habe damals sogar eine Aussendung gemacht, die Freiheitlichen sollen sagen, welche Spitäler geschlossen werden sollen. Da hat euer Gesundheitssprecher Köhldorfer noch sehr stark in die Kerbe geschlagen. Die sind jetzt alle nicht mehr da, aber es gibt neue handelnde Personen, und ich glaube, generell darf ich festhalten, daß wir uns dazu bekennen, daß wir auch mithelfen wollen, die berechtigten Ängste, die die Bevölkerung hat – weil es interessiert draußen überhaupt keinen, was in der Form für eine Diskussion läuft –, wenn er krank ist und ins Spital muß, will man schnell ein Spitalsbett haben, will er eine optimale Betreuung, und nicht diese Wortmeldungen, wie sie da herinnen im Hause sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, Frau Kollegin Hartinger, Sie werden auch ein Pech oder ein Problem haben. Sie trifft das gleiche Los wie alle Kontroller, daß Ihre Dinge, die Sie aufbringen, alle im Sand verlaufen. Aber ich habe mich vorher erst erkundigen müssen, welche Funktion Sie ausgeübt haben, weil ich ja vorher von Ihnen nichts gehört habe. Aber Sie werden ja wahrscheinlich Ihrem Dienstgeber gegenüber auch noch ein paar Sachen verantworten müssen, weil in irgendeiner Form ziehen Sie über Ihren eigenen Dienstgeber den Schmutzkübel. Man soll sich nur überlegen, ob das Politik ist. (Abg. Vollmann: „Sonst geben Sie den Job auf!“)

Kollege Bacher, zu dir möchte ich nur eines sagen – jetzt ist er nicht da. Er weiß ganz genau, welche Diskussionen wir im Haus hier bezüglich Personal geführt haben. Ich bin sehr froh, daß der Personalvorsitzende – (Abg. Bacher: „Wie viele Lohnsteuerkarten haben Sie?“) Zwei, Herr Kollege, zwei, eine von der Gewerkschaft und eine vom Landtag, sonst keine, kann ich nachweisen.

Der Kollege Fischer-Felgitsch als Personalvertreter sitzt hinten, er kennt auch die Diskussion. Nur, ich sage das auch für uns jetzt ganz locker. Ja, bitte in der Geburtsurkunde steht bei der Ausgliederung – nicht einer von der SPÖ, Professor Schilcher hat das damals wollen –, wir haben es ohnehin nicht wollen. Das ist gekommen, und in der Zwischenzeit haben sich einige Dinge ergeben, und wir haben viele Diskussionen geführt. Daß es jetzt bei der Rückführung in den Landesdienst da auch Vorstellungen der Dienstnehmer gibt – und ich bin ein Gewerkschafter, ich weiß schon, wo die Probleme liegen. Daß das jetzt halt nicht so einfach zu finanzieren ist, wenn das jetzt alles zurückgeholt wird, weil auf der einen Seite will man dort das Bessere, und das wird es halt nicht spielen, daher die Problematik. Denn nachweislich sind 1500 Schwestern und 500 Ärzte in den letzten Jahren auf Grund der Diskussionen aufgestockt worden.

Das ist ein Beitrag, der zu finanzieren ist.

Und wenn man jetzt, weil es gerade angesprochen wurde, das Sparpaket, daß man halt weggeht von den Pragmatisierungen und, und, ist es noch problematischer. Ich sage das deshalb, weil ich bin nicht der, der sagt, weil die Privilegien haben, das kann man abkreuzeln, es gibt Errungenschaften, die man erst koordinieren muß und wo man das Ganze vereinheitlichen sollte.

Und, Kollege Schinnerl, mit der Faschingszeit habt ihr alle miteinander Probleme. Der Kollege Vesko hat

schon am 20. Juni 1995 geglaubt, es ist Faschingsdienstag, aber jetzt sind wir näher dran als im Juni, das will ich nur sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es klingt für mich fast wie eine gefährliche Drohung, wenn du sagst, wir wollen die Krankenhäuser in Angriff nehmen wie den Wohnbau. Da muß ich sagen, gute Nacht, weil dann habe ich Angst, daß ich mir die Zähne selber reißen muß, weil ich nirgends in das Spital kann, wenn wir das so machen wie im Wohnbau.

Und zur Flugrettung – paßt zwar nicht da her, aber ich möchte schon auch dazusagen –, das fällt nicht ins Ressort „Spital“, gehört unter den „Katastrophenschutz“. Aber für mich ist auch völlig klar – die Anfrage müßte an die Frau Landeshauptmann Klasnic gestellt werden –, daß hier in der Frage nicht so mit einem Strich drübergefahren werden kann, daß wir uns genauso dazu bekennen, weil die Flugrettung eine dementsprechend wichtige Einrichtung für unsere Bevölkerung ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe halt nur das Gefühl, daß man beim Spitalsressort, nachdem ihr – auch im Protokoll nachzulesen – schon fix gesagt habt, daß ihr das Ressort sowieso übernehmen werdet, und jetzt habt ihr es halt nicht bekommen, das hat mein Kollege Erlitz bereits angeschnitten, daher wiederhole ich es nicht. Es ist halt so, wenn die Trauben zu hoch hängen, und ich erreiche sie nicht, dann sage ich putz Licht, die sind sauer, und das ist die Situation, die in der Form gekommen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend darf ich vielleicht nur noch eines sagen, Herr Landesrat Schmid. Im Gegensatz zu dir – zumindest weiß ich das hundertprozentig von meinen Fraktionsregierungskollegen, die Auskünfte erteilen – kann ein jeder Abgeordneter und jeder Steirer und jede Steirerin eine Antwort oder Information kriegen, im Gegensatz zu dir, wo du in deinem Ressort die Beamtschaft angewiesen hast, keine Auskünfte zu geben, wenn, dann nur schriftlich über dich, das heißt quasi, die Bevölkerung muß vor dem Herrn Landesrat Schmid auf die Knie kriechen, daß sie überhaupt eine Auskunft kriegt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster am Wort ist der Herr Präsident Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (13.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe das Gefühl, daß seit der Wortmeldung des Herrn Landesrates Dörflinger, der sich bemüht hat, sehr reell und sehr deutlich unsere Anfragen, die sich auf die Realisierung von Projekten bezogen haben, zu beantworten, der gute Sound in der SPÖ verlorengegangen ist. Der Kollege Erlitz, nahe einem Herzinfarkt, mit aller Röte im Gesicht – (Abg. Dr. Flecker: „So gefährdet ist er nicht!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Du aber auch!“) Ich bin ja sonnengebräunt, um nicht zu sagen, umweltgerötet.

Meine Damen und Herren, was wir mit dieser Anfrage bezweckt haben, ist sehr klar und sehr deutlich. Wir haben in vielen Bereichen Zusagen im Zuge der Vorläufe der Wahl, im Zuge aller Aktivitäten, die so in den letzten sechs Monaten gesetzt worden sind

von seiten Ihrer Fraktion, zu hören bekommen und waren eigentlich erstaunt, daß die an sich sehr klaren Versprechungen, die man vor Ort überall dort macht, wo es darum geht, den Kranken zu helfen und dafür zu sorgen, daß jeder sein Spitalsbett kriegt, daß keines am Gang steht, daß man das sehr wohl dort gesehen hat, hier aber unmittelbar nach einem geschlagenen Wahlgang – wie er immer ausgegangen ist, wir sind nicht unzufrieden mit dem Wahlergebnis, kann ich mit ruhigem Gewissen dazusagen, wir hätten uns sehr gefreut, wenn wir das Spitalsressort auch noch hätten, weil dann hätte der Kollege Erlitz sich nicht so aufregen brauchen. (Abg. Mag. Erlitz: „Zufrieden seid ihr auch nicht – geben Sie es zu!“) Das wäre bereits einer jener Bereiche gewesen, wo wir nicht nur die Spitäler in Anspruch nehmen, sondern schon a priori für gesündere Verhältnisse sorgen.

Ich möchte aber die Gelegenheit benützen, Ihnen allen hier sehr klar zu sagen, daß es nicht damit abgetan ist, meine Damen und Herren, hinauszugehen und zu sagen, das muß gemacht werden, und das wird gemacht, und alles zu versprechen und dann zu sagen, im Rahmen der Möglichkeiten. Das soll man da draußen auch sagen. Und wir haben nichts anderes im Sinn, als dem Bürger reinen Wein einzuschenken, und nicht jene undurchsichtige rote Brühe, die Sie verschüttet haben. Das heißt also bitte – (Abg. Dr. Flecker: „Bad Aussee!“) Bad Aussee zum Beispiel, ein Superbeispiel. Die Bad Ausseer wurden aufgefordert, für den Erhalt des Standortes ihres Spitals in Bad Aussee eine Unterschriftenaktion zu leisten. 17.000 Unterschriften, meine Damen und Herren, aus dem Ausseer Land, aus den umliegenden Gegenden, Steirisches Salzkammergut bis nach Oberösterreich hinein – da komme ich dann auf den Rassismus vom Kollegen Erlitz noch einmal zurück – haben für den Standort plädiert. Dann ist die Standortgarantie in diesem Hause hier gefallen im vergangenen Jahr, im Juni, oder war es Anfang Juli, und plötzlich ist diese Schachtel mit den 17.000 Unterschriften, die sie da gesammelt haben mit ihren Bürgermeistern und anderen, die da herumgelaufen sind, umgewandelt worden, und man hat hier deponiert, 17.000 Unterschriften für den Neubau eines Spitals. Sehr ehrenwert, sehr richtig, beides ist für die Ausseer von essentieller Bedeutung. Und ich kann mich durchaus dem Wunsche anschließen, das zu tun. (Abg. Dr. Flecker: „Die Unterschriften waren wirklich notwendig, da das zu einer Zeit war, wo ihr das in Frage gestellt habt!“)

Ganz richtig, das haben nicht wir in Frage gestellt, sondern das ist in der Suter- & Suter-Studie drinnen gestanden, daher war die Frage unsererseits berechtigt, gilt das oder gilt das nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Es war richtig!“) Es hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, es gilt, und in der Zwischenzeit gilt auch alles, und ich habe es ja immer wieder zu hören bekommen, kriegen wir auch ein neues Spital.

Jetzt muß ich aber etwas dazusagen, was uns vielleicht von den anderen unterscheidet. Wir haben sofort begonnen, und ich sage dazu, gemeinsam mit Vertretern der KAGES, noch unter DDr. Moser, die zusätzliche Belastung, die sich aus diesem Bereich ergibt, dadurch abzudecken, daß wir versuchen, ein Modell zu finden (Abg. Dr. Flecker: „Gemeinsam!“), gemein-

sam, d'accord, ein Modell zu schaffen, das es ermöglicht, auf der einen Seite den Intentionen des Landes, sprich Gesundheitsversorgung für das ganze Land in höchster Qualität, zu verbinden mit den Möglichkeiten, die das Land hat, nämlich finanzielle Beschränkung, doch einen Weg zu finden, wie wir dazu kommen. Das heißt in einem Modell, das nicht nur alleine aus der Instanz Land in der Finanzierung besteht, sondern darüber hinaus auch andere Bereiche mit einschließt. Und aus diesem Wollen ist der Gesundheitspark Bad Aussee „Erzherzog Johann“ entstanden, der eine völlig neue Struktur darstellt. Etwas, was es in Rudimenten bereits in Amerika gibt – DDr. Moser hat von dem „hospital of the future“ gesprochen, von dem HOF, etwas, was also international neu beziehungsweise im Werden ist und zum Teil mit Pilotanlagen schon hervorragend funktioniert. Diese Dinge sind im Gange. Und es ist ungeheuer wichtig, daß hier vom Land aus jener Teil abgesichert ist, der den Neubau des Spitals betrifft, weil wir sonst in jene mißliche Spirale hineinkommen, die immer dann, wenn die öffentliche Hand und der private Sektor miteinander zu arbeiten versuchen, gegeben ist. Daß man sagt, wenn du etwas tust, dann tue ich auch etwas, und so beißt sich dann die Katze in den Schwanz, und schlußendlich geht die Spirale nicht nach oben, sondern nach unten.

Wir haben in der Zwischenzeit jene Personen und Personengruppen, die bereit sind, den privaten Teil für diese Gesundheitsparkkonstruktion durchzuführen. Wir sind auch überzeugt davon, daß von seiten der KAGES durchaus die Bereitschaft besteht, das zu tun, und wir hoffen auch – und auch das war ein Teil unserer Anfrage –, daß es von seiten des Landes dazu kommt, daß der Teil, der als Impuls, als Katalysator für das Ganze notwendig ist, mit eingebracht wird. Dann wird es nämlich möglich sein, dieses integrierte Gebilde von Diagnosestraße, von Akutbetten im LKH, von einer Tagesklinik über ein Rehabilitationssanatorium, über Fitneß, über Ganzheitsmedizin, Komplementärmedizin und alle anderen Bereiche, die da hineinfallen, durchführen zu können, wo jeder einzelne Teil ein winziges Stück eines Puzzles ist.

Und wenn man das ganze Bild vor sich sieht, bedeutet dies einen sehr vernünftigen und sehr wesentlichen Bestandteil für die Gesundheitspolitik per se. Warum? Wir sollten uns nicht nur darüber unterhalten, was in den Spitälern passiert, weil in die Spitäler kommen bereits nur mehr jene, die schon krank sind. Wir sollten auch den Bereich des Gesundheitswesens nicht außer acht lassen, der sich mit dem Bereich der Vorsorge beschäftigt, um zu verhindern, daß Menschen den bitteren Weg in das Spital, wo es meistens schon zu gravierenderen Eingriffen kommt, gehen müssen. Wir brauchen also diese Unterstützung des Landes. Diese Unterstützung des Landes nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern im wesentlichen auch dafür, ob in den Gesprächen mit Institutionen, wie Krankenversicherungen, Versicherungsanstalten, die hier mit eingebunden werden müssen, weil ja auch gewisse rechtliche Voraussetzungen dazu notwendig sind, zu erwirken. Das zu Aussee.

Wir haben aber in dieser Region ein weiteres Spital, das auch mit einer Petition, Kollege Flecker weiß das ganz genau – (Abg. Dr. Flecker: „Ihr habt vergessen zu

fragen, und das verzeihe ich euch nie!") Wen fragen? (Abg. Dr. Flecker: „Ihr habt vergessen zu fragen, wann Schladming kommt!") Ja, weil es da im Land kein Stück gibt dazu, wir haben uns nur auf Dinge bezogen, wo schon Beschlüsse des Landes in irgendeiner Form zustandegekommen sind, entweder in der Regierung oder im Landtag. Daher habe ich mir die Freiheit genommen, Herr Klubobmann, selbstverständlich außerhalb der Frage dieses Thema auf den Tisch des Hohen Hauses zu bringen, um auch hier darauf hinzuweisen, daß es auch dort eine Möglichkeit gibt, zwischen einem Nichtlandesbereich, nämlich den Diakonissinnen, und auf der anderen Seite dem Land eine Symbiose, eine Gemeinsamkeit, herzustellen, um auch dort das Spital, das sicherlich nicht in bestem Zustand ist, wobei ich nicht die gesundheitliche Versorgung meine, sondern daß der Bau, das Objekt an sich, und daß man daher auch Schritte unternehmen soll. Eine diesbezügliche Petition, die in der vergangenen Periode eingebracht wurde, ist leider Gottes dem Procedere des Hauses zum Opfer gefallen. Ich bin aber überzeugt davon, daß Schladming und seine Umgebungsgemeinden sicherlich einiges dazu beitragen werden, damit das möglichst rasch wieder hereinkommt und behandelt werden kann.

Ich muß noch etwas dazusagen, weil es sehr wesentlich ist für viele Regionen unseres Landes. Wenn man auf der einen Seite Tourismus betreiben will, dann muß man dafür sorgen, daß in diesem Bereich, ich spreche hier vom Wintersport, von den großen Wintersportregionen, dann muß man auch dafür sorgen, daß die medizinische Versorgung, was Beinbrüche und sonstiges betrifft – und es passiert jeden Tag sehr viel, da gehören auch sicherlich jene Hubschrauber hin, über die heute schon gesprochen wurde –, vorhanden ist. Was ist Akutversorgung? Denn wenn sich einer den Fuß bricht, muß er sofort verarztet werden, das ist sehr wichtig. Also auch diese Komponente ist für die Region von wesentlicher Bedeutung. Ich glaube also, daß wir dieses Objekt Schladming auch in den Bereich einschließen sollen. Und ich bin überzeugt davon, daß der Kollege Flecker sich dem anschließen wird beziehungsweise wie er schon in vielen, vielen Gesprächen vorher gesagt hat, daß er mit aller Vehemenz dieses Objekt fordert, die Lösung dieses Problems des Diakonissenspitals in Schladming.

Fazit der ganzen Diskussion kann nur mehr eines sein: Wenn ich hinausgehe und dem Bürger etwas verspreche, wenn ich hinausgehe und etwas fordere, drehen wir es so um und bleiben wir in der Reihenfolge. Wenn ich etwas fordere, ist der zweite Schritt der, daß ich mir Gedanken darüber mache, wie ich es realisiere. Und wenn ich etwas verspreche, dann habe ich mich mit der Realisierung bereits abgefunden und sage ich, das machen wir. Und da ist der feine Unterschied in der Argumentation. Fordern für unser Land und die Bürger dieses Landes ist für alle recht und billig, weil man sich in vielen Bereichen, in visionären Bereichen, in Richtung Zukunft befindet. Das ist klar: Versprechen heißt auch das Versprochene halten. Damit haben wir Probleme, und damit habe ich im speziellen Probleme. Daher bitte, wenn wir den Bürgern unseres Landes etwas versprechen, dann haben wir dafür zu sorgen, das zu halten. Und wenn ich vorher schon weiß, daß ich auf Grund der bud-

getären Situation Probleme habe, dann werde ich mich halt, meine Damen und Herren, mit dem Versprechen etwas zurückhalten müssen oder nur jene Bereiche versprechen, für die ich mich schlußendlich schon entschieden habe und auch weiß, wie ich sie realisieren werde und wie es ablaufen wird. Das ist das Problem, das ich damit habe, Frau Kollegin Gross. Und wenn wir uns auf diesem Gebiet einigen können, dann werden wir sicherlich auch in den kommenden fünf Jahren einiges auf diesem Wege weiterbringen. Nur, Versprechen und das Versprechen nicht halten, ist zu wenig. Und nicht sagen, das Budget, sondern auch im Budget sagen, woher wir die Gelder nehmen. (Abg. Gross: „Das sollte man diskutieren, aber auch heute!") Wenn uns das gelingt, dann können wir mit ruhigem Gewissen gemeinsam in die Zukunft blicken. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 14.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (14.11 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Allen alles zu versprechen, mag kurzfristig für einen Politiker und eine politische Partei angenehm sein. Es ist aber unredlich und führt zum Verlust von Vertrauen und Glaubwürdigkeit der Politik im gesamten. Wenn einzelne Fraktionen des Landtages aber trotzdem glauben, so agieren zu müssen, so ist das deren Problem, und früher oder später holt sie ja dann ohnehin ihre Vergangenheit ein. (Abg. Dr. Flecker: „Das haben wir gesehen!")

Wir von der steirischen Volkspartei halten nichts von dieser Politik. Wir erwarten uns von allen neun Regierungsmitgliedern, auch von unseren eigenen, dreierlei: ein klares Konzept, daß das Regierungsmitglied selbst Prioritäten setzt und auch seine Verantwortung wahrnimmt. Das, was Spitalslandesrat Günter Dörflinger heute geboten hat, war leider ein Fehlstart, wenn man von diesen drei Prämissen ausgeht. Ich habe kein Konzept erkennen können, ich habe nichts von Prioritäten gehört und auch gar kein Wort von politischer Verantwortung. Landesrat Dörflinger hat zwar mehr als eine Viertelstunde hier geredet, gesagt hat er aber eigentlich nichts.

Noch vor kurzem waren hier andere Töne zu hören vom Landesrat Dörflinger und von SPÖ-Mandataren. Da wurde völlig anders geredet und auch anders geschrieben. Ich will Sie nicht langweilen; trotzdem möchte ich Sie mit zwei Zitaten befassen, beide im „Steiermark aktuell" erschienen. Erstes Zitat „In monatelangen zähen Verhandlungen hat sich das Sozialdemokratische Verhandlungsteam in allen Punkten durchgesetzt, über die Absicherung aller zwanzig Regionalspitäler gibt es keinen Zweifel mehr. Auch sind Milliardeninvestitionen für diese zwanzig Regionalspitäler außer Streit. Weiters ist das LKH 2000 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 9 Milliarden Schilling durchgesetzt. Und wer ist dafür verantwortlich? Gesundheitslandesrat Dr. Dieter Strenitz und" – weil er heute beklagt hat, daß er schon so früh mit seinen Aufgaben konfrontiert wird – „der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Steiermärkischen Landtag, SPÖ-Landesgeschäftsführer Landtagsabgeordneter Günter Dörflinger, ließen

sich von Schwarz und Blau keinen Millimeter über den Tisch ziehen". Zweites Zitat, wer durfte da auch nicht fehlen, mein Kollege aus Hartberg. „Durchgesetzt! Hartberg erhält das neue Spital.“ Zitat: „Wir mußten in der Sache hart bleiben, sagte Landtagsabgeordneter Siegfried Herrmann, der Neubau unseres Krankenhauses war durch die ÖVP und die FPÖ in Gefahr.“ Hört, hört! – füge ich hinzu. „Unsere harte Linie – die Sozialdemokraten wichen zu keiner Zeit auch nur einen Millimeter von ihrer Forderung nach dem Spitalsneubau ab – hat sich nun durchgesetzt.“ Herrmann ist überzeugt, daß man mit dem Finanzrahmen von 825 Millionen bei exakter Vorgangsweise das Auslangen finden wird. Mit dem Bau – so Herrmann – wird im Herbst 1995 begonnen. Jetzt haben wir Februar 1996. Und dann fügt er noch hinzu, dem Hartberger VP-Politagitator Lopatka schreibt Landtagsabgeordneter Herrmann ins schwarze Stammbuch: „In Hinkunft mehr Seriosität bitte!“. Auch von dir, Kollege Siegfried Herrmann, erwarte ich mir das.

Was möchte ich damit sagen? Heute will Spitalslandesrat Dörflinger von all dem nichts mehr wissen. Die Debatte ist ihm so wichtig, daß er während meiner Wortmeldung den Raum verläßt. (Abg. Schrittwieser: „Er wollte dich sehen!“)

Ah, er ist da runtergegangen, ich habe mir schon gedacht, er ist schon ganz weg. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zu seinem Freund Kurt!“)

Heute will also Landesrat Dörflinger das plötzlich alles etwas anders sehen. Er tut so, als ob er den Gesellschaftsvertrag der KAGES nicht kennt. Paragraph 11 regelt deutlich, wofür der Spitalslandesrat, er und nur er, zuständig ist.

Landtagsabgeordneter Erlitz, der gemeint hat, daß er erst heute in diesen Bereich gewechselt ist – man hat es gemerkt, er war etwas nervös –, hat so getan, als ob er diesen Vertrag auch nicht kennt. Ihm glaube ich es, daß er ihn nicht kennt.

Spitalslandesrat Dörflinger müßte den Gesellschaftsvertrag kennen. Aufgabe der Generalversammlung, und die Generalversammlung ist einzig und allein der Spitalslandesrat, ist es, und das möchte ich Ihnen auch vorlesen, weil das waren nämlich genau die Punkte der dringlichen Anfrage, die gestellt worden ist.

„Was ist die Aufgabe der Generalversammlung?“ Und die Generalversammlung ist einzig und allein der Spitalslandesrat. „Beschlussfassung über allgemein grundlegende Ziele, wie Errichtung oder Auflassung von Landeskrankenanstalten beziehungsweise Errichtung oder Auflassung zu genehmigender Betriebsbereiche, Abteilung, Departement, Institut, Ambulatorium.“ Ganz klar geregelt.

Daher, Herr Landesrat, und ich möchte mich nicht mehr länger hier am Rednerpult aufhalten, bitte ich Sie, nicht schon jetzt eine Kindesweglegung zu betreiben, nachdem Sie erst seit wenigen Wochen die Vaterschaft angetreten haben. Landesrat Dörflinger, du hast die Verantwortung für den Spitalsbereich, du hast gemäß Paragraph 11 des Gesellschaftsvertrages die grundsätzliche gesundheits- und krankenanstaltenpolitische Dimension wahrzunehmen, nicht Finanzlandesrat Ressel und schon gar nicht die gesamte Landesregierung. Daran werden wir dich, und wenn es

notwendig ist, in jeder Sitzung, in den nächsten fünf Jahren im Interesse der steirischen Bevölkerung immer wieder erinnern und, wenn es jedesmal aufs Neue notwendig ist, hier auch ein Vaterschaftsfeststellungsverfahren zu führen wissen. Denn das ist ganz klar, Kindesweglegung dort, wo es um Verantwortung geht und wo es unangenehm wird, das werden wir in diesem wichtigen Spitalsbereich nicht zulassen. Daher meine Bitte an den neuen Spitalslandesrat, seriös und konkret möglichst rasch die Arbeit aufzunehmen und die Verantwortung wahrzunehmen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (14.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Lopatka, du hast den Abgeordneten Herrmann zitiert, der dich zu mehr Seriosität aufgefordert hat, ich glaube, dieser Anspruch gilt nach wie vor, auch in deiner Trauerarbeit, die du heute vollzogen hast. Und ich kann mir eigentlich deine Aggressionen gegen den Günter Dörflinger so nicht erklären – (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr sachlich!“) ja, das ist dein Begriff von Sachlichkeit –, die du da nach einer zweiwöchigen Amtsführung auf ihn losgelassen hast, vielleicht ist es auch der Neid des Aufstiegs einem Kollegen gegenüber mangels eigenen Erfolges. (Abg. Dr. Lopatka: „Wie der Schelm denkt, so spricht er!“)

Ich will dazu sagen, daß ich glaube, das als ungehörig werten zu können, jemandem, der eine dringliche Anfrage ausführlich und tiefgehend beantwortet hat, vorzuwerfen, daß er keine politische Verantwortung trägt. Es gibt nämlich, lieber Reinhold Lopatka, auch wenn du hier nicht sehr sensibel bist, wir haben uns über politische Verantwortung auch in der letzten Periode sehr eingehend unterhalten, keinen größeren Vorwurf einem Regierungsmitglied gegenüber, als ihm zu sagen, er trägt keine politische Verantwortung. Und wenn du meinst, daß das die Vorzeichen einer Zusammenarbeit für dieses Land sein sollen, wie ihr sie meint, dann kannst du die Antwort haben, ohne weiters. Wenn das der Stil ist, in der Ausführung dieser Erklärung der Frau Landeshauptfrau nach ihrer Wahl, wenn das der Stil ist, der so einer Erklärung folgt, lieber Freund, dann wissen wir, wie ernst du die Reden deiner Parteichefin und der Frau Landeshauptfrau nimmst. (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr!“) Und ich glaube, du brauchst auch den Günter Dörflinger in keiner Weise zu belehren versuchen, welche Funktion er im Spitalswesen hat. Er weiß das sehr wohl. Nur eines, wir sind einmal gemeinsam angetreten, und ihr seid die gewesen, die zuerst vorausgegangen sind, um zu sagen, entparteipolitisieren wir doch dieses Spitalsressort. (Abg. Dr. Lopatka: „Schilcher war die treibende Kraft!“) Und ich war ehrlich gesagt sehr unglücklich, als in der letzten Periode plötzlich die Spitäler wieder der parteipolitische Zankapfel wurden. Und ich sage dir eines, da tun wir diesem Land und schon gar nicht den Menschen in diesem Lande etwas Gutes, wenn wir dieses Thema zum tagespolitischen Streit erheben. Ich kann dir nur empfehlen, im Sinne der Sache, das zu unterlassen, weil wir doch da gemeinsam etwas weiterbringen wollen. (Abg. Dr. Lo-

patka: „Darf ich mir schnell einen Zwischenruf erlauben?“) Natürlich! (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist aggressiv, wenn ich den zuständigen Landesrat mit dem Gesellschaftsvertrag, der auch die Zustimmung der SPÖ gefunden hat, konfrontiere, wo eindeutig im Paragraph 11 geregelt ist, wofür ausschließlich und einzig und allein der Spitalslandesrat als Gesellschafterversammlung zuständig ist?“) Ich gebe dir recht, daß das Zitat aus dem Gesellschaftsvertrag das einzige war, was nicht aggressiv war. Aber ich darf dich gleich erinnern, du weißt es ganz genau, daß wir eine Trennung in diesem Bereich zwischen Hoheitsverwaltung und zwischen Privatwirtschaftsverwaltung, wenn du so willst, haben. Und es gibt einen Spitalsplan, und nach meinem Wissen, und da haben wir, glaube ich, den gleichen Wissensstand, ist dieser Spitalsplan einstimmig in der Regierung verabschiedet worden. Wieso willst du dich heute davon abseilen? Geht doch nicht! Du kannst doch nicht sagen, daß der Herr Landesrat jetzt plötzlich sich auch von diesem Spitalsplan absentieren soll, und wenn er sich auf ihn beruft, wirfst du ihm Konzeptlosigkeit vor. Deine Rede war in sich unschlüssig und hat nur dazu gedient, dieses Thema wieder in den tagespolitischen Streit hineinzubekommen (Abg. Dr. Lopatka: „Überhaupt nicht!“), und ich habe mich nur deswegen gemeldet, um zu vermeiden, daß wir dieses Thema wieder für billige Polemik verwenden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Dietrich zu Wort gemeldet.

Abg. Dietrich (14.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Mag. Erlitz hat in seiner Rede davon gesprochen, daß die Problematik im Spitalsbereich eine politische Dimension hat. Dabei gebe ich ihm sicherlich recht, aber ich möchte in meiner Rede von der menschlichen Dimension sprechen.

Gerade in Knittelfeld wird seit zirka zehn Jahren hin- und herdiskutiert, was mit unserem Spital passieren sollte. Wir haben auch die verschiedensten Konzepte gehört und gesehen. Die reichen von Funktionsteilung – Judenburg, Knittelfeld – bis hin, daß in Knittelfeld ein Pflegeheim entstehen sollte. All diese Diskussionen waren dazu angetan, eine große Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung hervorzurufen. (Abg. Gennaro: „Wer hat eine Verunsicherung hervorgerufen? Wer hat angefangen?“)

Herr Landesrat, 230 Menschen leisten derzeit im Spitalsbereich in Knittelfeld hervorragende Arbeit. Ärzte, Pflegepersonal und sonstiges Personal in der Verwaltung, in der Küche und so weiter. Ich glaube, diese Menschen haben endlich ein Recht darauf zu wissen, was weiter mit ihnen geschieht. Sie alle, auch der Herr Kollege Grabner, wissen, wie schwierig die Arbeitsmarktsituation in unserer Gegend ist. Die Leute zittern um ihren Arbeitsplatz, sie haben Familien zu erhalten, und sie haben wirklich ein Recht darauf, und die Zeit ist da, wo sie es erfahren müssen, was mit ihrer Zukunft geschieht. Diese großen Verunsicherungen und Diskussionen im Spitalsbereich schlagen sich natürlich auch im Krankenhaus intern nieder. Die Leute sind demotiviert, es herrscht auch schon ein

schlechtes Arbeitsklima, und viele Patienten wandern ab in andere Spitäler.

Ein Punkt, den ich auch noch ansprechen möchte, bei einer etwaigen Funktionsteilung – so hört man – bleibt ja die medizinische Erstversorgung in unserem Bezirk erhalten. Das finde ich sehr positiv, aber wenn man das genau hinterfragt, dann kommt man darauf, daß die medizinische Erstversorgung ein sehr dehnbarer Begriff ist. Das kann sein Erste Hilfe, kann weiters sein notärztliche Hilfe durch Notärzte verrichtet, kann aber auch sein fachärztliche Hilfe mit Fachärzten. Also, was konkret wird in unserem Gebiet geschehen, und wie wird die Sicherheit und die Versorgung unserer Bevölkerung gewährleistet?

Herr Landesrat, ich richte an Sie den dringenden Appell, spielen Sie nicht mit den Ängsten der Bevölkerung und mit den Angestellten (Abg. Gennaro: „Ist nur Knittelfeld wichtig?“), und schaffen Sie so rasch wie möglich Klarheit, wie es weitergehen wird im LKH Knittelfeld. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als vorläufig Letzter zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (14.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich ein Tag, an dem sich an den Problemen, die das Land hat, nichts zu entzünden braucht. Wir haben heute unsere Ausschüsse zu wählen gehabt, Bestätigungen zu machen, einen dringlichen Antrag, der Anfragen enthält und der dann nur sich daran entzündet hat, daß man wieder einmal glaubt, daraus politisches Kapital zu schlagen, wie es halt immer ist, wenn der Kleinere – die sogenannte Oppositionspartei, wie sie sich immer genannt hat, es gibt jetzt noch zwei andere, Gott sei Dank sage ich dazu – dann im Endeffekt glaubt, er muß also hier immer das tun, was es heißt, dem Menschen nach dem Schnabel zu reden.

Und liebe Frau Kollegin, wenn Sie meinen, daß Landesrat Dörflinger das Spiel mit den Ängsten macht, dann darf ich Ihnen zuerst vielleicht einmal sagen, es sei Ihnen verziehen, Sie sind zu kurz im Hause. Sie haben auch gesehen, daß wir bei Ihnen das eingehalten haben, was wir bei jeder anderen, die die Ersttagsrede gehalten hat, taten. Wir unterbrechen Sie nicht und reden nicht dazwischen, aber man muß – das gestehe ich schon – sich sehr zurückhalten.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Landesrat Dörflinger mit dem Willen angetreten ist, hier in diesem Land, gerade die Wünsche und die Anliegen der Bevölkerung zu erfüllen, dann muß man ihm zugestehen, daß er den Ernst und die Voraussetzung mitbringt, und man muß ihm auch die Zeit lassen, er hat es noch nicht tun können. Aber er hat als Gesundheitssprecher unserer Fraktion in den letzten Jahren bewiesen, mit welchem Ernst er an die Dinge und mit welcher Verantwortung er an die Dinge herangegangen ist. Und gerade Kollege Bacher, weil du nickst, denk daran, wie viele Schulterschlüsse es in diesem Bereich, gerade Krankenhaus, zwischen ihm und zwischen dir gegeben hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, Rehabilitation – du sagst es gerade, die Stolzalpe gehört ja dazu – ist eine Aufgabe, die auch das Land in dem Bereich sicherlich

wahrzunehmen hat, aber grundsätzlich eine Aufgabe der Sozialversicherungsträger. Das ist in diesem Land so geteilt, es wird dafür auch nicht schlecht bezahlt, an Zuschüssen des Landes. Und natürlich ist Prävention, lieber Herr Präsident Vesko, eine der wichtigsten Arbeiten, aber ich glaube, das haben wir auch in dieser Verantwortung gemeinsam in diesem Hause immer getragen und als Voraussetzung gehabt. Wenn du meinst – ich weiß nicht, wo du momentan sitzt, er ist momentan nicht da, der Herr Präsident Vesko. Es sitzt bereits ein anderer auf seinem Stuhl, aber du bist nicht so breit. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich bin ein Abklatsch von ihm!“) Also wenn du sagst, Kollege Schmid, daß du ein Abklatsch von ihm bist, dann mache ich dich aufmerksam, das hast du gesagt, nicht ich. Wenn er gemeint hat, reinen Wein einschenken, so bin ich auch dafür. Ich meine nur, er muß nicht blau sein, dieser reine Wein (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Blaufränkisch!“), sondern man soll ihn auch noch trinken können.

Meine Damen und Herren, die Kollegin zum Schluß hat gemeint, das Krankenhaus sei für den Bezirk Knittelfeld eine ganz, ganz wichtige Angelegenheit. Da könnte hier jeder aus diesem Raum, aus diesem Haus antreten und sein eigenes Krankenhaus nun als das wichtigste in den Vordergrund stellen, die Maßnahmen, die Arbeiten dafür, ja natürlich Neubau, Umbau, Zubau, wir sind das wichtigste, das es gibt, und jeder hat in seiner Verantwortung als Abgeordneter dies zu vertreten. Nur, wir haben uns geeinigt darauf, daß wir also versuchen wollen, wirklich mit Ernst daran zu gehen, und nicht nur hier mit Blabla diese Dinge zu fordern, weil ich – da gebe ich Ihnen recht, Frau Kollegin – die Finanzierung dieser Bereiche das wichtigste ist. Die Kollegin hinten habe ich gemeint, nicht den Kollegen Schmid, den habe ich noch nicht mit einer Frau verwechselt, wenn er auch sehr glatt geworden ist, das ist aber eine andere Frage.

Ich glaube, man sollte also diese Bereiche wirklich in dieser Verantwortung sehen und diese Schwerpunkte auch setzen, wobei ich klar und deutlich dazu sage, kein Krankenhaus können wir entbehren. Gerade in den Bezirken draußen brauchen wir es dringendst für die Versorgung.

Meine Damen und Herren, ich muß noch einmal auf den Kollegen Bacher zurückkommen, weil er die Frage des Personals hier in den Vordergrund gestellt hat. Lieber Kollege Bacher, ich erinnere mich an die Zeit, wo der Betriebsrat der KAGES angetreten ist mit der Forderung, nach dem Arbeitsruhegesetz die geleisteten Überstunden abzugelten und zu bezahlen, und das hat die KAGES auch getan. Nun plötzlich ist das große Jammern ausgebrochen, weil man festgestellt hat, daß die Landesbediensteten, die eben unter eine andere gesetzliche Bestimmung fallen, nichts bekommen haben, und der Kollege daneben hat ein Geld gekriegt. Aber das ist nicht die Schuld des Landtages und nicht Schuld der KAGES, sondern dessen, der es verlangt hat. (Abg. Bacher: „Nein, wirklich nicht!“) Ich sage auch dazu berechtigt, berechtigt verlangt hat. Aber, meine Damen und Herren, jetzt das große Jammern zu kriegen, weil es sozusagen in die Hose gegangen ist, bitte das, meine Damen und Herren, verstehe ich sicherlich nicht. (Abg. Bacher: „Darf ich einen Zwischenruf machen?“) Lieber Kollege Bacher,

ich verstehe deinen persönlichen Frust, aber es ist halt so. Da ist halt das Herz des Verantwortlichen mit dem ÖAAB-Obmann ein bißchen schwierig in Einklang zu bringen, aber mir ist das völlig verständlich. (Abg. Dr. Lopatka: „Schlecht vorbereitet!“)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr werdet das ja – so hoffe ich – auch in Zukunft mit entsprechender Sensibilität, wie ihr es in der Vergangenheit getan habt, auch behandeln und wieder in dieses Haus bringen. (Abg. Bacher: „Kollege Vollmann, du bist auch Arbeitnehmervertreter, oder nicht? Dann weißt du es!“) Aber selbstverständlich! Nur, ich stehe dazu, daß wir seinerzeit ein Gesetz geschaffen haben, wo es der Wille dieses Hauses war, der Wille dieses gesamten Hauses (Abg. Bacher: „Ja eben!“), die Neueinstellungen nicht mehr nach dem Landesdienstrecht und nach dem Beamtendienstrechtsgesetz, nach dem Vertragsbedienstetengesetz zu machen, sondern nach dem Privatrecht, dafür einen Kollektivvertrag abzuschließen. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, so ergibt sich, wenn ich das will, das im Endeffekt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kollege Vollmann!“) Lieber Kollege Schmid, ich komme jetzt gleich zu dir. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gibt es keine Möglichkeit, das Arbeitszeitgesetz in der großen Koalition in Wien zu regeln?“) Du, ich habe da kein Problem, es kann das Verlangen an die große Koalition hergetragen werden. Ich muß dir nur leider sagen, ich bin in die Koalitionsverhandlungen nicht miteingebunden gewesen, ich weiß daher nicht, was dort ausgehandelt worden ist. Ich gebe dir recht, wir sind eine große Fraktion, deine Größe ist nicht bestätigt worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das Arbeitsruhegesetz ist das Problem!“) Ich habe mir gerade die Zeitung vom 1. November 1994 hergenommen, wo du also in einem Interview in der „Neuen Zeit“ noch sagst, auf Grund des Ausgangs der Nationalratswahl 1994 erwartest du dir dreizehn bis vierzehn Mandate, das wäre also ein Zuwachs von drei bis vier Mandaten. Als Latte für die Landtagswahl 1996 will er das vorsichtshalber zwar nicht gelten lassen, da bleibt er lieber bei seinem absolut realistischen Ziel, einen zweiten Sitz in der Landesregierung zu erreichen. (Abg. Schinnerl: „Da müssen wir darangehen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Schinnerl hat recht!“) Darf ich dir, lieber Freund Schinnerl, antworten, dann hättest du in der Verantwortung bei der Auflösung des Landtages auch daran denken müssen, daß eure Chancen halt 1995 viel schlechter sind und daß es dann halt besser ausgegangen wäre. Wie heißt das? Selber schuld, Eigentor geschossen! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, Kollege Schmid, auf das, was ich eigentlich hinaus will, weil deine Kollegin aus der KAGES gemeint hat, was da alles zu ändern wäre. Liebe Frau Kollegin, Sie gäbe es in der KAGES nicht mehr, wäre der Herr Landesrat Schmid der Chef der Spitäler geworden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist eine Unterstellung!“) Er sagt nämlich im Interview folgendes: Im Gegensatz zur VP, die lediglich das Spitalpersonal wieder in den Landesdienst übernehmen will, will er die gesamte Ausgliederung rückgängig machen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das hat Dörfinger heute auch angeregt!“) Warte ein bißchen – die gesamte Ausgliederung rückgängig machen. Schmid sagt: „Wenn ich das übernehme, brauche ich weder

einen Moser, einen Fankhauser, keinen Hecke, dann hat man die politische Verantwortung im vollen Umfang zu tragen mit der Auflösung der KAGES und Abspecken bis zum Geht-nicht-mehr." (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dein Parteiobmann hat dasselbe gesagt!“)

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute diese Forderungen an den Spitalslandesrat stellen, dann frage ich Sie, wie wollen Sie mit Abspecken, mit weniger Geld und mit weniger Personal Ihre eigenen Forderungen erfüllen? Ich wünsche Ihnen dazu alles Gute! (Beifall bei der SPÖ. – 14.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Magda Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (14.38 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Lieber Herr Kollege Vollmann, Sie haben hier einiges angesprochen, denn wenn wir dieses Ressort übernommen hätten, dann würde sicher einiges anders ausschauen. Dann würde es sicherlich nicht so sein, daß im Verwaltungsbereich von 85 auf 240 Personen aufgestockt wird und darunter dann die Versorgung der Bürger leidet, sondern wir hätten uns darum gekümmert, daß hier weniger Personen sind und daß dafür aber die Qualität der Versorgung besser wird. Das wäre das gewesen, was wir gemacht hätten.

Wir werden sehen, was Ihr Landesrat machen wird. Unser Anliegen ist, daß wir für die Bürger eine optimale und gute Versorgung machen, und nicht, daß wir Postenversorgung für Personen machen, die in der Verwaltung und als Beamte tätig sind.

Und die Frau Mag. Hartinger wäre die erste, die sagt, wenn mein Job überflüssig ist und wenn sie mich dort nicht brauchen und wenn wir hier einsparen können, dann bin ich die erste, die geht. Ich glaube, sie hätte kein Problem, irgendwoanders einen Job zu finden. (Abg. Vollmann: „Ich habe Ihnen gesagt blabla. Sie werden das nie beweisen müssen!“) Aber sicher, es geht ja darum, daß wir hier sehr wohl auch im Verwaltungsbereich – (Abg. Vollmann: „Dann würde es heute im Spitalswesen gleich wie im Wohnbau ausschauen!“)

Lieber Herr Kollege, die Zahl, daß von 85 auf 240 Personen erhöht wurde, obwohl der Herr DDr. Moser ehemals noch gesagt hat, wir werden hier reduzieren, da hat eine Verdoppelung stattgefunden, daran besteht ja wohl kein Zweifel. Und wir werden sehen, ob Sie hier daran etwas ändern werden. Hier sich aber immer hinauszureden, dann, wenn es nämlich der SPÖ genehm ist, dann zu sagen „das ist die KAGES, da dürfen wir nicht mitreden“, ist nicht in Ordnung. Aber wenn es genehm ist, den Bürgern draußen zu verkünden „wir haben durchgesetzt, wir haben erreicht“, dann stehen die Herrschaften auf und sagen „das hat die SPÖ erreicht“.

Na, das ist aber keine Politik, dann wenn es einem paßt, die Politik zu übernehmen, und wenn es einem nicht paßt, zu sagen, das geht mich nichts an. Das ist nicht das, was ich unter politischer Verantwortung verstehe. Das nicht! (Abg. Gennaro: „Du kennst dich nicht aus!“ – Abg. Vollmann: „Habt ihr den Vertrag

unterschrieben?“) Und hier geht es wohl auch darum. (Abg. Dr. Flecker: „Gesellschaftsvertrag. Wer hat die politische Verantwortung aus der KAGES beseitigt?“) Also Entschuldigung, die KAGES wurde ausgegliedert, wo wir zwei Mandate hatten, damals haben wir zwei Abgeordnete gehabt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zurückholen! Sagt Dr. Schachner dasselbe!“)

Ich beklage, daß Sie sich der politischen Verantwortung entziehen, wenn es Ihnen paßt und wenn Sie sagen, wir sind nicht zuständig. (Abg. Vollmann: „Das ist ein Irrtum, liebe Frau Kollegin!“). Wenn es darum geht, daß Sie zuständig sind, dann heißt es auch: „Ich bin ja erst vierzehn Tage im Amt, und ich will daher nicht so gerne etwas aussagen darüber.“ Na bitte, hört mir auf damit.

Und ich möchte schon sagen, weil es heißt, die Dringlichkeit des Themas ist nicht gegeben (Abg. Gennaro: „Heute müßte man dankbar sein, daß wir das Spitalsressort so geführt haben!“), es ist vermehrt von Ihren Kollegen gesagt worden, und es wird ja den Menschen nach dem Schnabel geredet, das Thema darf nicht zum tagespolitischen Streit erhoben werden. Auch das ist ein typisches Beispiel, das Thema darf ja nicht zum tagespolitischen Streit erhoben werden. Na bitte, wozu sind wir denn in der Politik, wenn wir nicht Themen auch zum tagespolitischen Streit erheben sollten?

Das ist ein Zitat. Ich habe mir das mitgeschrieben. (Abg. Dr. Flecker: „Bei eurem Selbstverständnis sind Sie glaubwürdig!“)

Es muß jedes Thema tagespolitisch auch aktualisiert werden können. Nicht, wenn es Ihnen paßt, dann dürfen wir darüber sprechen, und wenn es Ihnen nicht paßt, dann heißt es: so eine Schweinerei, wir verunsichern hier die Bürger. So geht es nicht, Sie messen hier mit zweierlei Maß. Das können wir hier nicht machen. Sie müssen wirklich die gleiche Latte für alle setzen. (Abg. Gennaro: „Das macht ihr permanent. Ihr habt die Bürger so verunsichert, als ihr gesagt habt, ihr wollt das Spital haben, daß ihr die Wahl verloren habt!“) Denn die Dringlichkeit, und das darf ich Ihnen schon sagen, vielleicht lesen Sie ja die Zeitungen nicht oder reden nicht mit Ihrem Landesrat, für uns ist diese gegeben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wieso habt ihr es mir denn dann angeboten, dieses Ressort?“ – Abg. Vollmann: „Aber geh!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber selbstverständlich, in den Regierungsverhandlungen habt ihr es mir ja angeboten. Ihr wolltet ja den Wohnbau haben!“ – Abg. Dr. Karisch: „Ihr habt gepackelt?“) Wer hat gepackelt? Wie, wie? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Da waren Zeugen auch dabei. Angeboten habt ihr es mir!“)

Bitte zur Dringlichkeit. Es geht doch darum, es wurde angesprochen, daß hier die Dringlichkeit des Themas nicht gegeben ist. (Abg. Vollmann: „Herr Landesrat, du hast dich für den Wohnbau entschieden!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich hätte beides gemacht!“ – Abg. Dr. Flecker: „Mit dem Peinhaupt gemeinsam!“)

Ihr Landesrat hat gesagt, der Sparstift wird freilich kein Tabu sein. So wie bisher können wir nicht weitermachen, sonst kommt der Kollaps. Bisher ist doch das, was wir alle einstimmig beschlossen haben und wo Sie alle gesagt haben, das machen wir, und das müssen

wir machen, zu beleuchten. (Abg. Gennaro: „Ganz etwas anderes gemeint!“) Ach, das war anders gemeint? Dann hat er ja Zeit, das jetzt noch richtigzustellen.

Zusagen für jedes Projekt und alle Regionen könne es nicht geben, sagt Dörflinger emotionslos. Na bitte, dann frage ich mich aber, warum sind Sie herumgerannt im ganzen Wahlkampf – und das ist uns auch zugetragen worden – und haben überall Zusagen verkündet, und das, und das wird gebaut (Abg. Vollmann: „Sagen Sie, wo man den Sparstift ansetzen soll!“), und das wird gemacht. (Abg. Vollmann: „Damit wir stärker werden!“) Und genau das war der Grund, weshalb man Ihnen mißtrauisch gegenüberstehen muß. Damit wir stärker werden! Das ist es ja! Damit wir stärker werden! Das ist die Art und Weise, wie Sie Politik machen. Sie versprechen draußen Sachen, damit Sie stärker werden, und das werden wir von Ihnen einfordern, denn diese Politik werden wir uns nicht mehr gefallen lassen. Wir werden es dem Bürger sagen. Wir werden uns das anschauen, ob Sie das dann auch in der Zukunft machen werden. Das werden wir uns anschauen, lieber Kollege Vollmann, was Sie hier alles versprochen haben. Und allein deshalb haben wir diese ganzen Fragen gestellt, damit wir uns auch an etwas anhalten können, denn Ende 1997 ist mir zu spät, um dann wirklich zu sagen, was passiert ist. (Abg. Dr. Flecker: „Ich würde den Freiheitlichen empfehlen, in die Quarantäne zu gehen!“ – Abg. Vollmann: „Wir wollen mehr Verantwortung!“) Und ich gebe Ihnen hier ein Beispiel, wo Sie sehen, was Sie versprochen haben. In der SPÖ-Zeitung, vielleicht kennen Sie es selber nicht – möglicherweise lesen Sie Ihre eigene Zeitung nicht –, steht zum Krankenhaus Weiz: „Nach den Landtagswahlen werden wir das gegebene Versprechen einfordern, so daß es in absehbarer Zeit zum Neubau des Krankenhauses in Weiz kommt.“

Was gilt denn jetzt als absehbare Zeit? Wir haben gehört – ich habe es mir mitgeschrieben – Ende 1998 ist die Planung beendet. Na schön, absehbare Zeit, 1998 ist die Planung beendet, und dann wird das Krankenhaus gebaut. (Abg. Vollmann: „Gut Ding braucht Weile!“) Auch das werden wir den Bürgern sagen, wie Sie vor der Wahl und nach den Wahlen dann anders reden. Denn das ist Ihre Art, Politik zu machen, und das werden wir nicht hinnehmen. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn man Weitblick hat, ist das absehbar. Das ist eine Frage des Weitblicks!“)

Drei Jahre sind absehbar. Ja, absehbar sind vielleicht fünf Jahre, weil dann haben wir wieder Wahlen. Genau, Sie haben das gut geplant. Kurz vor den Wahlen werden wir das dann machen, damit Sie dann wieder verkünden können, bis jetzt haben wir das Krankenhaus noch nicht gebaut (Abg. Gennaro: „In absehbarer Zeit werden Sie auch älter!“), aber nächstes Jahr ist es dann soweit. Ein Jahr nach den Wahlen ist es dann sicher soweit – nach den fünf Jahren. Wir werden sehen, und wir werden Sie darauf hinweisen. (Abg. Vollmann: „Bitte, tun Sie das!“) Und deshalb diese dringliche Anfrage, weil für uns ist das sehr wohl dringlich, insbesondere wenn vorher so viel versprochen wurde. Und wir werden sehen, ob Sie das einhalten werden.

Ich freue mich aber trotzdem, daß wir einen gemeinsamen politischen Beschlußantrag zustandegebracht haben, um hier doch zu zeigen, daß es für uns alle wichtig ist, daß wir hier für die Bevölkerung und für die Bürger sehr wohl in diesem Bereich gemeinsam etwas weiterbringen werden.

Und wir werden diesbezüglich diese Prioritätenliste hoffentlich dann vor Juni oder Juli 1997 bekommen, weil das schon auch wichtig ist, daß wir hier den Bürgern möglichst bald sagen, wie es denn wirklich ausschauen wird. Wir erwarten uns hier ein gesamtmedizinisches Konzept, denn es kann nicht allein ausreichen, daß wir nur die Spitalskosten, und nicht den Gesundheitsvorsorgebereich sehen, denn das ist für uns einer der wichtigsten Bereiche, denn in die Vorsorge – und das haben wir ja auch schon von anderen Kollegen gehört – muß vermehrt investiert werden. Und wir werden sehen, ob das dann passieren wird.

Und deshalb stellen folgende Abgeordnete den Beschlußantrag:

Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Mag. Hartinger, Schützenhöfer, Dr. Flecker, Bacher und Mag. Erlitz, betreffend Klarheit für die Bevölkerung im Bereich der Spitalspolitik. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Basis einer gesicherten Finanzierung ehestmöglich eine terminierte Prioritätenliste aller Krankenanstalten des Landes, betreffend Neu-, Um- oder Ausbau, in Form eines gesamtmedizinischen Konzeptes vorzulegen.

Und ich freue mich darauf, wenn wir dann wieder darüber diskutieren werden. (Beifall bei der FPÖ. – 14.46 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort hat Herr Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (14.46 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es gäbe eine Vielzahl von Dingen, auf die ich eingehen könnte. Ein paar erspare ich mir, zu ein paar Dingen sage ich schon etwas.

Einmal zum ersten Punkt. Die Frau Klubobmann Bleckmann hat zum Schluß den gemeinsamen Beschlußantrag zitiert. Ich hoffe nicht, daß es die zukünftige Art und Weise dieses Hauses wird, daß wir vorher gemeinsam einen Beschlußantrag ausmachen und dann erst die Debatte richtig bunt und unterhaltsam und lustig wird, weil dann werden uns irgendwann einmal die Leute fragen, ob das, worüber wir diskutieren, mit dem, was wir dann tatsächlich machen, etwas zu tun hat oder nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr könnt gerne dagegenstimmen!“) Ich sage auch dazu, zu den Worten des Kollegen Lopatka, ich war so lange im Geschäft, daß ich weiß, wie schwierig es ist, vom Vorwärtsgang auf den Rückwärtsgang umzuschalten. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin keine Maschine!“) Ich lege nicht jedes Wort auf die Waagschale. Ich gebe auch zu, daß es mich manchmal gereizt hätte, daß ich schnell hinuntergelaufen wäre und Zwischenrufe gemacht hätte. Ich bin lange genug unten gesessen, um zu wissen, daß es von oben nicht gut aussieht, wenn man Zwischenrufe macht. Das heißt aber nicht, daß mir nichts eingefallen wäre dazu.

Ich glaube auch – sage ich einmal dazu –, Herr Präsident Vesko, an das Gute im Menschen, und ich gehe davon aus, daß Sie die dringliche Anfrage vorbereitet haben zu einem Zeitpunkt, wo Sie noch geglaubt haben, daß das Spitalsressort bei der FPÖ sein wird.

Ich bin davon ausgegangen, weil ich wirklich geglaubt habe, daß es das Wollen und der Willen des Fragestellers ist, daß wir uns da so ernsthaft unterhalten, und da kann es ja nicht unbedingt davon abhängen, welche Seite das Ressort besetzt, sondern man diskutiert darüber und schaut, was inhaltlich rauskommt. Und man geht nicht davon aus, daß man einen Neuen ein bißchen abklopft. Ich halte das schon aus, und ich werde auch zukünftig für Sie durchaus ein Gegenüber sein. (Abg. Gennaro: „Mit den Argumenten hältst du es immer aus!“)

Ein bißchen ein Problem habe ich mit der Frage, Nichtwahrnehmen von Verantwortung. Ich glaube schon, daß man es sich da sehr leicht macht, Frau Bleckmann, herzugehen und zu sagen, du bist ja verantwortlich, mach du, gehe hin. Ich sage dir im Gegenzug bei der nächsten Debatte, mach du, geh hin. Bei der nächsten Debatte wirst du draußen stehen und sagen, was mischt du dich schon wieder dort ein, laß die arbeiten. Ich glaube, den Doppelpaß laufend hin und her, auf der einen Seite zu sagen, du machst etwas nicht, auf der anderen Seite zu sagen, du machst das (Abg. Mag. Bleckmann: „Das hat bei uns niemand gesagt!“), das kann man ein-, zweimal ganz klass durchziehen, wird ein-, zweimal ganz gut funktionieren, in der Summe werden die Leute aber schnell draufkommen, daß immer das, was man gerade macht, falsch ist. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Da mußt du Schluckauf bekommen!“) Also, ich halte es damit, daß ich es wirklich für richtig halte, und sage das noch einmal dazu, daß die politischen Rahmenbedingungen von der Regierung vorgegeben werden. Und der Kollege Lopatka hat die Generalversammlung zitiert. Ich hätte dir empfohlen, etwas weiter zu lesen, du weißt, daß die Generalversammlung tätig werden kann über Beschluß der Landesregierung. Und trotz eines Wahlergebnisses, das dir wahrscheinlich nicht ganz recht war, ist es nicht soweit, daß die SPÖ eine absolute Mehrheit hat und wir sozusagen da etwas tun können, was alleine in unserer Zuständigkeit liegt (Abg. Dr. Lopatka: „Auch das wäre zuwenig. Du brauchst die Zweidrittelmehrheit!“), sondern, lieber Reinhold, man wird halt dann schauen müssen, daß wir gemeinsam in einer Zweidrittelmehrheit etwas tun können. Also, ich sage dazu, für mich ist das auch ganz ehrlich, für mich ist das kein Hemmschuh, sondern für mich ist das ein Vorteil, weil man sozusagen alles das, was in dem Haus geredet wird, sehr rasch anhand von Beschlüssen in der Landesregierung abtesten kann, wie ehrlich es gemeint war oder nicht. Also, für mich ist die Zweidrittelmehrheit kein Hemmschuh, sondern ein unheimlicher Vorteil, weil sie ja eine breitere Basis bietet und weil man wirklich auf einer soliden Basis etwas machen kann.

Zur Frau Kollegin Dietrich, betreffend Verunsicherung Knittelfeld. Also ich gebe zu, ich wüßte nicht, wie ich Knittelfeld verunsichern kann. Der einzige, der sozusagen bei einer Verunsicherung vielleicht dabei gewesen sein könnte, müßte Ihr Parteiobmann gewesen sein. Weil da gibt es eine Erklärung, die unter-

schrieben wurde von allen drei Parteien, daß wir uns überlegen, was in welchen Spitälern wo gemacht wird. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Hör auf, unter Rücksichtnahme auf den österreichischen Krankenanstaltenplan. Was der für Knittelfeld vorsieht, ist entsetzlich!“)

Und ich sage dazu, wir werden die beschlossenen Pläne umsetzen müssen. Und ich gehe davon aus, daß es nicht nur in Knittelfeld ein Problem werden wird, sondern auch woanders ein Problem werden wird. Aber ich glaube, daß es sinnvoll ist, Politik so zu machen, daß ich nicht sage, wenn irgendwo eine Kritik auftaucht, sofort mich zurückzuziehen, zu sagen „das war nicht so“, sondern daß man vernünftig mit den Leuten redet, daß man nicht drüberfährt, aber daß man vernünftig mit den Leuten redet und im Konsensweg versucht, gemeinsam etwas zustandezubringen. Das sehe ich auch unter Verantwortung. Und ich glaube, ich habe sehr deutlich am Anfang gesagt, daß ich mein eigenes politisches Amt nicht so verstehe, daß ich herumrenne und verspreche, verspreche und sage, irgendein anderer ist schuld, wenn ich das Geld nicht dafür habe. Diese Verantwortung werde ich wahrnehmen, da können Sie mich auch beim Wort nehmen.

Es gibt ein paar grundsätzliche Geschichten, die die Frau Kollegin Hartinger angesprochen hat, was die Finanzierbarkeit der Gesundheitspolitik überhaupt betrifft. Ich sage Ihnen ein sehr persönliches Beispiel, wo man sich sehr, sehr lange bemühen muß, um irgend etwas weiterzubringen, und es eigentlich nicht versteht. Wir haben in diesem Hause über die Frage „Neuroblastomscreening“ ich weiß nicht wie lange geredet, und man kann rein rechnerisch sehr einfach nachweisen, daß, wenn man das Screening flächendeckend für alle Neugeborenen durchführt, es billiger ist, als wenn ein Kind erkrankt und dann wirklich elendiglich daran zugrundegeht. Das Problem ist, daß der, der für das Screening verantwortlich ist, ein anderer Zahler ist, als der, der für den Spitalerhalter verantwortlich ist. Und das ganze ist halt bitte, so lustig das bei einer Landtagsdebatte auch zu sagen wäre, kein Problem, das in der Steiermark wie ein Sterz hausgemacht wird, sondern das ist ein Problem des gesamten Gesundheitssystems in Österreich. Wie überhaupt, wir sollten – wenn ich von den politischen Mätzchen und Spielchen absehe – zugeben, daß die Frage der Finanzierung der Spitäler und des Gesundheitssystems so ist, daß es in acht Bundesländern großartig geregelt ist, und nur bei uns herrscht das Chaos und herrscht die Kostenexplosion, sondern daß die Frage der Finanzierung der Spitäler insgesamt ein Problem sein wird.

Ich bin sehr froh, wenn ich die Diskussion richtig verstanden habe, daß nach dem Paradigmenwechsel bei der Ennstasse offensichtlich auch ein Paradigmenwechsel innerhalb der ÖVP, was die Finanzierung der Spitäler betrifft, stattgefunden hat. Ich erinnere mich noch an Diskussionen, wo ich unten gesessen bin, wo man gemeint hat, das ist alles viel zu teuer, das können wir uns alles nicht leisten, wir können das nicht machen und das nicht machen. Wenn Sie mittlerweile zur Erkenntnis gekommen sind, daß die Konzepte plausibel sind, daß man das alles durchziehen soll und machen soll, dann freue ich mich wirklich jetzt unzynisch darüber, weil wir dann bei den Budgets die Auswirkungen sehen werden und Sie eigentlich dann

einer Erhöhung des Ansatzes für die Spitäler Ihre Zustimmung geben werden müssen. Eines, und das auch ganz offen, daß wir das Spiel dann so machen, daß alle für alles sind und der, der jetzt nicht da ist – nämlich der Joachim Ressel –, ist der Schuldige, weil er das Geld nicht hergibt, so wird es natürlich auch nicht gehen. Ich glaube, daß das Spiel zu einfach ist, und dieses Spiel haben wir ja auch sehr oft miterlebt, daß man hergeht und sagt, dafür wäre ich, dafür wäre ich, und dafür wäre ich, und dann ist draußen jemand herumgefahren und hat gesagt, es wäre so fein, aber leider, der Ressel gibt kein Geld. Wir alle wissen, daß er keine Geldmaschine im Keller hat, wo er es drucken kann, sondern daß er in Wirklichkeit nur das ausgeben kann, was der Landtag ihm im Rahmen des Budgets auch genehmigt. Und da werden wir dann in ein paar Wochen eine durchaus interessante Debatte führen.

Zum Grundsätzlichen gibt es aus meiner Sicht einen Punkt. Wir sollten den Streit, gibt es vorher die Henne oder gibt es vorher das Ei, irgendwann einmal begraben.

Ich halte es für sinnvoll, es wäre mein Wunsch, und ich sehe auch, daß dieser Wunsch auf fruchtbaren Boden trifft, daß wir eine längerfristige Finanzierung für die steirischen Spitäler zustande bringen. Eine längerfristige Finanzierung heißt, nicht nur von einem Budget zum anderen warten müssen, ob es einen Budgetbeschluß gibt oder nicht, und anhand dieses Budgetbeschlusses dann ein ordentliches Konzept mit Prioritäten auf die Füße zu stellen, weil es, glaube ich, auch nichts nützt, wenn wir riesige Planerstäbe, viele Leute beschäftigen, die Konzepte machen, die wir dann nicht finanzieren können, und dann wieder von vorne zum Planen anfangen. Mir wäre es lieber, wenn wir sagen würden, und wenn das auch nicht in dem Ausmaß passiert, in der Höhe des Budgets, wie es sinnvoll und notwendig wäre, daß man aber eine Sicherheit hineinbringt, die heißt, ich kann über zwei, drei, vier Jahre in etwa mit einer Größenordnung für die Spitäler rechnen. Dann kann man für diese Zeit ein vernünftiges Konzept hinlegen. Dann kann man das der Regierung und dem Landtag vorlegen. Dann diskutieren wir das, versuchen, eine Gemeinsamkeit herauszuholen, und dann bringen wir wirklich etwas weiter. Sonst geht das „Ballerlspiel“ hin und her, und es nützt in Wirklichkeit niemandem. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es ist in der Zwischenzeit eine weitere Wortmeldung eingelangt, und zwar vom Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (14.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe dieser Debatte über die dringliche Anfrage sehr interessiert zugehört, und ich gestehe, daß ich einiges gelernt habe. Einiges über die Gesundheitspolitik in diesem Land, aber auch einiges über die Art, wie hier im Landtag Politik gemacht wird.

Der gemeinsame Beschlußantrag der drei Regierungsparteien rührt mich nämlich zu Tränen.

Da wird heftig diskutiert – ich glaube, drei Stunden lang – über die Frage des Paragraphen 11 des Gesellschaftsvertrages, und Herr Kollege Lopatka sagt, „es liegt die Sache in der alleinigen Verantwortung des Herrn Gesundheitslandesrates“, und Herr Kollege Flecker kommt heraus und sagt, „nein, das ist nicht so, da gibt es ja den Gesamtbeschluß der Steiermärkischen Landesregierung“. Da gehen drei Stunden die Wellen hoch, und was herauskommt, ist ein gemeinsamer Beschlußantrag, in dem überhaupt nichts ausgesagt wird, nicht einmal eine Fristsetzung an die Landesregierung ist drinnen. Ich bin daher der Auffassung, wir werden noch ein paarmal solche Beschäftigungstherapien des Landtages haben wie heute.

Es ist doch seit Jahren bekannt – vor der Wahl und nach der Wahl –, daß es darum geht, was die Krankenanstalten anbelangt, Prioritäten zu setzen. Das ist doch keine Neuigkeit, bei der man einen Beschlußantrag machen und einen Beschluß fassen muß. Und es ist keine Neuigkeit, daß in den Krankenanstalten unterschiedliche Dienste und Gehaltsrechte praktiziert werden, so, daß die Unruhe unter den Bediensteten von Tag zu Tag steigt und Sand im Getriebe der Krankenanstalten ist. Und da tut man so, als ob das jetzt heute aus dieser heftigen Debatte als etwas ganz Wichtiges und Entscheidendes herausgekommen wäre. Meine Damen und Herren, Beschäftigungstherapie ist das, drei Stunden lang hier zu diskutieren. Nicht einmal eine Fristsetzung ist in diesem Beschlußantrag enthalten.

Gestatten Sie mir auch noch eine Anmerkung zur Zusammenarbeit in diesem Haus. Es war für mich eigentlich typisch, als ich plötzlich gehört habe von Frau Kollegin Bleckmann, daß es einen Beschlußantrag von Parteien geben soll, nämlich von drei Parteien – meine Damen und Herren, seit dem 17. Dezember 1995 gibt es in diesem Haus fünf Parteien. Und ich würde mir wünschen, daß man nicht nur über die Zusammenarbeit redet, sondern daß man wenigstens soviel parlamentarischen Stil entwickelt, daß man einen geplanten Beschlußantrag wenigstens auch den zwei kleinen Parteien im Haus zur Kenntnis bringt, bevor man sich hier herausbegibt und den Antrag stellt.

Die Grünen und die Liberale Fraktion werden daher diesem Beschlußantrag nicht zustimmen. (Beifall beim LiF und bei den Grünen. – 14.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz:

Meine verehrten Damen und Herren!

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der FPÖ, ÖVP und SPÖ, betreffend Klarheit für die Bevölkerung im Bereich der Spitalspolitik.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 24 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich überreicht wurden. Das ist geschehen.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung.

Ich komme zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Im Sinne der Ihnen anlässlich der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangenen Mitteilung ersuche ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglied oder Ersatzmitglied eines Ausschusses sind, sich

zur Durchführung der konstituierenden Sitzungen der Landtags-Ausschüsse in den Rittersaal zu begeben.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen werden.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 15.00 Uhr.)